

Holzwurfm

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN

Heft 67

7. Jahrgang

10. Juli 1982

DM 1,50

Weitere Themen:

DROGENWOCHE

"SPALTET" HITTORF:

August-Schmidt-Ring

Nachtrag:

Thema "Ausländer"

Gedichte:

In Hoffnung auf Frieden

BI Umwelt RE aufgelöst

**SHIT
SCHULE**



Aus der Re dak tion

Das Wichtigste zuerst: unserer Aufforderung, beim HOLZWURM mitzuarbeiten, sind einige Leser/innen gefolgt (was nicht heißen soll, daß bei uns bereits alle "Planstellen", besetzt sind; wer also noch Lust hat ...).

Die Reaktionen auf das Themenheft 'Ausländer' waren ziemlich positiv. Mehr fällt mir dazu jetzt nicht ein.

'Nen neuen Herausgeber haben wir übrigens auch. Er (oder sie?) ist eine sehr nette juristische Person, nicht so trocken, wie das die Juristen oft sind, heißt 'Politischer und kultureller Arbeitskreis' und ist ein Verein. Insgesamt ist das Formalkram, aber das Pressegesetz schreibt nun mal einen Herausgeber vor und ein Verein ist noch die demokratischste juristische Form.

Noch was zum Schluß: ich hab' (aber nicht weitersagen): ich hab' entdeckt, daß der Composer nicht vom Strom, sondern von Wortteilen, Wörtern, Sätzen, Artikeln lebt. Ehrlich! Der frißt manchmal einfach was auf, was ihn nicht gefällt. Zum Beispiel ... zum Beispiel haben die HOLZWÜRMER 'ne Entgegnung auf den Leserbrief vom Willi Maldei geschrieben, 'ne Bombe von einem Artikel, die reine Satire und so. Der ist einfach aus dem Speicher verschwunden und nicht wieder aufgetaucht. Auch längere Wörter, so wie Übertechne oder Realitätsprin kann er gar nicht leiden. Die kürzt er dann ganz radi

Tschüß, es grüßt Euch

Heb

P.S.

fau

s

pp

ALLE MACHT DEN COMPOSERN !!

Vier Generationen in einem Raum, die erste Veranstaltung im Autonomen Zentrum, ein interessantes Thema kontrovers diskutiert. Der Bericht beginnt auf

Seite

24

Freiwirtschaft

shit Schule

Die "Drogenprojektwoche" am Hiftorf-Gymnasium findet vorerst nicht statt. Verhindert haben das 33 Lehrer, Gründe und Hintergründe auf

Seite

6

P.S. Ausländer: zwei Erfahrungsberichte zur Schul-/Kindergartensituation sowie eine Einschätzung nordrheinwestfälischer Schulpolitik und Gedichte ab

Seite

27



INHALT

ooo da
wuren's
nur
noch ooo

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Recklinghausen hat sich aufgelöst – ein kurzer und schmerzloser Tod war das sicher nicht. Einige Reflexionen auf

Seite

25

AUGUST-SCHMIDT-RING
Zur Zeit in Planung ist der August-Schmidt-Ring in Recklinghausen Ost. Wer es hinterher nicht gewesen sein will, wissen wir noch nicht. Ein Schuldiger am Debakel steht bereits fest: Um-Welt hat Vorrang, nicht nur auf

Seite

16

Umwelt
Umwelt
Welt

FAHRRADWEGE
in Recklinghausen – billig, billiger, nicht existent. "Perspektiven", vom weißen Strich bis zur hohen Bordsteinkante auf den

Seiten

20/21



Magazin	4
Shit-Schule Drogenwoche am Hiltorf verhindert	6
Presseerklärung: Marmulla lügt!	9
BI Umwelt: An alle Initiativen, Praktika	10
Kurzes	11
Berichtigung: 'Flaschenöffner: radikal demokratisch	12
Leserbrief	13
Bürgeranhörung	14
August-Schmidt-Ring: Bürgerbeteiligung	16
Von binom, der auszug, den Friedensmarkt...	19
Radwege	20
Theatergruppe 'Schöne Gende Wetter	22
Freibirtschaft: Vier EB-merktionen	24
BI Umweltschutz aufgelöst	25
Nachtrag Thema 'AUS LÄNDER'	27
Demokratisch Sozialisten	31
Botr. Friedensbew.	32
Impressum	33
Gedichte	34
Tomatentrieb	36
Naher Osten	38
Van Kabul II	41
Termine	43

DIE ROTSTIFTPOLITIK UND IHRE OPFER

Am 1. September 1979 begann das Projekt, zum 1. August wurde das Haus seiner Bestimmung übergeben und Ende August diesen Jahres wird es seine Türen wieder schließen. Nüchterne Fakten, hinter denen sich die Tragödie einer sozialen Einrichtung verbirgt.

Das Fachwerkhaus an der Castroper Str. war das Zentrum für die Gemeinwesenarbeit im (Neu-)Baugebiet Quellberg, das Haus selber diente vor allem Jugendlichen als Freizeittreff. Dies wird nun bald vorbei sein, denn das Arbeitsamt finanziert die Mitarbeiter nicht mehr (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen laufen aus), der Verein für Jugendheime als Träger und die Stadt Recklinghausen haben kein Geld bzw. sind nicht bereit, die fälligen

Kosten zu tragen.

Resignation bei den Beschäftigten und vor allem bei den Besuchern. Probleme, die nicht nur das Fachwerkhaus und die dort herausgegebene Zeitschrift Fachwerk betreffen, sondern die die Arbeit fast aller sozialen Einrichtungen betrifft. In unserer nächsten Ausgabe wollen wir diese Misere in einem Schwerpunkt dokumentieren, Ursachen aufzeigen, die Meinung Betroffener wiedergeben. Für Beiträge, Themenvorschläge usw. sind wir dankbar. Zu einem Vorbereitungstreffen am Dienstag, den 13.7.82, um 17 Uhr im Autonomen Zentrum sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Friedenscamp in Dorsten

Einer von vielen Anlässen für das Dorstener Friedenscamp ist die Inbetriebnahme des 2. Munitionsbahnhofs am 1.7.

Vom 17. bis 25.7. treffen sich auf Maria Lindenhof im Dorstener Stadtzentrum autonome und weniger autonome Friedensgruppen/-initiativen aus dem Kreis RE, Partei(en), Jugendorganisationen und interessierte Bürger.

Am 17.7. ist außerdem eine Demonstration geplant, die sich in zwei Zügen auf den Dorstener Bahnhof zubewegt.

Nähere Informationen beim Organisationskomitee:

Marita Thomas
Bismarkstr. 101
4270 Dorsten 101
Tel.: 0 23 62/2 63 27

*Johannes Roedoffs sucht
hoch Menschen, die
mit ihm zusammen ei-
ne Hausaufgabenhilfe
für ausländische Kin-
der machen wollen.*

*Ernsthaftige Interessenten
melden sich bei: Jo-
hannes Roedoffs, Blitz-
Kuhlenstr. 16, RE,
Tel. 3 46 09*

Theatertreffen

Unter dem Motto "Was soll das ganze Theater" veranstalten das junge forum und die Ruhrfestspiele vom 8. bis 10. Oktober diesen Jahres ein Theatertreffen.

Wie beim "Haste-Töne-Treffen" 1980 soll der Schwerpunkt der Veranstaltung nicht bei öffentlichen Auftritten, sondern im Erfahrungsaustausch der Theatermacher und in Diskussionen der Situation des 'engagierten Theaters' liegen.

Aufgerufen zur Teilnahme sind Jugendtheatergruppen sowie Theatergruppen aus dem Amateur- und Profibereich sowie Autoren, Schauspieler, Maskenbildner, Musiker...

Anmeldungen und nähere Informationen bei:

junges forum
Ruhrfestspielhaus
4350 Recklinghausen
Tel. 0 23 61/1 55 21 oder 2 50 25

EIFRIGER POLIZEIPRÄSIDENT

Äußerst empfindlich zeigt sich der Polizeipräsident des Kreises Recklinghausen, wenn es um seine Beamten des politischen Kommissariats (das sogenannte K 14) geht.

Berichteten wir in unserer letzten Ausgabe bereits über das eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den 'Flaschenöffner' (vergleiche Leserbrief) so setzen wir in dieser Ausgabe (hoffentlich wird es nicht zur Serie) die Berichterstattung fort. Betroffener ist diesmal der Kreisvorsitzende der DKP in Recklinghausen, Werner Reumke. Als presserechtlich Verantwortlicher wurden ihm folgende Textzeilen in der (Mai)Ausgabe des 'Hinsberg-Aktuell' (Stadtteilzeitung der DKP in Recklinghausen Ost) 'zum Verhängnis':

"Der Prozeß gegen Werner Reumke wurde vertagt - der Dreigroschenjunge der politischen Polizei als Hauptbelastungszeuge hatte angesichts der zahlreichen Solidariätsaktionen für den Angeklagten die Scheißerei gekriegt. Er erschien nicht. Dafür waren aber genügend von seinen Kumpanen unter Führung des K 14 Bosses Gläffke bei Gericht, nicht etwa, um die Dorstener Neo-Nazi-Szene auszuheben. Da haben diese zwielichtigen Figuren Probleme mit dem rechten Auge."

Angeblich soll dies eine Straftat gemäß § 185 StGB darstellen (so jedenfalls der Staatsanwalt). Warum, das weiß wohl keiner. Vielleicht wegen der Sache mit der "Scheißerei"?



Polizeipräsident Viechues

Diätenerhöhung

Die "Diäten" im Landtag von NRW werden erhöht. War eine "Entschädigung" von 5.500 DM bisher 'gut', so gelten jetzt 5.720 DM als "angemessen". Ihre Verbundenheit mit der Arbeiterklasse bewies die SPD-Fraktion mit der Äußerung, daß die Bezüge der Abgeordneten künftig gemäß der Durchschnittserhöhung der Arbeitnehmerlöhne angehoben werden.

Uns erschreckte aber eine andere Meldung. Danach muß nach landtagsinternen Schätzungen etwa die Hälfte der Abgeordneten ihren Lebensunterhalt ausschließlich von den Diäten bestreiten. Ein hartes Los. Wie kann man unseren Volksvertretern helfen? Vorschläge wie Beraterverträge oder Mietbeihilfen durch die 'Neue Heimat' waren schnell bei der Hand. Unser CDU-Mann Hegemann könnte etwa ein paar Reserveübungen mehr machen und das 'Buschgeld' einstreichen. Außerdem kann er das Essensgeld am Wochenende als sogenannter 'Heimschläfer' kassieren.

Vergessen wollen wir nicht, daß z.B. Helmut Pardon natürlich auch seine Bergbaurente bezieht. Aber ob das reicht? In der Taubenreisevereinigung Suderwich soll der Vorschlag gemacht worden sein, Pardon's Tauben einen Vorsprung von fünf Minuten zu bewilligen, um ihn in den Genuß der Preise kommen zu lassen. Das forderte natürlich Protest heraus wie: 'Dann fliegt der Helmut auch!' Jetzt aber mal im Ernst. Was sagt die Durchschnittsfamilie mit 1.800 DM zu diesen 'Diäten'? Der Jürgen bittet aber für die Abgeordneten um Pardon. Er fragt, kann man für die Anhörung der Landtagsreden überhaupt 'entschädigt' werden?

kulturinfo Nr. 5

Im Oktober erscheint das Kulturinfo 5. Alle Musiker, Theatergruppen, Filmemacher und Kulturinitiativen, die an einer Aufnahme in das neue Info interessiert sind, werden gebeten, dem jungen forum Informationen zukommen zu lassen. Folgende Fragen sollten in den Infos beantwortet werden:

1. Kontaktadresse und Telefon
2. Welches Programm wird z.Z. gespielt bzw. kann angeboten werden
3. Gagenvorstellungen
4. Pläne für das nächste Jahr.

Die Aufnahme in das Info ist kostenlos, Redaktionsschluß ist Ende Juli.
Adresse:

junges forum
Ruhrfestspielhaus
4350 Recklinghausen
Tel. 0 23 61/1 55 21 oder 2 50 25



AUTONOMES ZENTRUM

Nach den Sommerferien soll die gesamte Halle mit zwei Gruppenräumen, Laden und "offenem Bereich" voll genutzt werden können. So die Planung der Hausgruppe im Autonomen Zentrum.

Wie die ganze Sache dann organisatorisch und inhaltlich ablaufen soll, war das Thema der Vollversammlung, über die wir beim nächsten Mal berichten werden. Dann können wir wohl auch über die Verhandlungen mit der Firma Bie-ling wegen des Mietvertrages näher informieren.

Schon jetzt arbeiten im Haus regelmäßig verschiedene Gruppen: eine Theatergruppe, Arbeitsgruppen der DFG/VK und des Friedenskomitees, die Schwulen- und Lesbengruppe RE, die IG 3. Welt, die HOLZWURM-Redaktion und natürlich die Hausgruppe. Ein genauer Terminkalender für Kontakte ist in Arbeit.



Gorleben

Gorleben

In unserer Augustausgabe des Jahres 1980 erschien obenstehendes Schild auf der Titelseite. Nach nunmehr zwei Jahren scheint es, daß die Gorlebenbetreiber es immer schwerer haben, Argumente dafür zu finden, daß die Salzstöcke für die Endlagerung von Atommüll geeignet sind. Nagtive Gutachten in dieser Hinsicht waren bereits vorher schon bekannt geworden, nunmehr ist aber selbst der 'offizielle' Gutachter Duphorn zu dem Ergebnis gelangt: "Kurzum: Aufgrund der vorliegenden geologischen Gesamtinterpretation . . . können wir nur einen einzigen Ratschlag geben: Erkundung anderer Lagerstätten."

Aber frei nach dem Spruch "Was nicht sein darf, kann nicht sein" wird in Gorleben weitergebohrt. Bis 1990 mit einem Kostenaufwand von einer Milliarde DM. Von der geplanten Wiederaufbereitungsanlage ganz zu schweigen.



Seit ungefähr eineinhalb Jahren existiert am Hittorf-Gymnasium eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Lehrern, Schülern und Eltern, sowie Vertretern der Drogenberatungsstelle RE (Drob) und des städtischen Jugendamtes. Diese Arbeitsgruppe hat eine Projektwoche zur Sucht- und Drogenproblematik ausgearbeitet, die vom 24. bis 27.5.82 stattfinden sollte.

Die Entwicklung zur Durchführung dieser Projektwoche zeichnete sich zunächst positiv ab: Vor Weihnachten gab die Lehrerkonferenz ein einmütiges Votum sowohl über die Dringlichkeit der Sucht- und Drogenproblematik als auch für die Durchführung einer mehrtägigen, schulumfangfassenden Veranstaltung ab. Vor Ostern Annahme der inhaltlichen Grundlagen, Lernziele und Organisation der Projektwoche durch die Lehrerkonferenz, und dann am 10.5. durch die Schulkonferenz. Jedoch ist nach der Schulkonferenz ein Protestschreiben mit 33 Unterschriften von Lehrern nach Münster geschickt worden, was zur Folge hatte, daß sich die Arbeitsgruppe um die Zustimmung und somit der für die Durchführung der Projektwoche notwendigen Mitarbeit dieser 33 Lehrer (über 40 Prozent des Kollegiums) betrogen sah, so daß das Projekt zum Scheitern verurteilt war.

DIE IDEE

Die Grundidee der Projektwoche war es, Anregungen zum Nachdenken über das eigene Suchtverhalten zu geben und Kommunikationsdefizite in Schule, Familie und Freundeskreis aufzudecken. So sollte an vier Tagen statt des regulären Unterrichts in Kleingruppen an diesem Thema gearbeitet werden.

« Zuviel Liebe?
Das gibts nicht?
Zu wenig echte Liebe?
Das gibts - zu oft.
Aber für das Echte gibt
es einen Ersatz:
JEDE MENGE DROGEN!

(Rote Grütze)

DER 1. TAG

Leut Programm sollte am Vormittag des 1. Tages das Theaterstück "Mensch, ich lieb Dich doch" der Roten Grütze in einer veränderten Fassung von einer Herner Theatergruppe aufgeführt werden.



Nachdem vor einigen Jahren konservative Politiker und Eltern Einfluß auf eine am Marie-Curie-Gymnasium geplanten Projektwoche (Thema: Faschismus) nahmen, hat nun auch das Hittorf-Gymnasium seinen 'Projektwochenskandal'.

Progressive Lehrinhalte/Lernformen sowie die 'Linkslastigkeit' eines vorgesehenen Theaterstückes nahmen 33 Lehrer dieser Schule zum Anlaß, in einem Schreiben an die Schulaufsichtsbehörde ihren Protest zu formulieren. Faktisch wurde dadurch die Durchführung der Projektwoche zur Sucht- und Drogenproblematik verhindert.



Shit Sch

Das Stück zeigt eine Gruppe von Jugendlichen in einem Jugendzentrum, die nach anfänglicher Gemeinschaft durch eine gemeinsame Aufgabe unter dem Einfluß von Drogen und den damit verbundenen sozialen Problemen zunehmend zerfällt. Hervorgehoben wird besonders die Entwicklung eines Mädchens, das am Ende Heroin nimmt.

Dieser Prozeß wird in so vielen Etappen, Situationen und sozialen Umfeldern gezeigt, daß sowohl diese spezielle Entwicklung nachvollziehbar wird, als auch der Zusammenhang zu vielfältigen alltäglichen Erscheinungen von Flucht- und Suchtverhalten, von fehlender, gestörter und mißlungener Kommunikation.

Nach dem Ansehen des Stücks sollte das Gesehene in den vertrauten Klassen und Leistungskursen gemeinsam verarbeitet und zunehmend strukturiert werden, so daß der Einzelne Klarheit über seine Betroffenheit gewinnen kann, um daraus sein eigenes Interesse zu definieren, d.h. zu entscheiden, in welchem der angebotenen Arbeitsbereiche, Schwerpunkte oder Projekte er/sie mitarbeiten will. Das Angebot dieser Projekte war inhaltlich strukturiert nach sechs großen Bereichen:

- Kommunikation
- Familie
- Konsum
- Recht/Therapie
- Kultur
- Wirtschaft

Um die Wichtigkeit von Punkten wie Familie oder Kultur auch innerhalb der von der Gruppe gesetzten Thematik zu verdeutlichen, muß auf ihre Definition des Suchtbegriffes hingewiesen werden, die von Guido Nöcker (Drogenberater) so formuliert wurde:

"Nach allgemeiner wissenschaftlicher

Konvention ist Sucht ein zwanghafter Drang, durch bestimmte Reize oder Reaktionen Lustgefühle herbeizuführen bzw. Unlustgefühle zu vermeiden.

Die Sucht stellt den Versuch dar, Bedürfnisse unmittelbar und unter Umgehung all



MENSCH ICH LIEB DICH DOCH

Jaja! Drogen. Ein heikles Thema. Was schlimmste ein?

Alle starren sensationssüchtig auf die im normalen Leben die normalen Leiden verdrücken.



der Verhaltensweisen zu befriedigen, die natürlicherweise zu ihrer Befriedigung führen. Der Zwang, unter dem der Süchtige dabei steht, ist mit einem Mangel an Selbstkontrolle gleichzusetzen.

Bedeutet das nicht, daß als Suchtmittel (Drogen) nicht nur die (herkömmlichen) Rauschmittel dienen können, sondern eigentlich jedes Mittel, das uns dazu dienen kann, zu vermeiden genauer in uns 'hineinzuhorchen', um Konflikte nicht bewältigen zu müssen, oder Probleme zu umgehen, statt sich um eine Lösung zu bemühen?

Hat unser Alltag nicht auch zahlreiche Suchtaspekte, etwa im wortlosen Einschalten des Fernsehapparates, dem Griff nach der Flasche oder in die mit 'Mother's little helpers' bunt gefüllte Hausapotheke?"

Mit der Wahl der Projektgruppen, deren Größe jeweils nicht 15 Schüler/innen pro Gruppe überschreiten sollte, wäre der 1. Tag beendet.

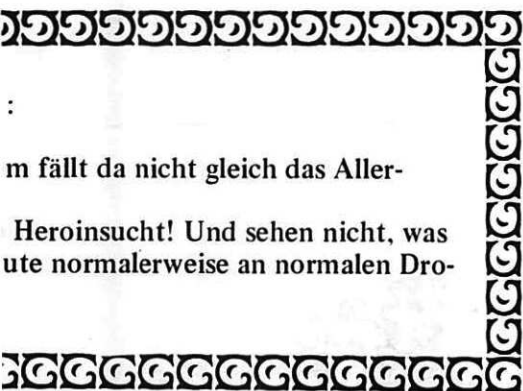
DER ZWEITE TAG

An den nächsten beiden Tagen sollte, neben einem zusätzlichen Angebot von allgemeinen Informationsveranstaltungen in Form von Filmen und Vorträgen, durch Sachverständige, dem Angebot einer Elternveranstaltung und einer Teestube von der Drob, hauptsächlich in den Projektgruppen gearbeitet werden, und zwar vormittags von 8 bis 12 Uhr in der Sekundarstufe I und nachmittags in der

ule

Oberstufe.

Am 2. Tag setzen sich die Gruppen zusammen, spezifizieren ihre Interessen, definierten ihre Problemstellung, organisierten und erarbeiten Sachinformationen, erwerfen ihre Arbeitsvorhaben, füh-



m fällt da nicht gleich das Aller-

Heroin sucht! Und sehen nicht, was gute normalerweise an normalen Dro-

ren erste, grundlegende Arbeiten durch und erreichen eventuelle Ergebnisse.

DER DRITTE UND VIERTE TAG

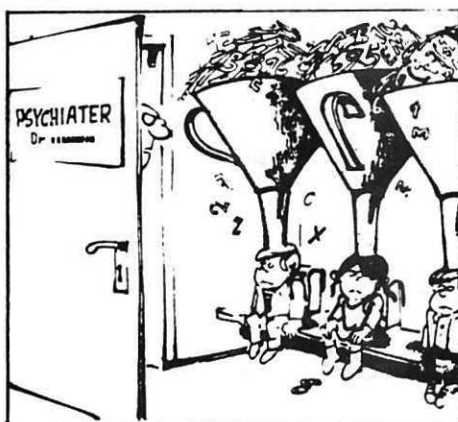
Am 3. Tag werden die Arbeitsvorhaben fortgeführt, Ergebnisse ausgewertet, diskutiert, fixiert und schließlich derart dargestellt, daß es am 4. Tag der Schulöffentlichkeit vermittelt werden kann.

Der vierte Tag beginnt zunächst mit einem Treffen in den vertrauten Klassen und Kursen, um Erfahrungen auszutauschen und um zu reflektieren, sowie eine Vorinformation über die angebotenen Produkte zu erhalten. Darüberhinaus sollen öffentliche Einrichtungen und Gruppen (Stadtbücherei, Rotes Kreuz, Sportvereine, Jugendgruppen usw.), die auch praktische Anregungen für das außerschulische Leben erreichbar werden. Mit einer gemeinsamen Abendveranstal-

ung sollten dann die Projektstage ausklingen.

ZIELSETZUNG

Die Lernziele, die während dieser Projektstage erreicht werden sollten, waren einmal das Erkennen, daß Sucht als Abhängigkeit nicht eindeutig definierbar und somit in der Realität nicht eindeutig feststellbar ist, sowie – damit verbunden – der Versuch, das eigene Verhalten in Auseinandersetzung mit dieser Problematik zu reflektieren; dann das Erkennen von gesellschaftlichen und individuellen Faktoren und insbesondere deren Zusammenwirken, durch welches Suchtverhalten ausgelöst und gefördert werden kann; und zudem die Befähigung zu einer kritischen Konsumhaltung.



Darüberhinaus sollte mit der Wahl der Projektform die Gemeinschaft und Kommunikation zwischen Lehrern, Eltern und Schülern gefördert werden. Durch die Initiierung selbstgesteuerter Lernprozesse und die Umsetzung von angeeignetem Wissen und Erfahrungen in Produkte, die nachfolgend der Schulöffentlichkeit zugänglich gemacht werden, sollte der Schüler aus seiner ty-

pischen passiven Konsumentenrolle herausgerissen werden, um über die Erfahrung, daß es auch "alleine geht", zu mehr Eigeninitiative gebracht zu werden. Und gerade diese Erfahrung sollte dem eigenen Suchtverhalten entgegenwirken.

Soweit zur Projektwoche. Nachdem dieser Grundaufbau der Projektwoche dem Kollegium seit längerem bekannt, nachdem die Vorbereitungsgruppe für alle zugänglich gewesen, eigens ein Studientag für alle Lehrer angesetzt, und somit die Gelegenheit zur konstruktiven Kritik und Veränderung gegeben war, und nachdem auf der Schulkonferenz eine demokratische Entscheidung zugunsten der Projektwoche ausgefallen war, haben 33 Lehrer diese Entscheidung sabotiert.

DIE GEGNER

In einem Gespräch mit zwei Gegnern der Projektwoche, Herrn Burkhardt und Herrn Voigt, die jedoch nicht als Sprecher der 33 ansonsten unbekanntem Unterzeichner auftraten, stellten sich folgende Kritikpunkte an dem Projekt heraus.

Die Definition des Suchtbegriffs sei in der von der Gruppe bearbeiteten Form zu offen, man könne so keine klare Grenze mehr zwischen relativ harmlosen Ersatzhandlungen und der Gefahr des Drogenmißbrauchs ziehen. Entweder würden diese Ersatzhandlungen verteuert, so daß man ab der 3. Tasse Kaffee 'koffeinabhängig' wäre, oder aber die sogenannten 'harten Drogen' würden verharmlost.

Betrachtet man jedoch nach diesem Gesichtspunkt die Lernziele der Projekt-



woche, so erkennt man recht deutlich, daß die Gruppe diese Gefahr wohl erkannt hat und ihr auch entgegenwirken wollte, indem gerade dieser Punkt in den Arbeitsgruppe diskutiert und herausgestellt werden sollte: Durch die Reflek-

I.



tion des eigenen Verhaltens und die Analyse von gesellschaftlichen Faktoren, die Suchtverhalten auslösen können, sollte eine kritische Konsumhaltung erzeugt werden.

Damit wird auch gleich der nächste Kritikpunkt angeschnitten: Die Formulierung der Lernziele sei zu abstrakt und zu wenig verpflichtend. Vor allem den älteren Lehrern fehle hier das Selbstvertrauen, in einer Gruppe mit mehr oder weniger fremden Jugendlichen ein Klima zu schaffen, in dem man ohne Ängste oder Aggressionen über solche, doch ziemlich 'intime' Dinge wie das eigene Suchtverhalten sprechen kann. Ein grosser Teil der Lehrerschaft fühle sich nicht kompetent genug, Gespräche, bei denen teilweise die Gefahr besteht, sich und andere bloßstellen zu müssen, derart zu leiten, daß keine Frustrationen entstehen.

Was mögen diese Lehrer nur für ein pädagogisches Selbstverständnis haben? Besteht Unterricht denn nur in der reinen Vermittlung von Lerninhalten? Diese Einstellung bedeutet, daß die Lehrer

II.



nur bereit sind, 'Neues' auszuprobieren, wenn ihre Autorität in voller Gänze bestehen bleibt.

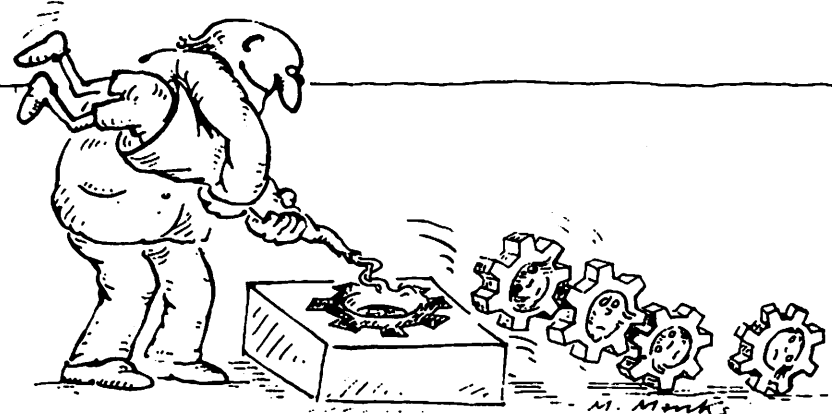
Der 3. größere Kritikpunkt an der geplanten Projektwoche war die Wahl des Theaterstücks. Es würde ein zu negatives Bild von 'unserer Jugend' geben, die Sprache käme nicht aus der 'Welt' der Schüler, und obendrein würde es nicht die 10-11jährigen aus den untersten Jahrgangsstufen ansprechen.

Merkwürdig ist, wie solche Kritikpunkte formuliert werden können, wenn das Stück gar nicht allen Lehrern bekannt war. Zwar wurde es im Februar schon einmal aufgeführt, jedoch zu einem Zeitpunkt, da diese Diskussion noch nicht akut war, und ein großer Teil der Lehrer sich auch nicht zu einem Besuch der Vorstellung verpflichtet fühlte.

Die Informationen stammten dann aus dem gedruckten Text von der Roten Grütze, der eindeutig 'linkslastig' mit einem marxistischen Lösungsansatz sei. Auf das Argument, daß der Projektwoche ja nicht dieses Stück, sondern die veränderte Fassung der Herner Theatergruppe zugrunde liege, wurde geantwortet, daß diese veränderte Fassung, in der besagte Passagen herausgelassen wurden, so 'ohne Perspektive' sei. – Was soll man dazu sagen?

Es bleibt immer noch die Frage, woran dieses Projekt tatsächlich gescheitert ist. Die oben erwähnte Kritik hätte

IV.



durch vernünftige Diskussionen, Informationen und eventuelle Kompromisse beseitigt werden können. Daß dieser Schritt nicht zustande kam, liegt wohl an beiden Seiten. Die Pro-

jektgruppe hatte sich zu sehr auf das, angesichts der Wichtigkeit des Engagements jedes Lehrers, recht knappe Mehrheitsergebnis der Lehrerkonferenz (36 pro, 27 contra und 6 neutral) verlassen und die nicht einverständene Minderheit übergangen.

III.



Die Kritiker hatten es versäumt, ihre Kritik rechtzeitig einzubringen; Gelegenheit dazu hatten sie mehr als genug, die Mitarbeit an dem Projekt war jedem offen und die Projektgruppe wäre für jede Kritik oder Anregung dankbar gewesen.

Nach einem Schreiben des Schulkollegiums Münster "ruht das Projekt" jetzt, d.h. zuerst sollen die Meinungsverschiedenheiten im Lehrerkollegium beigelegt werden. Erst dann will das Schulkollegium eine Entscheidung fällen. ***



IMPRESSIONEN FRUSTRIERTER SCHÜLER:

Dauernd wird Jugendlichen Passivität vorgeworfen und Aktivität gefordert. Wir engagieren uns bei der Planung der Projektwoche. Die Lust, sich in der Schule zu engagieren, ist uns nun endgültig genommen worden.

Wir sind frustriert und fühlen uns hintergangen, verarscht, nicht ernst genommen, insbesondere durch das niederträchtige und undemokratische Verhalten der 33 Lehrer/innen.

Wir sehen unter anderem solche Aktionen als Ursache für Passivität – vielleicht gewünschte Passivität – an.



Die Redaktion hat sich aus verschiedenen Gründen entschlossen, die nachstehende Presseerklärung des DKP-Kreisvorstandes RE zu veröffentlichen.

Zum einen wurde im Verlauf der Auseinandersetzung zwischen DKP und Marmulla der Landrat in beiden Lokalzeitung deutlich bevorzugt, auf Positionen der DKP zum Vorwurf der Gewaltanwendung seitens der DKP wurde nicht eingegangen; hier wollen wir Gegenöffentlichkeit sein.

Zum anderen geht die Presseerklärung, interessant und informativ, auf verschiedene öffentliche Ämter und politische Positionen Marmullas ein.

Presseerklärung des DKP-Kreisvorstandes Recklinghausen

MARMULLA LÜGT! WER IST DER TATSÄCHLICHE GEWALTTÄTER IM KREIS RE ?

In mehreren Presseerklärungen, in Rundtischgesprächen und in Schreiben an die Abgeordneten des Kreistages Recklinghausen versucht Landrat Marmulla (SPD) entgegen besseren Wissens und persönlicher Erfahrung den Eindruck zu erwecken, daß die DKP gewalttätig sei, daß die DKP in den letzten Jahren ihre Taktik dahingehend verändert habe.

In Datteln laufen gleiche Manöver des SPD-Unterbezirksvorsitzenden und Bürgermeisters Horst Niggemeier.

Mit dieser Art der Kriminalisierung der DKP wird der Versuch unternommen, die demokratische – und Friedensbewegung im Kreis Recklinghausen als gewalttätig, als außerhalb des Gesetzes stehend zu diffamieren und zu spalten.

Für die unglaubliche und ungeheuerliche Anschuldigung von Marmulla gegen die DKP hat er bis heute nicht einen einzigen Beweis vorgelegt – im Gegenteil – Marmulla übernimmt die trüben Quellen des Verfassungsschutzes und bestätigt sich als Sprachrohr und Erfüllungsgehilfe der CDU/CSU.

Marmulla wird auch keinen Beweis vorlegen können, da er sein ganzes Leben lang – am Arbeitsplatz, in der Gewerkschaft, im öffentlichen Leben mit Kommunisten Erfahrungen gemacht hat, die eine derartige absurde Behauptung überhaupt nicht zuläßt.

Marmulla lügt ganz offensichtlich in dieser Frage.

Was sind also seine wahren Absichten? Will er als Parteitagsdelegierter des Münchener SPD-Parteitag von der entspannungsfeindlichen Konfrontationspolitik der Regierung ablenken? Will Marmulla damit seine Zustimmung zur Stationierung von atomaren Erstschlags- und Angriffsraketen der USA in der Bundesrepublik kaschieren? Will Marmulla ungeheuer machen, daß die BRD heute die größte Atomwaffen- und Giftgasdichte in der Welt hat?

Ein Teil dieses atomaren Vernichtungs-

potentiales hat eine Reichweite von 20 Kilometern. Sollte es zu "einem begrenzten Atomkrieg" kommen, wie ihn sich der US-Präsident Reagan vorstellt, dann geht Europa in einem atomaren Holocaust unter.

Dazu kein Wort von Marmulla. Auch am Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus – dem 8. Mai 1945 – blieb dieser Repräsentant des Landkreises Recklinghausen sprachlos. Marmulla hält sich in antifaschistisch-demokratischen Fragen bedeckt. Er weiht lieber Denkmäler der revanchistischen Deutschen Jugend des Ostens mit Kontakten zur neonazistischen Szene ein.

Helmut Marmulla ist Aufsichtsratsvorsitzender der Flugplatzgesellschaft Loe-mühle GmbH. Mit seiner Hilfe soll eine Startbahn-West im Landkreis Recklinghausen, eine kleine NATO-Rollbahn gebaut werden. Daß dabei landwirtschaft-

Hamm-Schmehausen und indirekt am "Schnellen Brüter" in Kalkar. Beide Atomkraftwerke sind der zivile Tornado-Finanzierungsskandal. Sie haben sich in den Erstellungskosten teilweise verzehnfacht. Im Landesentwicklungsplan 6 sind weitere Kernkraftwerke ausgewiesen. Marmulla muß es persönlich mitverantworten, wenn Atomenergie militärisch genutzt, wenn durch AKW's die Sicherheit der Bevölkerung bedroht und im Steinkohlenbergbau die Arbeitsplätze kaputt gemacht, wenn Milliarden Steuergelder sinnlos verplempt werden.

Wer wendet hier Gewalt gegen wen an?

Helmut Marmulla ist Aufsichtsratsmitglied der "Vestischen Straßenbahn GmbH". Dieses Gremium hat in den letzten Jahren durch Dummheit, Dilettantismus, mangelnde Sachkenntnis und

Presseerklärung

Marmulla Lügt !

lich wichtige Gebiete und unsere Steuergelder draufgehen, kratzt ihn einen Dreck.

Wer wendet hier Gewalt gegen wen an?

Helmut Marmulla ist Aufsichtsratsmitglied der VEW, die in den letzten Tagen wieder mit einer saftigen Tarifierhöhung zugeschlagen hat. Die VEW ist direkt beteiligt am Hochtemperatureaktor in

Unfähigkeit zur scheinweisen Liquidierung des öffentlichen Nahverkehrs beigetragen. Kaum eine andere öffentlich kontrollierte Gesellschaft wie die "Vestische" hat in den letzten Jahren



so viele Fehlentscheidungen getroffen und damit Steuerverschleuderei in Millionenhöhe betrieben.

Wer wendet hier Gewalt gegen wen an?

Helmut Marmulla ist SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Recklinghausen-Hochlar-mark. Im Luftreinhalteplan NRW-Mitte wird dieser Stadtteil mit immens hohen Schadstoffbelastungen ausgewiesen. Bei Kleinkindern wurden frühkindliche Gehirnschäden festgestellt. Marmulla hat seinen persönlichen Anteil an Ansiedlungs- und Genehmigungs-, an Planfeststellungsverfahren, die diese Umweltverschmutzung hervorbrachten.

Wer wendet hier Gewalt gegen wen an?

Helmut Marmulla ist Abgeordneter im Rat der Stadt Recklinghausen. Dieser hat sich in einer Reihe von Entscheidungen als fachlich inkompetent und bürgerfeindlich erwiesen. So wurde ein Parkhaus in Recklinghausen-Ost für drei Millionen DM gebaut, das heute leersteht, so wurde die Altbausubstanz in der Innenstadt zugunsten der Profite der Kaufhauskonzerne zerstört, so wurden

fast 20 Millionen DM zum Fenster rausgeworfen, für den Ausbau einer notwendigen Entlastungsstraße für Ost – den August-Schmidt-Ring – der dann per Verwaltungsgerichtsurteil gestoppt wurde. Die Baustelle, das Parkhaus, die zerstörte Innenstadt sind als Denkmal Marmullas Unfähigkeit für jedermann zu beschichtigen.

Wer wendet hier Gewalt gegen wen an?

Helmut Marmulla ist der Landrat des Kreises Recklinghausen. Unter seiner Federführung und Kontrolle wurde die Planung und der Bau des Rohstoffrückgewinnungszentrums in Herten mit durchgeführt. Diese Müllverbrennungsanlage ist schlicht Betrug am Bürger. Weder die tatsächlichen Kosten noch die zu erwartende Umweltverschmutzung wurden bekanntgemacht. Die bisherigen Ergebnisse sind bekannt. Die Müllgebühren explodieren – ab und zu auch eine Pilotanlage des RRZ.

Unter Marmullas Aufsicht wird die Landschaft des Kreises planmäßig mit Autobahnen und Fernstraßen zubetoniert. Und wenn es sich gar nicht mehr verheimlichen läßt, wird auch ab und zu ein Umweltverbrechen zugegeben.

Wer wendet hier Gewalt gegen wen an?

Die Bestandsaufnahme politischer Vergehen durch Helmut Marmulla kann beliebig erweitert werden. Nimmt man objektive Kriterien und betrachtet die Arbeit der DKP, wird jeder zugeben, daß unsere Partei genau diese Dinge mit demokratischen Mitteln bekämpft, während Helmut Marmulla durchaus in die Kategorie der Gewalttäter einzustufen ist.

Marmulla geht es in seiner Diffamierungskampagne gegen die DKP auch gar nicht um eine faire und sachliche Auseinandersetzung. Sein Verhalten ist für einen Politiker unwürdig. Er bedient sich einer Sprache des Kalten Krieges, der Vergangenheit. Seine Artikel gegen die demokratische – und Friedensbewegung haben in westeuropäischen Partnerstädten Bestürzung und Betroffenheit hervorgerufen.

Die DKP wird sich dadurch in ihrer Arbeit nicht beirren lassen, denn es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden, als die Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften unserer Bevölkerung. ***

An alle Initiativen, Projekte etc.

Wie Ihr vielleicht dem letzten HOLZWURM entnommen habt, hat die BI Umweltschutz RE ihre Auflösung beschlossen. Wir sind uns einig gewesen, die vorhandenen Gelder 'nutzbringend' zu vergeben und veröffentlichen deshalb an dieser Stelle einen Aufruf an alle Initiativen, Projekte o.Ä., die Kohle brauchen könnten.

Wir, d.h. die bei der letzten Sitzung anwesenden BI'ler haben vereinbart, uns am

14. September 1982 um 20 Uhr in der Altstadtschmiede

zu treffen, um die auf diesen Aufruf (oder über andere Wege bekanntgewordenen) Finanzierungsanträge zu besprechen und zu beschließen.

Wir stellen an alle Anträge folgende Bedingungen:

1. Es muß genau ersichtlich werden, um welches Projekt es geht (incl. der formalen Daten, anderer Finanzierungsmöglichkeiten etc.)
2. Die Dringlichkeit der finanziellen Unterstützung muß augenfällig sein
3. Es muß sich um ein politisches Projekt handeln
4. Bevorzugt werden örtliche und AKW-Projekte finanziert
5. Die Anträge müssen 14 Tage vor dem o.g. Termin vorliegen, damit wir von der BI ausreichend Gelegenheit zur persönlichen Information haben
6. Es muß ein Vertreter des jeweils zu finanzierenden Projekts am 14.9. anwesend sein, um über den Antrag hinaus Auskunft geben zu können.

Also – hört Euch um, meldet Euch ...

DIE KONTAKTADRESSE:

Carsten Lutz
Rügenstr. 96
4350 Recklinghausen

Leben – kein Kulturgut?

Eine interessante Aktion wurde unlängst von einem Freiburger Obstbauern geplant und durchgeführt: er schrieb an das UNESCO-Büro in Bonn, erklärte sich selbst gemäß der Haager Konvention zum schützenswerten Kulturgut und bat um die Aufnahme in das internationale Register. Sein Ansinnen wurde abgelehnt.

Anstecker aus Pappelholz (3 mal 4,5 cm) mit dem Symbol für schützwürdiges Kulturgut (Farben: weiß/Blau) sind zum Preis von 1,85 DM + Porto erhältlich bei REHA, Verein zum Aufbau sozialer Psychologie e.V.:

REHA
Schwarzwaldstr. 81
7 800 Freiburg i.Br.

Nebenbei: Die Haager Konvention bzw. ihre Auslegung in der Bundesrepublik ist auch in Bezug auf die Definition des Wertes von materiellem Kulturgut fragwürdig: während die Erhaltung des Aachener Domschatzes mehr als eine halbe Million DM kostet, ist die Archivierung von Autoren wie z.B. Heinrich Böll nicht vorgesehen.



Internationale Friedenskonferenz

Im Rahmen der diesjährigen Friedenswoche (Anfang November) findet in Oberhausen eine Internationale Friedenskonferenz statt.

Die Veranstalter European Nuclear Disarmament (END) und 'Vorort', Stadtzeitung für Oberhausen, planen keinen Spezialistenkongress und kein Treffen von Friedensbürokraten, sondern ein offenes Treffen für alle Leute, die an der Basis der Friedensbewegung arbeiten. Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Staaten werden erwartet.

Ziel ist ein Erfahrungsaustausch mit der Absicht, internationale Verbindungen aufzubauen und zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Nähere Informationen:

VORORT
Stadtzeitung f. Oberhausen
Lothringer Str. 64
4200 Oberhausen 1

Ruf doch mal an . . .

Die Deutsche Bundespost macht's möglich: Sprich mit deinem Rüstungsberater in Washington & Moskau, Ronald und Leonid erwarten deinen Anruf. Fragen nach dem Gesundheitszustand der beiden Herren, nach bevorstehenden Kriegen oder dem Wetter sind nicht nur erlaubt, die beiden bestehen sogar darauf.

Die Redaktion jedenfalls hat in zahlreichen Gesprächen ermittelt, daß es sich um zwei nette, gutmütige ältere Herren in fortgeschrittenem Pensionsalter handelt, die ungeachtet aller Anfeindungen ihre "Friedenspolitik" weiter betreiben werden.

Ronald: 001/202 - 456 14 14
Leonid: 007/095 - 295 90 51



25 Tage lang protestierten diese Türken und Kurden in Duisburg mit über hundert Landsleuten in anderen westdeutschen Städten mit einem Hungerstreik gegen Massaker, Hinrichtungen und Folter in der Türkei und Kurdistan. Sie sind hier verummmt, weil ihr Leben in Gefahr wäre, würden sie von MHP-Mitgliedern, Spitzeln der türkischen Regierung oder Grauen Wölfen erkannt werden.

Foto: Ingrid Weidig-Bödeker

In unserer letzten Ausgabe druckten wir auf den Seiten 12 und 13 ein Schreiben Wolfgang Tschentschers an die Jugendzeitschrift 'Flaschenöffner' und deren Reaktion darauf mit einem Artikel "In eigener Sache" ab. Der Brief Wolfgang Tschentschers erschien im 'Flaschenöffner' nicht.

Bedauerlicherweise ging der letzte Teil der Antwort bei unserem Satz 'flöten', so daß nur der erste Teil von uns abgedruckt wurde. Dies kritisiert Willi Maldei in seinem nebenstehenden Leserbrief zu Recht.

Daher drucken wir hier die gesamte Darstellung des 'Flaschenöffner' hier ab.

Zur Erinnerung: Wolfgang Tschentscher reagierte mit seinem Brief im Auftrag des Friedenskomitees RE auf einen 'Flaschenöffner'-Artikel ("Der Verfassungsschutz – Das unbekannte Wesen"). Wolfgang bezeichnet den 'Flaschenöffner' als DKP-Organ. In satirischer Form werden die Aussagen des Artikels aufgenommen und belegt, daß danach das Friedenskomitee von Spitzeln en masse unterwandert sein müsse, da die Mitglieder "eine gerade zu auffallende Vorliebe für 'weltpolitische Grundfragen'" hätten.

Nach Erscheinen der Februar-Ausgabe des Flaschenöffners erhielten wir einen Brief von Wolfgang Tschentscher, Mitglied des Recklinghäuser Friedenskomitees. Wir haben diesen Brief an Wolfgang zurückschicken müssen, weil wir uns mit der Anrede nicht angesprochen fühlten, was wir mit folgendem Text dokumentieren wollen:

"In der Februar-Ausgabe des Flaschenöffners, einem sich selber als "Jugendzeitschrift für den Kreis Recklinghausen" bezeichnenden Publikationsorgan der DKP Recklinghausen, meldete sich in einem Artikel ..."

Wir haben dem Herrn T. die Anschrift der DKP Recklinghausen übermittelt, damit er seinen Text noch an der richtigen Stelle loswerden kann.

Wir sind als engagierte Jugendzeitschrift schon des öfteren kritisiert worden von "Leuten", die uns nicht gerade wohlgesonnen sind, deshalb noch mal grundsätzlich einige Informationen zu unserer Zeitung für den Leser:

Die Jugendzeitschrift Flaschenöffner ist seit ihrem Bestehen (1979) ein autonomer Bestandteil der demokratischen Jugendbewegung und seit dem engagierten Auftreten der Friedensbewegung aktiver Teil dieser (z.B. regelmäßige Berichterstattung über die Friedensbewegung, Herausgabe des Schwarzbuches "Pulverfaß Kreis Recklinghausen", durch Initiative

des Flaschenöffners entstand im März '81 das Recklinghäuser Friedenskomitee).

Wir verstehen uns als eine radikaldemokratische Zeitschrift, die weltanschaulich an keine Partei oder Organisation gebunden ist. Bei uns spielen nur persönliche Meinungen der Redakteure eine Rolle. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Für uns gibt es keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, wir versuchen dem radikaldemokratischen Anspruch der Zeitung gerecht zu werden, wobei wir keine Abgrenzungsstrategie zu befahren haben. Unser Anspruch lautet, über demokratische Aktivitäten zu berichten und gesellschaftliche Hintergründe aufzuzeigen und in dem Sinne auch parteiliche Wertung (z.B. bei Repressionsbeispielen von Mitgliedern der Friedensbewegung Jutta K. und Werner R.).

Zur Klarstellung sei auch noch gesagt, daß natürlich auch Kommunisten als gleichberechtigte Partner behandelt werden und wir keine Abgrenzungen vorsehen, auch wenn es uns bürgerliche Kreise vorschlagen.

Die Zeitungsredaktion hat und wird sich niemals einseitig für eine Partei aussprechen, sie wird aber auch nicht, wie beim

Flaschen

Radikal-d

bürgerlichen Journalismus, die "Schere im Kopf ansetzen" (Selbstzensur üben), wenn es um die Berichterstattung über bestimmte Initiativen oder Organisationen geht, weil es der herrschenden Meinung nicht gefällt.

Bei der Veröffentlichung von Artikel, Stellungnahmen und Leserzuschriften prüfen wir auch immer konkret, ob Personen oder Gruppen durch bestimmte Stellungnahmen gefährdet sind oder sogar Repressionsmaßnahmen durch Staatsschutzorgane zu erwarten wären. Deshalb behalten wir es uns auch vor, Zuschriften nicht zu veröffentlichen. Wobei jeder Fall konkret behandelt wird und eine Entscheidung erst durch eine vorhergegangene demokratische Diskussion gefällt wird. Wir haben erst wenige Male Zuschriften nicht abgedruckt, wie z.B. eine Zuschrift der RAF (Rote Armee Fraktion) und Artikel mit nicht nachprüfbareren Informationen.

Wir werden uns hüten, bestimmte Initiativen und Organisationen wie es nachweislich der Verfassungsschutz unternimmt, nach Parteimitgliedsbüchern zu bewerten und somit vielleicht den Staatsschutzorganen bei verfassungsfeindlichen Berufsverboten behilflich zu sein. Hier steht für uns ein von Heinrich Heine weit (?) geprägter Spruch: "Das dümmste Schwein im ganzen Land, ist und bleibt der Denunziant."

Sollten sich durch diese kurze knappe Darstellung einige Leute wieder auf die Hühneraugen getreten fühlen, kann ich auch an dieser Stelle nur sagen: "Jeder zieht sich den Schuh an, der ihm paßt."

Wir möchten von dieser Stelle aus deshalb an alle Gruppen und Organisationen appellieren, ihre Probleme untereinander in einer sachlichen Atmosphäre zu klären. Das gegenseitige Anmachen und die Aufstellung falscher Behauptungen dient in keiner Weise einer fortschrittlichen Politik, sondern eher Kräften, die mit Fortschritt und Demokratie nichts gemein haben. Unsere Zeitschrift wird sich deshalb an dem Kleinkrieg bestimmter Gruppen nicht beteiligen, höchstens aus unserer Sicht dazu Stellung beziehen.



Flaschenöffner: demokratisch

Leserbrief

Betr.: "Eine Veröffentlichung und Ihre Folgen" und "Dokumentation" aus Heft 66, Seite 5 sowie Seite 12 und 13

Eure tolle Maibescherung hat mich nun doch mal dazu hingerissen einen Brief zu schreiben. Ihr habt freundlicherweise das Bild der K 14-Beamten nebst Text aus der April-Ausgabe des Flaschenöffners veröffentlicht, um wie ihr so schön schreibt, euren Lesern eine eigene Urteilsfindung zu ermöglichen. Kritische Berichterstattung über eine andere Zeitung bzw. ein kritikvolles Verhältnis zu ihr zu haben, ist sicherlich notwendig und da ist auch nichts gegen einzuwenden. Nur frage ich mich, ob das nicht ein schlechter Witz von euch ist, mit der "eigenen Urteilsfindung" des Lesers, weil es ihm gar nicht ermöglicht wird. Für wie dumm hält die Holzwurmredaktion ihre Leser eigentlich?

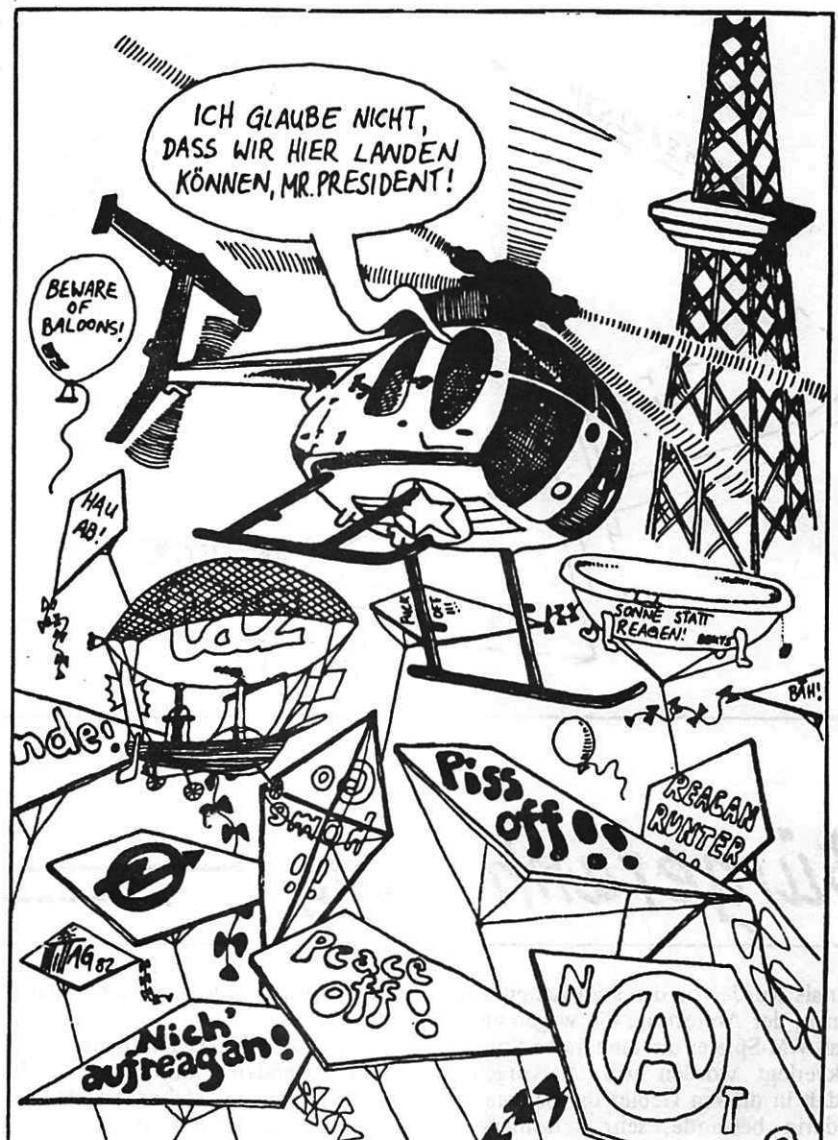
Ihr veröffentlicht also das Bild nebst Text, sagt dann, daß man sich zwar gegen die wachsende Kriminalisierung wehren muß, aber genauso müßtet ihr euch dagegen wehren, daß der Flaschenöffner ein autonomer Bestandteil der Friedensbewegung sei. Und dann noch einen Satz aus der Presseerklärung des Flaschenöffners vom 13. Mai 1982, bums, fertig. Ihr habt also die beiden Sachen aufgewogen. Die inhaltlichen Bedenken gegenüber dem Flaschenöffner sind also so groß, daß der Holzwurm die Sache des Ermittlungsverfahrens gegen die Flaschenöffner-Herausgeber beiseite schiebt und stattdessen etwas anderes verkaufen will. Die Gegendarstellung von W. Tschenscher auf Seite 12 und 13, die mit der K 14-Bildveröffentlichung gar nichts zu tun hat, wobei es aber euren Lesern in einem Zusammenhang dargestellt wird. Ihr stellt eine Behauptung auf und setzt euch nicht weiter damit auseinander. So wie das aufgebaut ist, hat es schon Qualitäten der Recklinghäuser Zeitung oder gar des Franz Hubert Reine (Politclown), der macht das genauso. Anscheinend will sich die Holzwurmredaktion auch gar nicht so sehr mit dem Ermittlungsverfahren des Flaschenöffners

auseinandersetzen, da nicht einmal ein einziges Redaktionsmitglied es für nötig hielt auf der Pressekonferenz des Flaschenöffners zu erscheinen und das bei einer Zeitung aus derselben Stadt. Gute Nacht, Freunde . . . ja keinen Kontakt. Das ist die Solidarität des Holzwurms, außer euch haben alle anderen Stadtzeitungen aus dem größeren Umkreis ihre Solidarität mit dem Flaschenöffner bekundet. Abbau der Pressefreiheit, was ist das schon? Für euch anscheinend gar nichts, sonst wärt ihr ja wohl näher auf das Ermittlungsverfahren eingegangen und hättet weiterhin darüber berichtet, daß momentan große Teile der Gegenöffentlichkeit mit solchen Ermittlungsverfahren von den Staatsanwälten beehrt werden.

Stattdessen kommt dann eine angebliche Dokumentation mit dem nicht zu übersehenden Vermerk "Kein Kommentar". Außerdem findet man dort eine sogenannte nicht veröffentlichte Gegendarstellung zu einem Artikel aus der Februar-Ausgabe mit dem Titel "Der Verfassungsschutz - das unbekannte Wesen". Weiterhin aus der April-Ausgabe des Flaschenöffners den Artikel "In eigener Sache", der aber nur zur Hälfte abgedruckt ist.

Wie kann sich euer Leser auch hier ein objektives Bild machen, wenn er den Verfassungsschutzartikel im Gesamten nicht kennt und die Stellungnahme des Flaschenöffners zu dieser angeblichen Gegendarstellung nur zur Hälfte? Den Artikel über den Verfassungsschutz, geschrieben von den Redaktionsmitgliedern Erich Burmeister und Claudia Breitkopf, wird lediglich von Herrn Tschenscher als Aufhänger benutzt. Mit keinem Wort wird in dem Absatz auf den er sich bezieht das Friedenskomitee erwähnt. Also muß er sich wohl von Erich Burmeister persönlich angesprochen fühlen, wobei er dann weiterhin versucht eine Diskussion, die er wohl mit ihm führen wollte, über DKP etc., auf dem Wege einer "Gegendarstellung" loszuwerden. Außer, daß dieser Brief von Polemik nur so strotzt, hat er ganz offensichtlich nicht die Absicht auf den vierseitigen Artikel einzugehen. Die Frage ist dann für mich, was das Wort 'Gegendarstellung' also noch da soll, ein April-Scherz, sonst nichts. Und das wird dann noch unter der Überschrift "Dokumentation" veröffentlicht. Helle Begeisterung!!

Willi Maldei
(Redaktionsmitglied Flaschenöffner)



„Sehr geehrte Damen und Herren! Wir freuen uns, Ihnen heute zum ersten Mal unsere Entwürfe für den Bebauungsplan 156 vorstellen zu dürfen. Wir haben nach eingehenden Gesprächen mit Betriebsinhabern, mit nur an hohen Erträgen interessierten Investoren sowie einflußnehmenden Personen und Gruppen aus Politik und Wirtschaft diese Pläne erstellt. Wir können Ihnen daher zwei Planungsalternativen bieten: Parkflächen mit angrenzenden Geschäftslokalen und Geschäftslokale mit angrenzenden Parkflächen.“

So begann die erste Bürgeranhörung zum Bebauungsplan 156, der vor allem die Kemnastraße betrifft, am 28. Juni im Rathaus leider nicht. Möglicherweise hätten auch nicht alle Behauptungen gestimmt. Leider hätte eine solche Einleitung 90 Prozent der Anwesenden auch nicht sehr interessiert. Sie waren als Anwohner der unteren Paulusstraße nurmehr an ihrem ganz direktem Wohnbereich interessiert, auch wenn eine Reihe von Argumenten aufgeföhren wurden, die ein wenig vom Eigennutz (der berechtigt ist) ablenkten, die mit brausendem Beifall bedacht wurden.

Von diesem Entwurf (Bebauungsplan 156) sind auch wir vom HOLZWURM zusammen mit allen Beteiligten am Autonomen Zentrum betroffen. Insgesamt betrifft der Bebauungsplan das folgende Stadtgebiet:

Nutzungen unter einen Hut zu bringen. Dazu gehören Wohnen, Schule, Sozial-einrichtungen und die verschiedenen Verkehrsteilnehmer.

Wir vom Autonomen Zentrum wurden auch erwähnt: als „Haus der Jugend“.

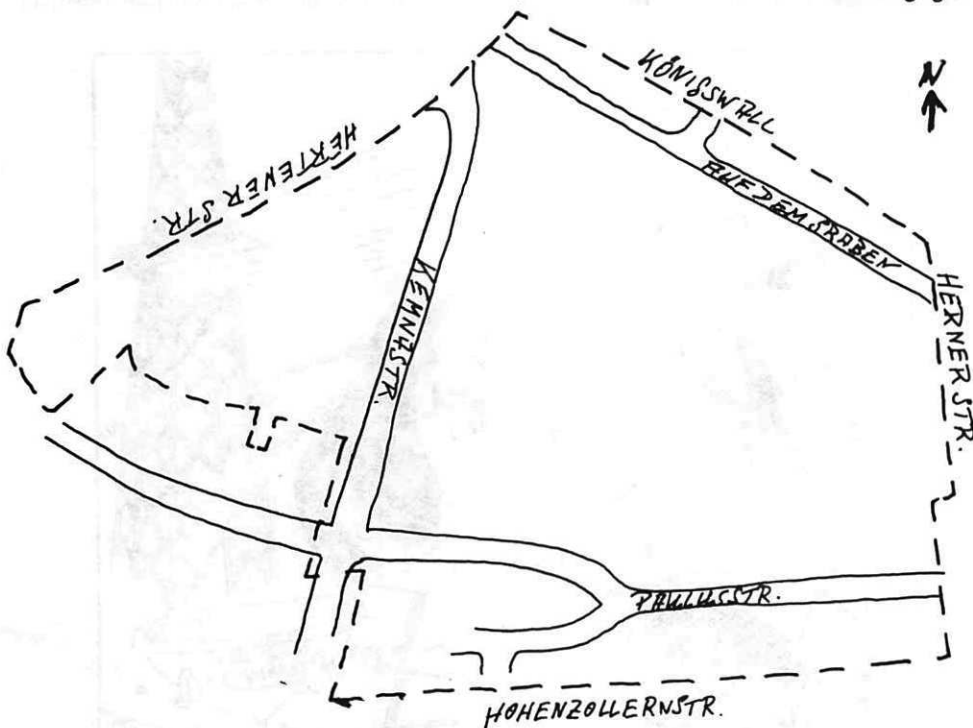
Durch das massive Auftreten der Paulusstr.-Anwohner und das Abheben der Planer auf das Thema „Parkplätze für PKW's wurden die Probleme verschiedenartiger Nutzung dann kaum behandelt. Der Kernpunkt dieses Bebauungsplanes sind wirklich Parkplätze.

Auf dem Gelände des abgerissenen Prosperhospitals und auf dem Flecken zwischen Kemnastr. und Hertener Str. ist ein Parkhaus vorgesehen. Die wenigen kritischen Äußerungen zu Parkhäusern wurden abgetan: Parkplätze würden gebraucht. Und wenn die bestehenden Parkhäuser nicht ausgenutzt seien, läge dies allein an den vielen verkehrswidrig ge-

Daß mehr Parkplätze angeblich nötig sind, wurde 'belegt' durch eine Hochrechnung des PKW-Bestandes bis zum Ende des Jahrhunderts. Die im Zusammenhang mit dem Parkhaus geplante Verlegung der Kemnastr., die schon nach der Paulus-schule auf die Hertener Str. abknicken soll, wurde mit entsprechenden Hoch-rechnungen des Generalverkehrsplanes erklärt.

Solche Rechnungen sind mit Vorsicht zu genießen (siehe dazu auch Artikel über den August-Schmidt-Ring).

Bis zur Gültigkeit des Planes dauert es noch einige Zeit (durchschnittlich zwei Jahre. Wer daran interessiert ist, sollte sich den Entwurf aber jetzt schon ansehen und seine Einwände bekannt machen (Mitentscheiden is' da nich'). Die Einsicht ist bis Mitte des Monats im Stadthaus während der Dienstzeiten möglich (Zimmer bitte beim Pförtner erfragen).



Anzeige:

Bonn 10.6.



Bilder, Reportagen, Reden, Kontroversen und Dokumente vom "Gipfel-Treffen" der 400 000 in Bonn.

Außerdem: I.D.E.E. Hannover, Reagan in Westberlin und andere Friedensaktionen Artikel zu Geschichte und Politik der NATO und zur Strategie einer Friedensbewegung "von unten".

Herausgeber: die Vertreter der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) sowie des Bundeskongresses Autonomer Friedensgruppen (BAF) im Koordinationsausschuß der Demo.

Umfang: 120 Seiten A4. Preis: 9,80 Bestellungen an den Verlag Die Werkstatt, Düstere Eichenweg 5, 3400 Göttingen, Tel. 0551/42014; Einzelbestellungen nur gegen Voraus-kasse (10 DM incl. Porto). Bei Abnahme von mind. 5 Exemplaren gibt's 35% Rabatt, für je 10 bestellte Bücher zusätzlich ein Freiemplar.

Bürgeranhörung

Mehrmals wurde von den städtischen Vertretern in der Anhörung, die wegen eines Fußball-WM-Spieles um eine halbe Stunde zurückverlegt worden war, hervorgehoben, daß in diesem Gebiet die Schwierigkeit darin bestände, sehr verschiedene

parkten Fahrzeugen in der Innenstadt.

Für den Bau des Parkhauses und der renditetragenden Objekte 'Geschäfte' und 'Wohnungen' stehen angeblich zwei finanzkräftige Interessenten vor der Tür.

Rund um die Schmiede

Seit Wochen sind in der Altstadt Schmiede die Finanzen das Thema Nr. 1. Allerdings macht zur Zeit weniger die Rotstiftpolitik den Mitarbeitern zu schaffen, sondern mehr die undurchsichtige Buchführung des Vereins, die nach dem Tode des Vorstandsmitgliedes Kurt Oster offensichtlich wurde. Es fehlen wichtige Belege, die öffentlichen Zuschüsse sind gefährdet. Durch die Aufnahme eines Kredites konnte die Finanzierung vorläufig sichergestellt werden.

Obwohl von der Altstadt Schmiede immer wieder der Anspruch eines selbstverwalteten Sozio-kulturellen Zentrums vertreten wird, liegt die Buchführung in den Händen des Vorstandes des Trägervereins. Bereits in den letzten eineinhalb Jahren war daran von Seiten des 'Ständigen Ausschusses' (zentrales beschlußfassendes Organ) Kritik geübt worden, geändert wurde allerdings nichts, was sicherlich auch an der schwierigen Materie liegt.

Die durch den Tod von Kurt Oster notwendigen Buchprüfungen ergaben dann erhebliche "Unregelmäßigkeiten". Vor allem fehlen zur Zeit noch Belege über getätigte Ausgaben. Vorstandsmitglied Ronald Baier: "Zur Zeit haben wir immer noch keinen Überblick über die wichtigsten Unterlagen."



**SORGENTELEFON
EINGESTELLT**

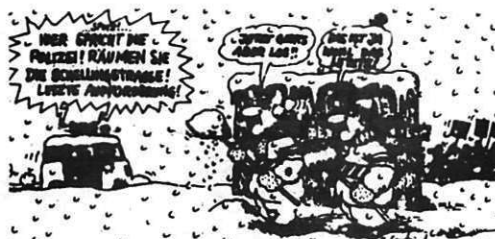
Keine finanziellen Gründe hatte die Einstellung des "Kinder- und Jugendtelefon", dem Sorgentelefon der Altstadt Schmiede. Vielmehr führte das Fehlen ehrenamtlicher Mitarbeiter (an Bezahlung darf bei der herrschenden Rotstiftpolitik gar nicht gedacht werden) dazu, daß mittlerweile der Vorstand der Schmiede das Telefon hat abmelden lassen und die Rufnummer 12345 vorerst aus dem Telefonbuch verschwindet. Hoffnungen, daß der Kinderschutzbund dieses Angebot weiterführt, haben sich allerdings nicht bewahrheitet.



**TU WAT, MACH WAT
AM 10. JUNI IN DER
VESTLANDHÄLLE**

Sehr wohl mit den Finanzen der Schmiede hat allerdings eine Veranstaltung am 10. Juni in der Vestlandhalle zu tun. Unter dem Arbeitstitel "Tu wat, mach wat", sollen Amateure und Halbprofis ab 11 Uhr ihre Kunst unter Beweis stellen. Veranstalter: Die Altstadt Schmiede und das Städtische Jugendamt, das die Kosten für die Halle, die Musikanlage und die GEMA-Gebühren trägt. Die Einnahmen sollen ausschließlich der Altstadt Schmiede zugute kommen.

Gerd Holobar vom "Ständigen Ausschuss": "Die Veranstaltung soll ähnlich wie die Sommerfeste ablaufen, die wir in vergangenen Jahren durchgeführt haben. Auf zwei Bühnen werden Musik- und Theatergruppen auftreten, ein Flohmarkt und eine Tauschbörse werden angeboten. Neben diesem mehr kulturellen Teil soll aber auch in einer Art Talk-Show auf die derzeitige Rotstiftpolitik eingegangen werden, insbesondere auf die Situation in den Jugendzentren."



LEIDER WERDEN DIE GUTEN ABSICHTEN DER POLIZEI VON VIELEN BÜRGERN NOCH MISSVERSTANDEN.

Ebenfalls eingeladen zu "Tu wat, mach wat" sind im übrigen auch alle Initiativen, die unterhalb der Galerie Infostände aufbauen können. Folgende Musik- und Theatergruppen standen zu Redaktionsschluß fest:

- Pentagramm (Akustik, 5 Leute, die u.a. singen)
- Diver Seat (Rockgruppe von Arbeitern der Zeche Blumenthal)
- Remark (Latin-Rock)
- Purple Haze (Rock)
- Präsidance (New Wave)
- Tyree Glenn jun.
- Bandbox
- Red Castle



Desweiteren im Programm: Zwei Theatergruppen, u.a. die Frauengruppe 'Frauengespielt' mit der Premiere ihren neuen Stückes "Zirkus Libido" (nach wohlinformierten Kreisen handelt es sich hierbei um die Thematisierung sogenannter "Beziehungskisten"), der Skateboardverein führt einige Kunststücke vor, Judo und Karate-Darbietungen werden ebenfalls nicht fehlen, Dichterlesungen werden geplant und Produkte der darstellenden Kunst sollen auch ausgestellt werden.

Einziges Problem der Veranstalter: Ab 20 Uhr läuft die Übertragung der Fußball-WM aus Spanien. Wer nach dem Spiel gegen Österreich also immer noch nicht die Nase voll hat, dem wird die Gelegenheit geboten, auf mehreren Bildschirmen das Geschehen in Spanien zu verfolgen, und, wenn es klappt, von einem aktiven "Profi" den passenden Kommentar zum Spiel gleich mitgeliefert zu bekommen.



August-Schmidt-Ring:

Im März 1981 berichteten wir im HOLZWURM über den geplanten August-Schmidt-Ring und die neue Fernstraße Recklinghausen-Castrop-Rauxel (L 889 n). Die damalige Bürgeranhörung zu diesen Straßenplanungen erweckte abschließend die vage Hoffnung, daß auch unsere hiesigen Verkehrsplaner und SPD-Politiker langsam ihre Schularbeiten im Fach Umweltschutz machen würden.

Bei der Bürgeranhörung am 9.3.81 im Heinrich-Pardon-Haus wurde die geplante Zerstörung unserer größten Naherholungsfläche in RE vorgestellt. Es gab damals viele Gegenstimmen. Unter ihnen war mehrfach die Äußerung zu hören, eine kleinere Alternative gleichrangig in der weiteren Untersuchung zu berücksichtigen. Die Verantwortlichen sagten dieses auch ausdrücklich zu, allen voran der derzeitige Planungsausschußvorsitzende Jochen Welt.

Das Ergebnis städtischer Planungsarbeit wurde uns im SPD-gesteuerten Stadt-RE-Port bereits vor einigen Wochen angekündigt. (Für diejenigen, die diese Art städtischer Desinformation im-

Nach den Sommerferien wird die Offenlegung dieses Bebauungsplanes stattfinden. Bleibt zu wünschen, daß möglichst rege davon Gebrauch gemacht wird, durch Eingaben das Straßenbauprojekt in dieser Form zu stoppen!

mer wieder in den Papierkorb stopfen, sei die wichtige Seite einmal abgedruckt!). Am 19.4.82 wurden im Heinrich-Pardon-Haus die beiden in Auftrag gegebenen Gutachten der Öffentlichkeit vorgestellt. Grundtenor der Aussagen war etwa: "Wir haben jetzt die umweltverträglichste Trassenführung, die der Umwelt sozusagen die Vorfahrt gibt!"

Der Haken an der Sache: diese Frage sollte in beiden Gutachten überhaupt nicht untersucht werden!

So heißt es gleich zu Beginn der Umweltverträglichkeitsstudie (Karsch, Recklinghausen) unter Aufgabenstellung:

"... In ihr soll die aus landschaftspflegerischer Sicht günstigste Trassenvariante für beide Straßenzüge ermittelt und ... für diese Variante die notwendigen ... -maßnahmen zur Vermeidung bzw. Minimierung der

Umwelt hat Vorfahrt

 * Welt:
 * An dieser
 * Straße
 * halten
 * wir fest
 * *****

Im Herbst sind es zwei Jahre, daß der Bau des August-Schmidt-Rings durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster gestoppt wurde. Unter Berufung auf den übergeleiteten Wirtschaftsplann wurde der Bebauungsplan Nr. 97/3 für nichtig erklärt.



Jochen Welt, Vorsitzender des Planungsausschusses: "An dieser Straße werden wir festhalten, sie ist dringend notwendig!"

Und er weist darauf hin, daß bei dem Verfahren für den neuen Bebauungsplan 187 die Bürger stärker beteiligt werden als zuvor. Zudem seien Bedenken, besonders der Einwohner der Hans-Böckler-Straße, ernst genommen worden und in die Planung eingeflossen.

Das Verfahren um den August-Schmidt-Ring ist für Jochen Welt ein sehr gutes Beispiel dafür, daß der Bürger sich durchsetzen vermag. Aber auf der anderen Seite gibt es noch zu überlegen, daß hier die Bedenken weniger gegen die Sorgen vieler, vor allem der Bewohner der Dortmund-Straße, stehen. Und er fragt sich, ob ein Gericht auf diese Weise nicht das parlamentarische Verfahren ad absurdum führen könnte.



Die Trassen für August-Schmidt-Ring und L 889 n und ihre „gestrichelten“ Varianten.

Zwei Gutachten

Vor einem Jahr forderten die Bürger in einer Versammlung im Heinrich-Pardon-Haus zwei Gutachten, die den Bau des August-Schmidt-Rings kritisch beleuchten sollten. Beide Gutachten liegen nun vor. Ihr Ergebnis wird den Bürgern am 19. April im Heinrich-Pardon-Haus präsentiert. Mithinbezogen in die Untersuchungen ist die L 889 n im Bereich der Lohweggedung. Das Ingenieurbüro Dr.-Ing. Scholz erforchte die verkehrsplanerischen Grunddaten neu, der Landschaftsplaner Dipl.-Ing. Karsch wendete sich den ökologischen Aspekten zu.

Als Ergebnis wird nun eine Trasse vorgeschlagen, die der Umwelt sozusagen die Vorfahrt gibt. Gegenüber dem bisherigen Plan wurden Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Freizeit und Erholung, Wohnen sowie Naturschutz und Biotopschutz. Dabei zeigte sich, daß von jeweils vier Varianten jene den höchsten Gesamtnutzen bringt, die der Bebauung am nächsten liegt. Beim August-Schmidt-Ring sollte sich eine Zwischenvariante, die im östlichen Teil weiter vom Wohnbereich wegschwenkt als die günstigste Lösung herausfinden. Für den Bau beider Straßen hat dies Konsequenzen. Sie werden besser gelegt. Vorgesehen ist ferner eine Begrünung zwischen Wohnbereich und Straße, und der August-Schmidt-Ring erhält im nördlichen Wohnbereich einen zusätzlichen Schutzwall. Die L 889 n verläuft im Bereich der Lohweggedung in einem bis zu 5 Meter tiefen Einschnitt, der August-Schmidt-Ring wird rund 2 Meter tiefer gelegt. Wenn mit dem Bau begonnen werden kann, hängt abdrängt von der Länge des Planverfahrens und den Zuschußmitteln des Landes ab.

Bürgerbetrug

entstehenden Auswirkungen und Beeinträchtigungen festgelegt werden. Die Diskussion der Notwendigkeit oder Tragbarkeit der Straßenbaumaßnahmen im Grundsatz (null-Variante) ist nicht Bestandteil dieses Auftrages. . . ." (Gemeint ist die Aufgabenformulierung durch die Stadt Recklinghausen.)

Ebensowenig galt es zu untersuchen, wie die erwähnte kleine Lösung (vgl. Zeichnung) im Vergleich zu den großen Planungen abschneidet!

Auch die Verkehrsstudie (Generalverkehrsplan 1981, Scholz, Düsseldorf) klärte nicht eindeutig, daß ausschließlich die großen Trassenvarianten eine realistische Lösung unserer Verkehrsprobleme darstellen! Es wurde zwar eine neue Verkehrszählung durchgeführt, aber die Verkehrsprognose für das Jahr 1990 geht bereits von einem komplett fertiggestellten Verkehrsnetz aus, das alle derzeit in Planung befindlichen neuen Straßenbauvorhaben als fertiggestellt betrachtet; keine Untersuchung über die Verkehrsentwicklung bei geringerem Ausbaugrad, keine Darstellung der derzeitigen Verkehrsbelastungen als Vergleich!

Auch in einer diesbezüglichen Passage auf Seite 30 der Untersuchung kann nicht nachgewiesen werden, daß eine Eineitigung des August-Schmidt-Ringes in Höhe des Höhenweges verkehrstechnisch nicht ebenso ausreichte.

Mit Hilfe einer Verkehrsstudie dieser Art kann man jede gewünschte Straße rechtfertigen.

Vorbildhaft wird mit diesen Gutachten gezeigt, wie man durch geschickte einseitige Aufgabenstellungen seitens des Auftraggebers zu den vorher gewünschten Ergebnissen gelangt, um diese dann anschließend in der Öffentlichkeit als neutrale und objektive Arbeitsergebnisse darstellen zu können, mit denen die Nutzungskonflikte zwischen Straßenbau und Umweltschutz angeblich ausreichend untersucht wurden. Das Ergebnis heißt dann bei der Verwaltung: "Umwelt hat Vorfahrt", obwohl es im Umweltgutachten nur als "relativ umweltverträglich" bezeichnet war.

So können auch Gutachten nur relativ sein!

oder:

Wie sag' ich's
meinem Kind

KOSTEN

An dieser Stelle sei nochmals kurz auf Kosten hingewiesen, die mit dieser Straßenplanung entstehen und die unsere ohnehin arg gebeutelten öffentlichen Haushalte belasten sollen:

ca 2,2 km August-Schmidt-Ring kosten 10,8 Mill. DM

ca. 2,2 km Fernstraße L 889 n kosten 9,2 Mill. DM

Grundlage dieser Kostenschätzung vom Büro Scholz waren Kostenrichtwerte aus dem Jahr 1980 !!

Außerdem sind in diesen Kosten keine Beträge für die vom Büro Karsch geforderten "Gegenmaßnahmen" enthalten wie z.B.

- 7 Brückenwerke für Fuß-, Rad- und Feldwege
- Anschlußstraßen
- neue Fuß- und Radwege

- zusätzliche Lärmschutzwand
- zusätzliche Bepflanzungen.

Enthalten sind auch nicht die Kosten für den südlichen Teil der Fernstraße L 889 n (unterhalb des Frankenweges)!

Die beiden Gutachten belasten die öffentlichen Haushalte mit:

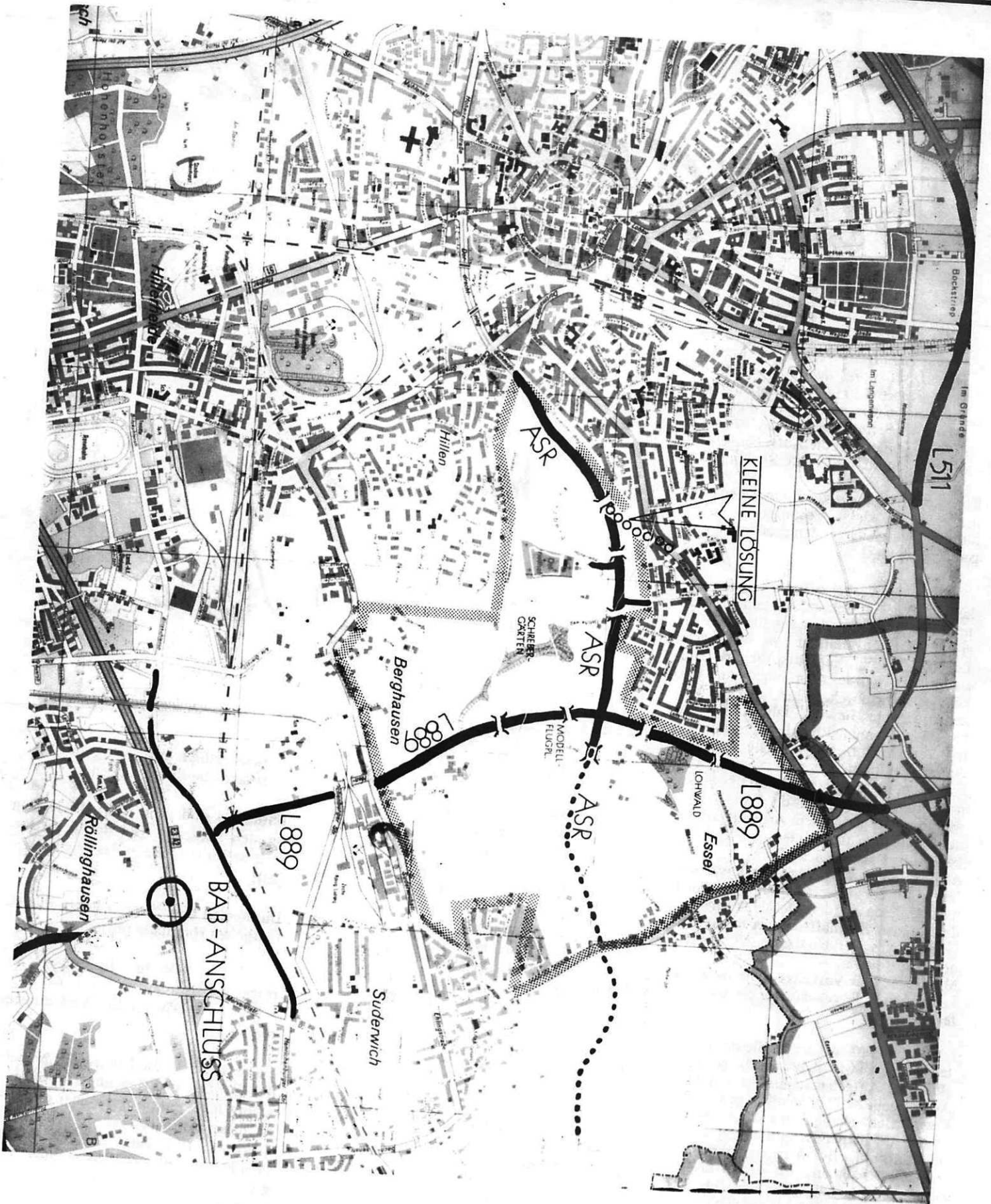
DM für die Umweltverträglichkeitsstudie

DM für die Verkehrsstudie.

Unser Versuch, die Kosten für die beiden Studien in Erfahrung zu bringen, schlug fehl. Eine Angabe über die Höhe dieser Ausgaben wurde von Herrn Siekmann (Presseamt der Stadt) mit dem Hinweis auf den 'Datenschutz' abgelehnt. Er behauptete, diese Angaben würden der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben. - Wir werden nachforschen, Herr Siekmann!

Skizze





Die letzte noch intakte und zusammenhängende Grünfläche innerhalb unseres Stadtgebietes soll mit diesem Bauvorhaben der "Heiligen Kuh" unserer Politiker, dem Individualverkehr geopfert werden. Die betroffenen Bürger können dann ja mit dem Auto über die schönen neuen Straßen ins Grüne fahren!

Einer der auszog,

Friedensmarkt im Ruhrfestspielhaus. Der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) rief, nicht alle kamen. Wer Gedränge erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Im Gegenteil sah es so aus, als ob nicht einmal die Besitzer der ca. 700 Vorverkaufskarten Interesse hatten auf den "Markt" zu gehen. Und ein Markt im eigentlichen Sinne war es ja auch nicht. Auf einem Markt sind viele Stände, man bleibt stehen, um zu sehen und mit seinem Nachbarn zu reden. Ausgerüstet mit einer Skizze durchstreiften wir das fast leere Haus und suchten die Räume der Diskussionsrunden auf. Überall das gleiche Bild der Leere: Schilder belehrten: "Diskussion fällt aus, wird verlegt".

So gaben sich die Teilnehmer auch selbst die Antwort auf die Frage, wo waren die Gewerkschaftsführer auf den grossen Demos in Bonn. Der DGB ist stolz darauf, daß über die Hälfte aller Abgeordneten im Bundestag Gewerkschaftsmitglieder sind. Sind sie aber auch Mitglieder gerade der SPD, die sich fast ohne Ausnahme hinter den NATO-Aufrüstungsbeschluß stellte, so werden Fragen wie "wo wart ihr in Bonn?" gegenstandslos. Heiterkeit wird sogar derjenige ernten, der eine Demonstrationaufforderung etwa an den Vorstand der IG-Bergbau richtet.

Wer nicht ohne Schwung nach Hause gehen wollte, tat gut daran, sich ein Volkstheaterstück aus Belgien anzusehen. Sonntagabend sangen wir mit Don Paulin "We shall overcome" und hatten doch noch Fragen im Kopf.



den Friedensmarkt..

Alexander von Cube stellte zum Schluß der Podiumsdiskussion die berechnete Frage: "Ist der Ruf der Gewerkschaften so schlecht, daß in Bonn auf der Demo so viele waren und hier so wenig sind?" Ja, die Podiumsdiskussion am Samstag war noch der Höhepunkt der Veranstaltung (oder Degenhardt?). Klipp und klar gesagt, ist es gut, auch einmal einen engagierten Diskussionsleiter zu erleben, wie es von Cube war. Er leitete die 'Mitgliederversammlung' intelligent und mit Witz. War es eine Versammlung der Friedensbewegung oder von Gewerkschaftlern? Es war sicher eine Gewerkschaftsveranstaltung von aktiven und auch oppositionellen Gewerkschaftlern. Auf dem Podium saßen, durch Vorstandsmitglieder des HBV (Einzelgewerkschaft Handel Banken und Versicherungen) und der IG-Metallvertreter auch nicht gerade Gewerkschaftsbonzen, die ihre "Neue Heimat" im DGB gefunden hatten.

Prof. Abendroth zu hören, ein Genuß für jeden, der die Vergewaltigung unserer Sprache auch gerade durch die "Bewegung" beklagt. Er brachte vernichtende Resultate aus der Geschichte ein. Nie hatten sich die Gewerkschaftsvorstände an die Spitze des Kampfes für Frieden und gegen den Krieg in den Parlamenten wie auf der Straße gestellt. Im Gegenteil klammerten sie sich nach Befürwortung eines "vaterländischen Krieges" noch am 9. November 1918 ans Kaiserreich. Nein, sie unterstützten nicht, sondern hintertrieben auch eine Einheitsfront gegen den Faschismus.

Überraschend deutlich verurteilten die beiden Gewerkschaftsrepräsentanten den eigenen DGB-Friedensaufruf als Störungsversuch, der außerdem mißlungen sei. Ja, mehr noch. Horst Klaus vom IG-Metall-Vorstand prophezeite: Hinderte die DGB-Führung ihre Mitglieder noch im vergangenen Jahr an der Teilnahme an Friedensdemonstrationen, und schwie sie sich zu Ostern und am 10.6. aus, so würde sie in nächster Zeit nicht abseits stehen, sondern Aufrufe befürworten. Oha? Nun, die Wahrheit ist, daß die überwältigende Zahl der Menschen in Bonn auch und gerade Gewerkschaftler waren. Doch wie ist es mit den 8 Millionen im DGB? Lassen die sich bewegen oder hindert die Führung?

Gehindert sah sich eine Gruppe aus Dortmund, einen Stand im Festspielhaus aufzustellen. Sie wollten die Ergebnisse einer Umfrage zum Thema 'Frieden' unter der Dortmunder Bevölkerung veröffentlichen.

Pressesprecher Günter Isemeyer dazu: Es sollen sich nicht eine Unzahl von Gruppen hier darstellen, der Schwerpunkt liegt auf der Diskussion. Naja, die fand ja wohl nur spärlich statt. Es gab aber doch Stände, wie etwa der Schießstand der Schüler der Fachoberschule für Sozialpädagogik RE. Wer sich dort verleiten ließ, auf eine Zielscheibe in Form eines Soldatenkopfes zu schießen, sah sich plötzlich seinem eigenen Spiegelbild gegenüber. Hier habe eine langfristige Zusage vorgelegen, die man nicht habe zurückziehen wollen. Die Schülerinnen werden es danken.

Kritik, Tips
und sonstige
Hinweise werden
von der Redaktion
gerne entgegengenommen

(tp) „Mit dem Aufkommen des Fahrrad-Booms hat die Stadt sehr direkt und prompt auf die Belange der Radfahrer reagiert.“ Dieses Fazit zieht Hans Rossmly vom Stadtpresseamt aus der aktuellen Verkehrsplanung.

Bei neu angelegten Radwegen (Halberner Str.) wird, wie mensch sieht, viel Wert auf abgefachte Bürgersteige gelegt.



Nach dem Tod des elfjährigen Schülers sichert eine ca. 10 cm breite weiße Linie das Überleben der Radfahrer.

Zuschußfrage bleibt noch unge...

Stadtväter wollen weiter 1 Million

Zwei „neue“ Kilometer sollen im

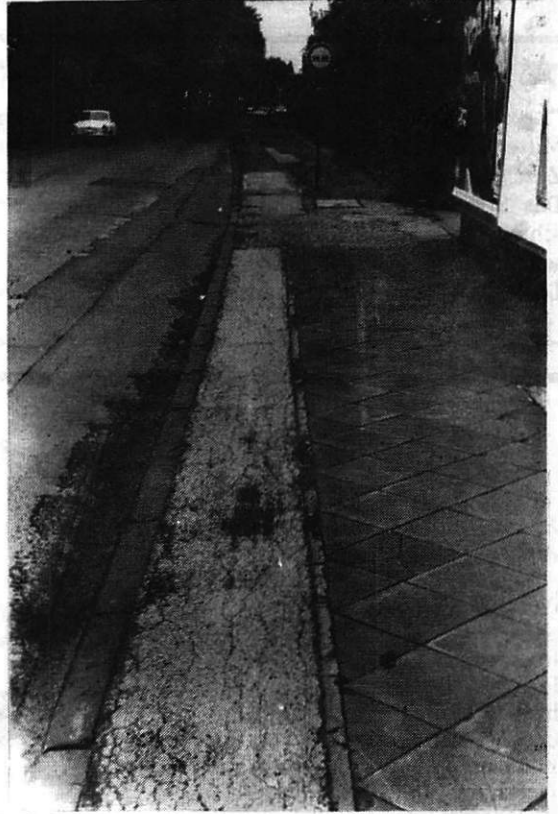


Inzwischen erstreckt sich das Recklinghäuser Radwegenetz auf eine Strecke von 30 Kilometern.



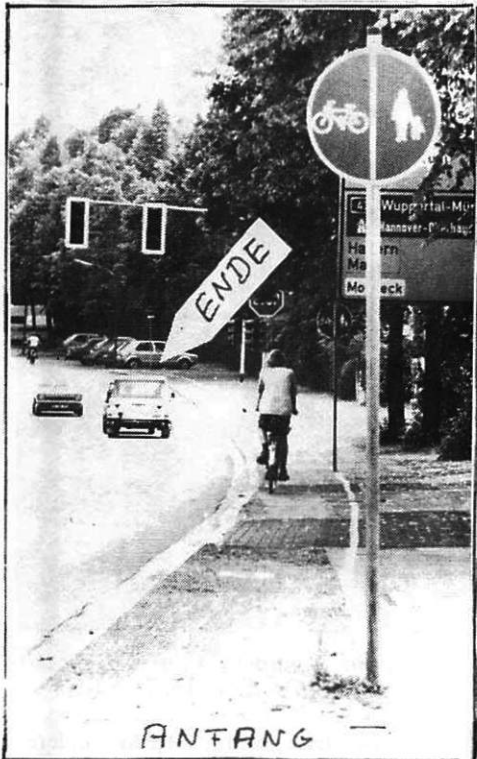


Hemer Straße -
Kein Kommentar!

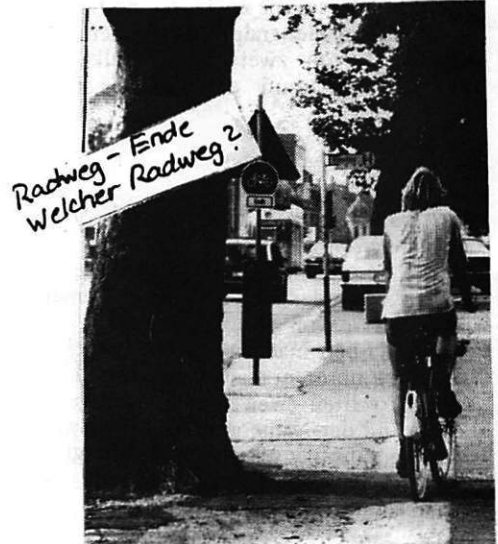


erklärt:
en für Radfahrer
locker machen
diesem Jahr noch fertig werden

AHA AHA AHA!



Mit
ihrem Planungskonzept liegen
die Stadtväter der Festspielstadt
sozusagen auf der gleichen Wellenlänge wie Bundesverkehrsminister Volker Hauff, der den „Drahtesel“ in diesen Tagen als Verkehrsmittel der Zukunft bezeichnet hat.





„Leerlauf“, die erste Eigeninszenierung der Theatergruppe 'Schlagende Wetter', wurde Mitte letzten Monats im Hochlarmarker Fritz-Husemann-Haus aufgeführt. Die gut 100 Zuschauer deckten mit den Eintrittsgeldern zumindest die Kosten für die Saalmiete ab. Das Stück thematisiert einige Probleme Jugendlicher: Arbeitslosigkeit, Beziehungsschwierigkeiten. Durch die Darstellung wird die landläufige Auffassung „Jeder ist seines Glückes Schmied“ zur Farce.

Das Interview mit der Theatertruppe soll ihre Zielvorstellungen verdeutlichen.



eigene Haltung den Verhältnissen gegenüber zu vermitteln. Dieses 'Schlagen' soll irgendwo auch zu'schlagen'.



Norbert: Der Name soll ausdrücken, daß wir Partei ergreifen wollen, eben durch das Theaterspielen Lebensräume und Probleme u.a. der Jugendlichen, die im Bergbau und anderswo arbeiten darzustellen.



Holzworm: Sagt Ihr kurz etwas über die Entstehung der Theatergruppe?

Norbert: Die Idee des Theaterspielens begann mit der Entstehung eines Volkshochschulkurses (Werkstatt Theaterspielen), der sich zum Ziel setzt, in Recklinhausen antifaschistisches Theater zu machen. — Die Arbeit in diesem Kurs begann mit einer grundsätzlichen Diskussion über den Faschismusbegriff. Kontroversen innerhalb der Gruppe führten dazu, daß sich die Mitgliederzahl verringerte und sich die Arbeit im kleinen Kreis weiterentwickelte.

Zunächst wurde ein Projekt in Hochlarmark angefaßt, das das Problem zwischen Ausländern und Deutschen im Form eines Theaterstücks im Zusammenhang zum Faschismus, mit Beginn der Ausländerfeindlichkeit, aufzeigen sollte.

Aufgrund der wenigen Leute klappte dieses nicht so wie wir es uns vorgestellt hatten. Aus der Arbeit ist ein Sketch im letzten Sommer innerhalb des Altstadttrummels zum selben Thema aufgeführt worden.

Danach formierte sich die Gruppe auf's Neue mit neuen Mitgliedern und entschloß sich, kein eigenes Stück zu schreiben, sondern erstmal ein fertiges zu spielen. Nach einigen Diskussionen, die die Auswahl der Stücke betrafen, einigten wir uns, das Stück „Leerlauf“ zu spielen und begannen im letzten Herbst mit den Proben. Im Mai dieses Jahres hatten wir dann unsere Generalprobe auf dem Abschlußfest von zwei Hauptschulklassen der Maibach- und der Canisiusschule.



Holzworm: Warum habt ihr euch 'Schlagende Wetter' genannt?

Renate: Bei der Findung eines Namens sind wir davon ausgegangen, daß wir Stadtteilarbeit machen wollen, also einen Bezug zu unserem regionalen Umfeld herstellen wollten. Weil wir im Ruhrgebiet leben und der Name aus der Arbeitswelt, hier bei uns hauptsächlich der Bergbau, hervorgehen sollte, nannten wir uns 'Schlagende Wetter'.

Theatergruppe 'Schlagende Wetter'



Der Begriff ist vielen Leuten bekannt, da eben viele im Bergbau unter Tage tätig sind. Weiterhin hatten wir bei diesem Begriff die Assoziation, gleichzeitig unsere

Holzworm: Warum habt ihr euch für das Stück 'Leerlauf' entschieden?

Wolfgang: Es gab eine Reihe anderer

Stücke, die wir in die nähere Wahl gezogen hatten, wobei wir das Stück 'Leerlauf' deshalb besonders gut fanden, weil dort die Realität von jugendlichen Arbeitern besonders deutlich dargestellt und keine Beschönigung über ihre Situation praktiziert wurde. Kurz gesagt: wir halten das Stück schlicht für ehrlich.

Ein anderer Grund ist der, daß uns einige Aussagen sehr einleuchtend erschienen. Eine der zentralen Aussagen dieses Stückes ist, daß keiner seines Glückes Schmied ist. Im Unterschied zu der von dem Showmaster ständig wiederholten Lehre "jeder sei seines Glückes Schmied" zeigt das Stück sehr deutlich in seiner Entwicklung, daß keiner am Ende zu seinem Traum oder Ziel gekommen ist, im Gegenteil, alle sind gescheitert.



Holzurm: Schafft es das Stück, Solidarität als unbedingtes Mittel überzeugend darzustellen?

Norbert: Die Frage ist, ob das Stück dies überhaupt leisten kann und leisten soll. Ich persönlich möchte kein Lehrtheater spielen, das Jugendliche die Wege vorgibt. Das Stück hat es schon geschafft, gemäß der Publikumsreaktion aufzuzeigen, daß das, was auf der Bühne abgelaufen ist, auch im realen Leben abläuft und es Scheiße ist, in diesen Verhältnissen zu leben und man selbst zu der Überlegung kommt, was man hätte besser machen können.

Das Stück gibt die Anregung, den Lebenslauf zu kritisieren, um selbst daraus die Erkenntnis zu ziehen, es anders bzw. besser zu machen. Die Kritik einiger Leute, daß die Lehre, Solidarität allein könne helfen, würde zu kurz kommen, ist ja schon ein Erkennen dessen, was im realen Leben hätte besser gemacht werden können. Eine Erkenntnis auf diese Art ist wichtiger und wertvoller als wenn man seine Ideen, wie es besser laufen könnte, durch ein Stück zeigen will.



Holzurm: Welche Diskrepanzen ergeben sich bei der Vermittlung des Stückes und der Reaktion des Publikums?

Wolfgang: Eine Beobachtung möchte ich dazu beitragen, wobei ich aber nicht weiß, ob man daraus irgendwelche Schlüsse oder Verallgemeinerungen ziehen kann. Mit ist aufgefallen, daß bei einigen Jugendlichen aus dem Pestalozziheim z.B. diese Rockerfigur 'Mozart' auf blinde uneingeschränkte Zustimmung gestoßen ist, während bei Beobachtern, die das Gymnasium besuchen, diese Figur auf starke, uneingeschränkte Kritik gestoßen ist. Wir haben betont, daß diese Figur zwei Seiten hat. Positiv ist sicherlich zu sehen, daß 'Mozart' Durchblick durch diese kapitalistische Gesellschaft hat und weiß,

daß man hier eigentlich keine Arbeit finden kann, die Spaß macht. Und dieses Gefühl wird von Arbeiterjugendlichen stärker nachempfunden, und insofern identifizieren sie sich auch uneingeschränkt mit 'Mozart', wobei man sagen muß, daß sie sich auch mit seinen Fehlern identifizieren, nämlich mit seiner einzelkämpferischen und männlich-überheblichen Rolle. Diese zweite negative Seite ist wiederum von anderen Beobachtern stärker verabsolutiert worden, die halt die andere positive Seite übersehen haben.

Jetzt müßte man überlegen, wieweit man doch diese Doppelbödigkeit in der Figur des 'Mozart' noch stärker herausarbeiten kann, daß von allen gleichermaßen das Positive wie das Negative gesehen wird.



Holzurm: Welche Probleme ergeben sich bei der Probe des Stückes, z.B. mit einzelnen Schauspielern?

Renate: Die ersten Probleme stellten sich bei der Festlegung der Rollen auf die entsprechenden Personen. Wir hatten Probleme mit dem Faktor des Konkurrenzkampfes. Wir mußten uns einfach immer wieder klar machen, daß wir kein Leistungstheater machen, und daß wir es nicht machen, damit sich jemand profilieren kann, sondern daß wir es gemeinschaftlich aufziehen wollten und daß keiner als besser oder schlechter qualifiziert oder überhaupt qualifiziert werden sollte.

Das war ein schwieriges Problem, das u. a. dazu führte, daß einige die Gruppe verlassen haben. Ein weiteres Problem für uns alle war die Schwierigkeit, überhaupt auf der Bühne zu spielen, weil wir ständig unter dem Druck der Beurteilung standen. Dieses Problem galt es nach und nach abzubauen.



Norbert: Wir hatten als Grundfundament eigentlich nur die Voraussetzung, daß wir versuchen wollten eine gemeinsame, kollektivistische Arbeitsweise zu entwickeln, sonst weiter keine. Die Arbeitsweise sollte sich entwickeln, die Schauspieler sollten selbst bestimmen, welche Rolle sie im Stück einnehmen wollten . . . Wilfried kannste mal bitte aufhören zu schmatzen, sonst gehste bitte . . .



Renate: Jetzt kommen unsere Probleme mal ganz realistisch und authentisch zum Vorschein.



Norbert: Ja, unser größtes Problem ist Wilfried, der größte Privatanarch der Gruppe.



Renate: Also ich wurde sagen, unser größtes Problem ist Norbert . . .



Wilfried: Würde ich auch sagen, weil der mir ständig . . .



Norbert: Also ich bin das größte Problem . . .



Wolfgang: Bürgerinitiative Stoppt Ortman ist ja heute abend nicht zu Gast gewesen . . .



Holzurm: . . . ihr habt eben was von Konkurrenz . . .



Wilfried: Ja, die Hochlarmarker Bürgerinitiative Tschentscher Raus bildet sich auch gerade.



Wolfgang: Hose runter, ab die Sau . . .
— — Unser Anspruch war der, eine demokratische Arbeitsweise zu entwickeln und der Gruppe die Möglichkeit einer Eigenentwicklung zu überlassen, sich also selbst während der Proben für eine Rolle zu entscheiden, was eben zu dieser Zweifachbesetzung führte.

Dieses hatte jedoch negative Folgen auf die demokratische Zusammenarbeit, insofern, als daß diese Doppelbesetzung Konkurrenzverhalten auslöste. Das heißt daß wir für die nächste Zusammenarbeit einen einzelnen für eine Rolle besetzten werden, um derartiges Verhalten zu vermeiden.



Norbert: Wir hatten versucht, eine demokratische Form der Regieführung zu finden, an der sich alle beteiligen sollten. Jedoch hatte diese negative Auswirkungen auf die Effektivität der Arbeit, aufgrund von zeitraubenden Diskussionen bezüglich der Interpretation der verschiedenen Rollen. Wir wählten adann zwei Regisseure aus, die diese Aufgabe übernahmen.

Diskussionen mit der ganzen Gruppe im Fall von Meinungsverschiedenheiten haben jedoch auch weiterhin genug Platz. Mit dieser Form der Zusammenarbeit haben wir effektive mit demokratischer Arbeit verbunden.



Holzurm: Habt ihr noch irgendwelche Ergänzungen, Wünsche für eure Arbeit?

Wir brauchen noch neue Mitspieler/innen und finanzielle Unterstützung! Das wär's.



FREIWIRTSCHAFT

VIER GENERATIONEN AN EINEM TISCH

Vier Generationen saßen sich gegenüber als im Autonomen Zentrum über das Thema "Freiwirtschaft" diskutiert wurde. Referent und auch Ältester im Raum: der 92jährige Heinrich Küper von der Hillerheide, seit 60 Jahren Anhänger der sogenannten "Freiwirtschaftslehre", von der die jüngeren Anwesenden zum ersten Mal im letzten HOLZWURM etwas gehört hatten. Ganz anders dagegen acht ältere "Freiwirte", die von der Veranstaltung erfahren hatten und engagiert mitdiskutierten.

In einem kurzem, einleitenden Referat versuchte Heinrich Küper die Grundzüge seiner Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie aufzuzeigen. Der "Vater der Freiwirtschaftslehre", Silvio Gesell, hatte am Anfang unseres Jahrhunderts die ersten Gedanken dazu verfaßt und kurz nach dem 1. Weltkrieg in dem Buch die "Natürliche Gesellschaftsordnung" zusammengetragen. Kernpunkt der Theorie bildet das Geldsystem eines Landes. So sei der Kapitalismus dadurch geprägt, daß sogenanntes "arbeitsloses Einkommen" erzielt werden könne, d.h. ohne zu arbeiten sind vermögende Leute (z.B. Großaktionäre) in der Lage, ihr Geld "arbeiten" zu lassen. Die Lösung der Freiwirte: Der Zins muß rapide gesenkt werden und zwar indem man verhindert, daß Geld gehortet wird.

Daher ihre erste Forderung: Umlaufzwang des Geldes.

Um zu verhindern, daß sich nur die vermögenden Schichten in den Kauf flüchten, die zweite Forderung: Gemeineigentum an Boden (vergleiche dazu folgenden Artikel).

Aufgrund dieser Änderungen im Wirtschaftssystem (die Freiwirte haben dazu detaillierte Vorstellungen entwickelt, die hier nicht dargelegt werden können) soll nun eine freie, soziale und gerechte Gesellschaft möglich sein.

Diesem Schluß können aber etliche der Anwesenden nicht folgen. Erster Kritikpunkt: "Die Produktionsmittel bleiben in der Verfügungsgewalt Einzelner. Wie werden Monopolstellungen in der Freiwirtschaft vermieden?"

Eine klärende Antwort blieb hierauf ebenso aus wie bei einer weiteren kritischen Frage, die der Peter vorbrachte: "Mal ganz konkret. Ich habe mal bei den

Chemischen Werken Hüls gearbeitet. Wie soll das in der Freiwirtschaft gelingen, daß die nicht mehr so einen Chemiescheiß produzieren?"

Das die Antworten auf diese oder ähnliche Fragen für die meisten Anwesenden unbefriedigend blieben, muß allerdings nicht unbedingt auf Fehler in der Theorie schließen lassen.

Über Jahrzehnte hat sich die Freiwirtschaftslehre fortentwickelt, sie gehörte mit zu den ersten Bewegungen, die sich z.B. für die strikte Gleichberechtigung der Frau und gegen die Nutzung von Kernenergie aussprach.

Vielleicht liegen die Schwierigkeiten in der Vermittlung einer solchen Theo-

Was ist Freiwirtschaft

Freiwirtschaft basiert auf zwei fundamentalen wirtschaftlichen Überlegungen von Silvio Gesell: Reduktion der Geldfunktion auf die des Tauschmittels und Verstaatlichung des Produktionsfaktors Boden.

In unserem Wirtschaftssystem füllt das Geld zwei Hauptfunktionen aus: Tauschmittel und Sparmittel. Durch seine Funktion als Sparmittel wird Geld dazu benutzt, aus nicht-produktiver Arbeit (Zins/Kapitalerträge) Reichtum zu schöpfen. Dies führt dazu, daß das Verhältnis Geld-Ware gestört ist, was Inflation, Arbeitslosigkeit und eine Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen hervorruft. Dies führt zur Machtausübung aufgrund von Geldreichtum.

Verliert das Geld seine Sparfunktion, d.h., hat es einen ständigen Wertverlust, werden seine Besitzer gezwungen sein, das Geld bei Erhalt sofort wieder in Umlauf zu setzen. Dies führt zu einem Ab- und Wegfall der Zinsen. Somit können keine Einnahmen mehr durch Kapitalien erzielt werden, es pendelt sich eine feste Relation von Geld und Waren ein.

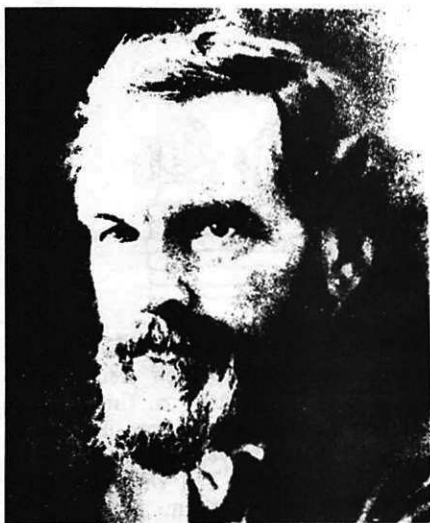
Da Einkünfte aus Bodenbesitz auch nicht-produktive Einnahmen sind, muß dieser Produktionsfaktor auch in den Besitz aller übergehen. Wer produzieren - darauf arbeiten will, um Einkommen zu erzielen, muß den Boden pachten (Erbpacht). Die Pachterträge können dann für allgemeine Ausgaben (Geld für Mütter) verwendet werden.

Mit diesen beiden wirtschaftlichen Überlegungen hört der Besitz auf, Möglichkeiten zu arbeitslosem Einkommen zu sein. Es herrscht das freie Spiel der Marktkräfte. Dem Staat fällt nur noch eine ganz geringe Rolle zu, da durch die o.a. Änderungen eine Polarisierung zwischen Arm und Reich verhindert wird.

Der Reichtum gründet sich einzig auf die eigene Arbeitsleistung. Als reine Staatsleistungen sollten Post, Bahn, Geldwesen erhalten bleiben. Schulen Kunst und Wissenschaft sollen in die Hand freier Institutionen übergehen. Die Freizügigkeit und Individualität der Einzelnen soll sich dann auch im Aufheben von Zollgrenzen zeigen. Stattdessen sollen reine Verwaltungsgrenzen entstehen. Kriegerische Auseinandersetzungen sind in dieser "natürlichen Wirtschaftsdemokratie" dann nicht mehr vorstellbar.

rie auch darin begründet, daß sich ein "Linker" nur schwer eine gerechte (sozialistische) Gesellschaftsform vorstellen kann, die den Privatbesitz an Produktionsmitteln zuläßt.

Auf jeden Fall berechtigt die Hauptkritik an den Vertretern der Freiwirtschaft: "Selbst wenn eure Ideale richtig sein mögen. Wie wollt ihr sie erreichen?" Bei dem Versuch diese Frage zu beantworten, gerieten sich die anwesenden 'Freiwirte' selber in die Haare. Heinrich Küper propagiert den Weg über die Partei (seit dem 2. Weltkrieg kandidiert die "Freie Soziale Union" bei Wahlen), während andere dies als erfolglos ablehnten. Ob nun eine "blutige Revolu-



Silvio Gesell

tion, die, betrachtet man die Vergangenheit, einzig und allein, größere Veränderungen herbeigeführt haben", als letzter Weg übrig bleibt, das wurde zwar angesprochen, aber doch von niemandem vertreten.

Alles in allem ein interessanter Abend, bei dessen Thema Generationen zusammenkamen, wie es wohl sonst kaum noch möglich ist.



Eine der über lange Zeit aktivsten und größten linken autonomen Gruppen in Recklinghausen hat sich aufgelöst: die Bürgerinitiative Umweltschutz Recklinghausen. Mitgliederabwanderung, Beziehungsknatsch und fehlende gemeinsame Orientierung haben dazu geführt. Da die Bürgerinitiative Umweltschutz ein Bestandteil der kleinen Recklinghäuser 'Scene' war, haben wir eine Reihe von Gedanken zur Auflösung zusammengestellt. Sie sollen auch anderen Initiativen, Anlaß zum Nachdenken sein.

Bürgerinitiative hat sich aufgelöst!

Die Auflösung einer politischen Gruppe wie der Bürgerinitiative Umweltschutz Recklinghausen (BURE) hat immer den Beigeschmack von "Aufgabe" und "Konkurs". Sie fordert zu Betrachtung und Bewertung auf, zumal die übrig gebliebenen Leute der BURE sich nicht in der Lage sahen, ein eigenes Resümee zu ziehen und der Recklinghäuser Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie haben sich als letzte gemeinsame lösbare Aufgabe, die Verteilung des BURE-"Vermögens" gestellt (siehe dazu auch den Aufruf der BURE an anderer Stelle in diesem Heft).

che Grundanschauungen hinter der Herangehensweise an das Problem AKW, was ganz natürlich ist, jedoch nie ausgesprochen wurde, . . . Die einen drückten sich aus, die anderen verkrochen sich in sich und schwiegen."

Beziehungsknatsch mit dem Schlußstrich der Trennung, so ist diese Sichtweise zusammenzufassen.

Im Oktober 1977 berichteten wir ein halbes Jahr nach der Gründung der BURE zum ersten Mal über die Gruppe im HOLZWURM:

"Die Bürgerinitiative steht allen Interessierten offen und vertritt keine parteipolitische Linie. Es gibt keine festgelegte Organisationsform. Die Mitglieder regeln alles unter sich: "Wir wechseln uns z.B. bei der Leitung von Sitzungen ab. Als Bürgerinitiative sind wir ganz demokratisch. Alles wird ausdiskutiert!" Das Interesse der Bürgerinitiative richtet sich ausschließlich auf die Verhinderung des Baus von Atomkraftwerken. In der nächsten Zeit wird man sich - zusammen mit anderen Bürgerinitiativen aus der Umgebung - auf die Verhinderung eines Atomenergiezentrums bei Datteln konzentrieren."

Damals zogen gerade 30.000 Menschen nach Kalkar, um gegen den 'Schnellen Brüter' zu demonstrieren. Bundesbahnzüge mit anreisenden Demonstranten wurden auf freier Strecke von der Polizei und Bundesgrenzschutz angehalten.



Die Unfähigkeit der Restgruppe eine Analyse und Bewertung zu erstellen, löste bei einem Teil ihrer Mitglieder weiteren Frust und Resignation aus. Einige der Mitarbeiter waren jetzt auch nicht mehr bereit, unsere Fragen zur Arbeit und Auflösung der BURE zu beantworten. Eine Reihe von Leuten, die ihre Mitarbeit in der BURE schon früher aufgekündigt hatten, fanden ihre damalige Beurteilung durch die Auflösung bestätigt:

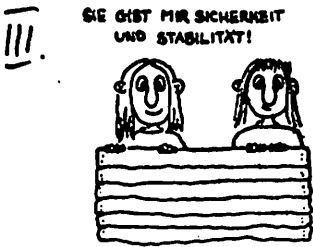
"Auslösepunkt war bei mir eine Diskussion, die für meine Begriffe in reine Anmache von beiden Seiten ausartete."

"Der wesentliche Grund lag in den beschissenen Sozialbeziehungen und in den hohen Erwartungen und dem Druck, den die 'Viererbande' gestellt hat."

"Meiner Ansicht nach schaffte die BI es nicht, neue Leute zu integrieren. . . . Es steckten bei den Leuten unterschiedli-

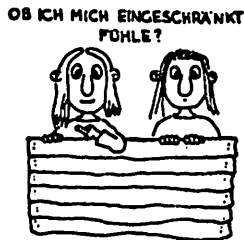


Schon seit der Gründung war der Name der Gruppe Bürgerinitiative UM-WELTSCHUTZ ein Etikettenschwindel. Die BURE gehörte immer zur Anti-AKW-Bewegung. Dort lag der Arbeitsschwerpunkt.



Durch die Auseinandersetzung mit dem 'Politikum' Kernkraft entstand bzw. wurde die Einsicht verstärkt, daß es ohne Kernkraftwerke allein, nicht zu einer menschlicheren Welt kommen kann. So wurden von einzelnen Leuten andere Themen in die Gruppe getragen. Da gab es dann auch Versuche, neben der Solidaritäts- und Informationsarbeit in Recklinghausen zu AKW's, lokale Umweltschutzarbeit zu leisten. Diese Versuche scheiterten.

Die Beziehungsknatsch-Theorie taucht auch bei den bis zum Schluß da-beigebliebenen auf. Doch bei ihnen steht sie nicht so im Vordergrund.



"Die Anforderungen, die sich aus der Komplexität und Verschlechterung der politischen Verhältnisse ergeben, haben zu immer höher geschraubten Ansprüchen an die politische Arbeit, damit an uns selbst geführt, ohne daß wir in der Lage waren, dies zu bewältigen."

"In den letzten Monaten wurde von einem Teil der Leute neben der Diskussion und Teilnahme an politischen Vorkommnissen (Frieden, Hausbesetzungen etc.) keine Umweltschutzarbeit geleistet. Außerdem gab es unterschiedliche Grundpositionen, die nicht ausgesprochen wurden. Bei einigen gab es wohl gar keine."

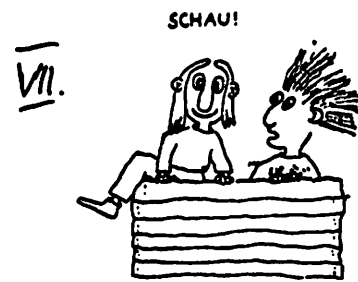


Zur Zeit der vielen Aktionen vor allem zu den Rieselfeldern scheint in der BURE wie in der gesamten Anti-AKW-Bewegung, die Einstellung, Atomkraftwerke seien mit Öffentlichkeitsarbeit, Argumentation, Rechtswegen zu verhindern, noch vorgeherrscht haben. Heute ist das resignierte Fazit: "Wir haben kein Atomkraftwerk verhindert." Nicht tröstende Beileidskundgebung, sondern ehrliche Bewertung der Anti-AKW-Arbeit in Recklinghausen "und anderswo" ist dies: diese Arbeit hat Öffentlichkeit hergestellt, Bewußtsein geschärft. Was nicht verhindert wurde, ist verzögert worden, so daß wir heute ein bißchen weniger "strahlen".



In der Zeit der sich jagenden Aktivitäten und der großen Diskussionsrunden wurde die Gruppe stark vom Hochgefühl getragen. Grundlegende Diskussionen standen im Hintergrund des Geschehens. Die Weiterentwicklung des Miteinander ebenso. Aber gerade die Suche nach Kontakten war bei vielen Mitgliedern einer der Gründe für die Mitarbeit. Die Verbindung von politischer Arbeit mit neuen Umgangsformen war gewünscht, doch die Umsetzung in die Praxis scheiterte in den kleinsten Ansätzen wie z.B. dem Versuch auf 'Neue' einzugehen. Der Widerspruch wurde erkannt wie die verschiedenen Versuche von 'Gruppendynamik' bis zu gemeinsamen Seminaren zeigen.

"Viele Leute hatten Ansprüche an die BI, die mit den Zielen der BI erst mal nichts zu tun hatten. Ansprüche wie das individuelle Bedürfnis, Leute kennenzulernen, sind natürlich legitim ..."



Der Zusammenhang zwischen der Erreichung/Erhaltung lebenswürdiger Umwelt und der Erreichung schon mit neuen, dem Ziel entsprechenden, Umgangsformen wurde von den 'Aktiven' weniger stark in den Vordergrund gestellt. Die 'Schweigenden' schwiegen weiter und wanderten ab.

Verfolgt man die Arbeit der BURE anhand ihrer Artikel im HOLZWURM, zeigt sich deutlich bis 1979 der Schwerpunkt "Rieselfelder". Ende 1979 wird der Standort Gorleben wichtig. 1980 ist natürlich Gorleben ein Hauptthema. Es "schleicht" sich auch die Gruppe "Gefahren der Atomindustrie" (BURE-Arbeitsgruppe) ein, die in schwergewichtigen Artikeln die technische Seite beleuchtet. Auch die Strobo-Aktion ist stark vertreten, da die VEW beginnt, den Strom abzudrehen. 1981 tritt zu Anfang des Jahres Brokdorf in den Mittelpunkt. Danach werden Berichte und Aufrufe der BURE rar. Die Kriminalisierung von AKW-Gegnern und anderen Aktiven wird einmal aufgegriffen. Vor der Bonn-Demo setzt sich die Gruppe intensiv mit den verschiedenen Aufrufen auseinander.

Anfang 1981 begann auch erstmals ein Projekt, das Initiativenhaus, in Recklinghausen, das versuchte, Initiativen räumlich und als politische Kraft zusammenzufassen. Daran war die BURE beteiligt. Engagiert in diesem Projekt waren vor allem die aktiveren Leute der BURE. Ende des Jahres zog sich die BURE aus dem Projekt zurück. Nicht als Grund, aber als Zeitpunkt, war dies der Anfang vom Ende der BURE.



Nach Versuchen, einen neuen Einstieg in die AKW-Arbeit zu finden, und dem, sich auseinanderzusetzen, löste sich die BURE auf; die verschiedenen Leute wollen zum größten Teil Umweltschutz- bzw AKW-Arbeit machen, doch miteinander konnten sie es nicht mehr. Die Frage der Mittel spielt dabei eine wichtige Rolle. Aus dem Resümee "wir haben keine Atomkraftwerke verhindert" entstand bei einigen die Forderung nach militanteren Mitteln, die andere jedoch nicht rechtfertigen wollten.

Hätten die Mitarbeiter/innen der letzten zwölf Monate gemeinsame Grundvorstellungen gehabt, wäre die Gruppe nicht der Auflösung entgegengegangen. Dann hätten Themen wie Hausbesetzungen/Wohnen und Frieden die AKW-Arbeit, die als Bewegung immer kraftloser wurde, als Schwerpunkt ablösen können. Zusammen betrachtet liegen diese Themen mit ihren Inhalten, Umsetzungsformen und ihren Zielen nicht weit auseinander.

Nachtrag: AUSLÄNDER

Das Themenheft "Ausländer" war unser zweiter Versuch, ein Thema in umfassender Weise anzugehen. Die Leserreaktionen, die wir in Gesprächen erhielten, waren weitgehend positiv. Der häufige Hinweis, vieles von dem, was berichtet wurde, nicht gewußt zu haben, zeigt die Notwendigkeit der von uns zusammengetragenen Informationen.

Als eine Erfahrung aus diesem Heft, wollen wir bei weiteren Themenheften versuchen, Artikel lesbarer zu machen, indem allgemeine Informationen und konkrete Erfahrungen von Betroffenen in einem Artikel zusammen verarbeitet werden.

Unser Nachtrag umfaßt neben einem kürzeren Artikel, vorallem zwei Artikel, die sich mit dem Bereich Schule befassen: einmal in Form eines Erfahrungsberichtes einer Lehrerin in einer Vorbereitungsklasse, einmal in Form einer theoretischen Auseinandersetzung.

Die SPD/FDP-Koalition in Bonn ist mit ihrem Gesetzentwurf, welcher das Asylverfahren von bis zu acht Jahren auf maximal zwei Jahre verkürzt, durchgekommen. Die Verkürzung wird dadurch erreicht, daß bei einer Ablehnung des Asylantrages die Verwaltungsgerichte, und nicht wie bisher das Bundesverwaltungsgericht, die letzte Rechtsinstanz für den Antragsteller sein wird. – Vier Mitglieder der "Deutschen Aktionsgruppen", denen Anschläge gegen Flüchtlingsheime und Asylantenwohnheime, bei denen zwei Vietnamesen umgebracht wurden, nachgewiesen wurden, sind zu sechs und dreizehn Jahren und zwei von ihnen zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt worden.

In Recklinghausen ist zum Thema während der letzten Wochen wenig gesagt worden – vom Tun ganz zu schweigen –, was ihm jedoch nichts von seiner Bedeutung nimmt.

Die deutschen Bewohner der Ruhr-/Lippestraße versuchten durch Leserbriefe bei der Stadt Recklinghausen durchzusetzen, daß Sahle, der 35 Häuser von der Salzgitter AG dort gekauft hat, Gelder für die Modernisierung erhält, damit das ihrer Ansicht nach richtige Konzept, in einem Haus pro türkischer Familie, vier deutsche Familien anzusiedeln, umgesetzt werden kann. Sahle hat, nachdem erst nicht berücksichtigt wurde, und unter Protest von anderen Antragstellern, Sanierungsgelder von der Stadt bekommen.



Ich bin ja
gegen
Rassismus.
Wenn nur diese
Türken
nicht hier wären!

sagte der gute Willi

olaf o. manke



Warum

Warum siehst du nichts?
Es ist tiefe Nacht.
Warum fühlst du dich leer?
Ich habe keine Hoffnung.
Warum bist du hungrig?
Ich habe keine Arbeit.
Warum hast du keine Freunde?
Ich habe Schulden.

Du trinkst
Aus Kummer.
Du handelst
Aus Haß.

Du liebst
Ohne geliebt zu werden
Woher
Kommst du?

Ich komme
Aus der Türkei.

bahattin gemici
(H. Streuer/H.v. Ooyen)



Integration ohne Vorbereitung

Zur Problematik ausländischer Kinder an deutschen Schulen

Über die Köpfe der eigentlich Betroffenen (Lehrer, ausländische Schüler und Eltern) hinweg wird bereits seit Anfang 1981 im Kultusministerium (KM) des Landes Nordrhein-Westfalens an einem neuen Erlaß zum "Unterricht für ausländische Schüler" gestrickt. Am 26.3.1982 wurde dieser nun – wie der Presse zu entnehmen war – verabschiedet. Der Erlaß wird am 1.8.1982 in Kraft treten.

Was unterscheidet den neuen Erlaß von der derzeitigen Praxis? Während man bisher die ausländischen Schüler – sofern sie nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügten – zunächst in sogenannten "Übergangs-" bzw. "Vorbereitungsklassen" unterrichtete, um sie so auf den Unterricht in der Regelklasse vorzubereiten, sollen diese nun abgeschafft bzw. auf ein Minimum reduziert werden. Unter dem – mittlerweile von vielen beanspruchten und verschlissenen Begriff der Integration – sollen ausländische Schüler nun vielmehr "grundsätzlich ebenso wie deutsche Schüler die Klassen (Regelklassen) in der für sie zuständigen Schule" besuchen und "grundsätzlich am gesamten Unterricht" (Erlaß) teilnehmen. Wo der Prozentsatz ausländischer Schüler zu hoch ist, sind Regelklassen mit ausschließlich ausländischen Mädchen und Jungen ein möglicher Ausweg.

Angesichts dieser Situation scheint es notwendig, sich an dieser Stelle einmal mit den bisherigen Vorbereitungsklassen zu beschäftigen.

WIE ES ZU DEN VORBEREITUNGSKLASSEN KAM

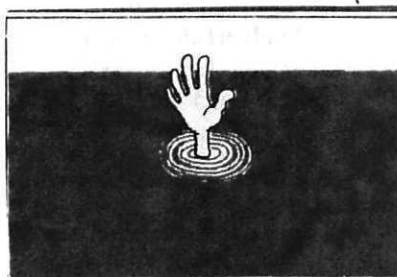
Bis Mitte der 60er Jahre schlug sich der ständig steigende Arbeitskräfteimport (1959 = 166.800, 1973 = 2.520.000) in unseren Schulen kaum durch. Restriktive Bestimmungen behinderten den Nachzug von Ehepartnern und Kindern. Damals glaubte man noch, die ausländischen Arbeitnehmer jung importieren und dann im Rotationsverfahren austauschen zu können.

So gab es an den Volksschulen des gesamten Bundesgebietes 1967 nur 53.284 ausländische Schüler. Diese Situation änderte sich allerdings in den folgenden Jahren schlagartig, wie die folgenden Zahlen über ausländische Schüler an Grund- und Hauptschulen von NRW zeigen:

1967	14.494
1971	58.276
1973	82.659
1977	127.457
1980	250.189

Die o.a. zahlenmäßige Entwicklung fand ihren Niederschlag in der Schulpolitik. So wurde die Schulpflicht für Ausländerkinder in NRW zum ersten Mal ausdrücklich durch das Schulpflichtgesetz vom 14.6.1966 geregelt.

Im Schuljahr 1967/68 kommt es zu den ersten ausgesonderten Klassen in NRW für italienische Schüler, die sog. "Übergangsklassen". Durch einen Erlaß des KM vom 18.7.1968 wird die Bildung dieser Übergangsklassen mit einer Dauer von ein bis zwei Jahren geregelt. Der Unterricht soll zu zwei Dritteln durch ausländische Lehrkräfte in der Muttersprache, zu einem Drittel von deutschen Lehrkräften auf Deutsch erteilt werden. Dieser Erlaß schreibt im wesentlichen bereits das fest, was in späteren Erlassen unter dem Begriff "Vorbereitungsklassen" erscheint.



Aufgrund der raschen Zunahme der ausländischen Schüler in den Jahren nach 1967 setzten sich die Übergangsklassen schnell für alle Anwerbe-Nationen durch. Im krassen Widerspruch zu dieser raschen Entwicklung der Übergangsklassen stand das Fehlen jedes methodisch-didaktischen Konzepts. Es war also eine Organisationsform geschaffen worden, die die Regelklassen von unvorbereiteten Ausländerkindern entlasten sollte, doch was dort geschehen sollte, – wie man die ausländischen Kinder am besten auf die Regelklasse vorbereiten sollte – dieses Problem zu lösen überließ man den Lehrern, die den Mut oder das Pech hatten, eine solche Klasse unterrichten zu müssen, denn die deutschen, als auch die ausländischen Lehrer wurden weder für den Unterricht in Ausländerklassen vorbereitet, noch waren geeignete Lehrpläne vorhanden. Erst in den letzten Jahren wurden auf diesem Gebiet erste Ansätze erarbeitet.

SCHLUSSFOLGERUNG

Die Übergangs- bzw. später Vorbereitungsklassen sind zwar vom KM mit dem Anspruch eingerichtet worden, ausländische Schüler hier auf den Unterricht in der Regelklasse vorzubereiten. Bei kritischer Betrachtung muß man jedoch feststellen, daß eigentlich kaum mehr getan wurde, als den größten Teil der ausländischen Schüler aus den Regelklassen fernzuhalten und abzuwarten, ob sie nicht von selbst Deutsch lernen (Straße, Fernsehen etc.). Engagierten Lehrern – von denen es zum Glück immer noch einige gibt – war es natürlich überlassen, Wege zu finden, um den Kindern effektiv die Deutsche Sprache zu vermitteln.

Wirklich funktionsfähige Vorbereitungsklassen hätten den meisten ausländischen Schülern ein Schulversagen ersparen können. Doch da man "kostenneutral" verfahren wollte, schuf man lediglich eine Organisationsform, ohne sich um eine inhaltliche Ausgestaltung zu bemühen (man ging ja auch von offizieller Seite davon aus, die Kinder eher auf eine Reintegration in's jeweilige Heimatland vorzubereiten).

ARGUMENTE FÜR DIE BEIBEHALTUNG DER VORBEREITUNGSKLASSEN

Obwohl die bisherigen Vorbereitungsklassen erhebliche Mängel aufzeigen (hohe Klassenfrequenzen, Unterricht orientiert sich oft nicht an den deutschen Lehrplänen, fehlende Kooperation zwischen deutschen und ausländischen Lehrern, Deutschunterricht findet oft nicht in ausreichendem Umfang statt . . .), die das Ziel der Vorbereitung auf die Regelklassen durchkreuzen, haben sie andererseits einen großen Vorteil: sie fassen Kinder gleichen Ausgangssprache, getrennt nach Altersgruppen zusammen. Diese Organisationsform scheint mir eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß eine planvolle inhaltliche und sprachliche Vorbereitung überhaupt stattfinden kann.

Hinzu kommen muß allerdings eine breite sprachliche und pädagogische Qualifizierung der deutschen und ausländischen Lehrer. Der Einlösung dieser Forderung werden sich die Kultusbehörden jedoch wahrscheinlich zunehmend entziehen, sollte es zur Auflösung der Vorbereitungsklassen kommen.

Der neue Erlaß könnte die Vermutung nahe legen, daß das KM es bereue, überhaupt jemals Ausländerkinder unter dem Aspekt der Vorbereitung abgesondert zu haben.

Tatsächlich scheint es jedoch bei den angestrebten Veränderungen nicht um pädagogische Fragen zu gehen. Es ist vielmehr zu vermuten, daß man hiermit vor allem die Zahl der ausländischen Lehrer eindämmen will. Schließlich besetzt jeder ausländische Lehrer eine Planstelle, d.h. den Platz auf den man eineinhalb deutsche Lehrer mit 18 Stunden unterbringen könnte. Je mehr ausländische Lehrer man entläßt bzw. nicht neu einstellt, um so besser kann man die Lehrerarbeitslosigkeit auf deutscher Seite verschleiern.

Für die ausländischen Schüler wird meiner Ansicht nach bei der Auflösung der Vorbereitungsklassen eine verstärkte Integration nicht herauskommen. Steckt man sie in größerer Zahl (in den Ballungsgebieten können so Klassen mit 80 Prozent Ausländerkindern entstehen) unvorbereitet in Regelklassen, wird dies zu einer für Lehrer und Schüler untragbaren Belastung führen, bzw. wird der geringe

Der folgende Erfahrungsbericht einer Lehrerin, die ein Jahr in einer türkischen Vorbereitungsklasse unterrichtete, macht die Schwierigkeiten des Miteinanders verschiedener Kulturen in extremer Weise deutlich. Sie habe kein schlimmeres Jahr erlebt, ist das Fazit dieser Lehrerin, die mit ihrem Bericht in keiner Weise anti-Türkische oder ausländerfeindliche Tendenzen unterstützen will.

Die Redaktion vertritt mit ihr die Meinung, daß solche negativen Erfahrungen nicht wegfallen dürfen, auch wenn sie heute ungeheuer vielen Bundesbürgern die "schlagenden Argumente" liefern könnten. Andere Lehrer, die andere Erfahrungen mit ausländi-

schen Kindern im Unterricht gemacht haben, sind aufgefordert, an gleicher Stelle darüber sie zu berichten.

Der Artikel "Integration ohne Vorbereitung?" ergänzt diesen Bericht mit einer Reihe von Informationen. In der theoretischen Auseinandersetzung kommt Ursula zu einer Befürwortung der Vorbereitungsklassen, während der Erfahrungsbericht eher den Schluß zuläßt, sie hätten keinen Sinn.

Die beschriebenen Erfahrungen sind nach unserer Ansicht zwar extrem, doch stellen sie keine Ausnahme dar. Auf Bitte der Autorin erscheint der Bericht anonym.

Teil deutscher Kinder von ihren Eltern sehr wahrscheinlich an andere Schulen, die relativ "frei" sind von ausländischen Schülern – überwiesen werden. Auf Dauer gesehen wird diese Entwicklung daher notwendigerweise dazu führen, nachträglich die Ausländerkinder in besonderen "Regelklassen" zusammenzufassen, was eine endgültige Ghettoisierung bedeuten würden.

Hinweisen möchte ich noch auf die sog. "Seiteneinsteiger", d.h. Kinder die während des Schuljahres in die Schule kommen und in die Klassen 5 bis 9 eingestuft werden müßten. Während diese bisher in die Vorbereitungsklassen eingewiesen wurden, sollen nun sogenannte "Auffanggruppen" gebildet werden bzw. wird dies bereits in einigen Städten praktiziert. Im ersten Moment scheint dies eine Erleichterung der kontinuierlichen Arbeit bereits bestehender Klassen zu bedeuten. Doch stellt sich die Sache bei genauer Betrachtung anders dar: die Auffanggruppen sind keine Jahrgangsklassen; sie verzichten daher auf den Fachunterricht und beschränken sich weitgehend auf den Intensivkurs Deutsch. Dementsprechend wird der Unterrichtsanteil des ausländischen Lehrers sehr gering gehalten.

Stellt sich die Frage, was am Ende des Schuljahres mit diesen Auffanggruppen geschieht. Eine Eingliederung der Schüler in eine Regelklasse wird normalerweise dann noch nicht möglich sein. Das bedeutet, daß die Tendenz dahingehend verlaufen wird, die Auffanggruppen einfach weiterlaufen zu lassen, was wiederum einer Absonderung gleich käme.



FAZIT

Bereits heute ist abzusehen, daß die Abschaffung der zweijährigen Vorbereitungsklassen kein Mehr an Integration bringen wird, sondern im Gegenteil die Gefahr eines sich zunehmend trennenden Schulsystems stützt.

Mir scheint es daher notwendig, ausländische Schüler ohne bzw. mit geringen Sprachkenntnissen in funktionsfähige maximal zweijährige Vorbereitungsklassen auf die Regelklasse vorzubereiten. Es muß ein effektiver zweisprachig angelegter Unterricht angestrebt werden, da die Kinder ihre jeweilige Muttersprache weitgehend bereits erworben haben und diese durch den Kontakt mit Eltern, Verwandten und Bekannten sowie durch die meist ghettohafte Wohnsituation beständig aktiv gehalten wird.

Hierzu benötigen wir allerdings die ausländischen Lehrer. Die Bildung von sprachlich homogenen Vorbereitungsklassen (wobei die musischen Fächer in gemischten Klassen unterrichtet werden sollten) kann pädagogisch gesehen durchaus sinnvoll sein, wenn man mit diesen Klassen mehr bezwecken will als das bloße Heraushalten der ausländischen Kinder aus den Regelklassen.

Ursula Paulczynski



BERICHTE

Erfahrungen

Zur Zeit arbeite ich als Praktikantin im Kinderhort des Nachbarschaftszentrums in Datteln. Das Zentrum liegt in einem sozialen Brennpunkt. Ich will hier ein Beispiel schildern, das für viele andere Erlebnisse steht, wenn türkische Kinder zum freien Spielangebot in den Hort kommen.

Es ist 10 Uhr.

Einige deutsche Kinder spielen gerade mit mir 'Mensch, ärgere dich nicht'. Vorsichtig schaut Erol (7 Jahre, türkischer Junge) in den Hort hinein.

Mir fällt sofort auf, daß Erol eine Wollmütze trägt, obwohl es draußen sehr warm ist.

Erol kommt zu uns an den Tisch und setzt sich neben mich hin.

Die deutschen Kinder schauen Erol total entsetzt an, zeigen mit dem Finger auf Erol und lachen erstmal laut los.

Nach einiger Zeit springt Markus auf und reißt Erol die Wollmütze vom Kopf. Erol schreit und weint –

Gestern wurde ihm Glatze geschnitten. Die Kinder vollziehen einen richtigen Freudentanz mit der Mütze.

Es dauert recht lange, bis Erol und ich die Mütze wieder hatten.

Und es dauert noch länger, bis ich den Kindern erklären kann, warum Erol Glatze hat.

In jedem Frühjahr werden den türkischen Jungen fast Glatzen geschnitten, um sie männlich wirken zu lassen (hygienische Gründe kommen noch hinzu). Dieser türkische Brauch ist für den größten Teil der Bevölkerung ungewohnt, ja fast schon unverständlich. – Das ist nur ein Beispiel, wo die Mauer zwischen Türken und Deutschen beginnt. Ich glaube, für Kinder ist vieles noch unverständlicher als für Erwachsene. ***

Maria Neuhaus

Gefragt, wie ich es empfunden habe, ein Jahr lang eine Vorbereitungsklasse 1 zu leiten, kann ich nur antworten, daß ich noch niemals ein so schlimmes Jahr hinter mich gebracht habe.

Anfangs hatte ich mich halbwegs freiwillig für diese mit sehr interessant erscheinende Aufgabe gemeldet. Meine Ausbildung hatte etwas Türkisch gestreift. Ich hatte Engagement für ausländische Arbeiter, hatte auch schon mal ver-

sucht, einem 16-jährigen türkischen Gymnasiasten Deutschunterricht zu erteilen; hatte zuvor türkische Kinder (mit einigen deutschen Sprachkenntnissen) in Regelklassen unterrichtet. Von Seiten der Schule sollte die Arbeit soweit wie möglich materiell unterstützt werden. Von daher schien ich bessere Voraussetzungen zu haben als viele Kollegen, die neu eine solche Klasse übernehmen.

Es war wohl nicht möglich, die Kinder lernmotivierend anzusprechen

- weil ich zu ungeübt im Umgang mit türkischen Menschen war,
- weil es keine Möglichkeit gibt, auf erlernbares Wissen über Didaktik und Methodik in Vorbereitungsklassen zurückzugreifen,
- weil diese Kinder in einer reizarmen und trostlosen Umgebung aufwachsen,
- weil keine Unterstützung durch das Elternhaus der Kinder erwartet werden kann.

Als die Kinder dann zur Schule kamen, schienen sie ängstlich und verschüchtert. Nach kurzer Zeit ließ das nach, dafür entstand ein aggressives ungutes Klima. Ich kam mir vor wie eine Dompteuse und versuchte täglich vergeblich, unterrichtliche Inhalte den Kindern nahezubringen. Statt dessen sah ich mich vorrangig damit beschäftigt, Tränen zu trocknen, die nach aggressiven Aktionen der Kinder untereinander flossen, schlimmere Körperverletzungen durch "Schießhundverhalten" rechtzeitig zu verhindern, Schüler zurechtzuweisen, die in die Klasse spuckten, dreimal sogar in die Klasse urinierten, durch die Klasse rannten, ständig (türkisch) miteinander sprachen.

Es ging mir wohl besonders schlimm, doch andere Kollegen mit der gleichen Aufgabe, mit denen ich mich in einem Arbeitskreis regelmäßig traf, jammerten auch über diese Aufgabe. Der türkische Lehrer, der in der Klasse unterrichtete, nahm diese Verhältnisse nicht so schwer . . .

Die türkische Sprache ist anders aufgebaut als die deutsche. Sie besteht zu einem großen Teil aus Suffixen: ev – Haus, evler – Häuser, evlerim – meine Häuser, evlerimde – in meinen Häusern usw. So ist es sehr schwierig für türkische Kinder, deutsche Sätze in der richtigen Satzstellung zu sprechen. Die Arbeit daran war überaus mühsam.

Einmal habe ich ein Schinkenbrötchen gegessen, als die Kinder ihr Frühstück verzehrten. Die Kinder ekelten sich so sehr vor dem "Domus" (Schweinefleisch), daß ich den restlichen Schultag überhaupt nicht mehr mit ihnen reden konnte.

Elternabende wurden zu weniger als 50 Prozent besucht und gestalteten sich oft zu einem türkischen Männertreffen, bei dem ich als Lehrerin kaum etwas verstand.

Ich habe dann nach einem Jahr das Handtuch geworfen. Andere Kollegen unterrichten jetzt in der Klasse. Und die ganze Schule fragt sich, wie es wohl klappen wird, wenn diese Kinder nach den großen Ferien in den Regelklassen "integriert" unterrichtet werden sollen.

Anfangs hatte ich für alle Schüler Arbeitsmaterial eingekauft. Das Material wurde in der Klasse in Kartons aufgehoben. Nach Weihnachten erlaubte ich den Kindern einmal, ihren Eltern ihre Sachen zu Hause zu zeigen. Vo da an gab es keinen Tag mehr, an dem alle Kinder alle notwendigen Arbeitsmaterialien besaßen.

Erträglich war der Unterricht immer dann, wenn die Kinder schriftlich arbeiteten. Aber gerade das ist ja nicht die Aufgabe einer Vorbereitungsklasse. Die Kinder sollen ja vorrangig deutsch sprechen lernen.

Die hygienischen Umstände wären katastrophal. Immer wieder hatten die Kinder Kopfläuse. Trotz häufiger Information der Eltern über richtige Behandlung bei Kopflausbefall konnten sie erst nach etwa einem halben Jahr bekämpft werden. Ja, es kam sogar vor, daß ein (!) Kind von den Eltern ständig mit Paral (Insektenspray) eingesprüht wurde, um die Läuse zu bekämpfen.

Sowohl Kleidung als Haut und Zähne von gut 60 Prozent der Kinder wurden nicht regelmäßig gereinigt. Es kam vor, daß Kinder viel zu kleine Schuhe trugen, Strumpfhosen hatten ständig Löcher und waren ebenfalls oft so klein, daß sich die Mädchen damit nur sehr schlecht bewegen konnten.

Ich habe viel Musikunterricht erteilt, weil sich beim Singen die Satzmuster notwendigerweise richtig erlernen lassen. Bei Kreisspielen scheiterte der Unterricht dann häufig daran, daß Jungen und Mädchen sich partout nicht an die Hände fassen wollten.

Breite Bündnispolitik

“In Gießen gibt's Spiegelfechtereien. Die Genossen und Genossinnen können sich bestimmt nicht auf ein Datum der Parteigründung einigen“, befürchtete Christa aus Recklinghausen.

Der erste Bundeskongreß der Initiative Demokratische Sozialisten verlief jedoch harmonisch. Am 27./28. November dieses Jahres wird die Partei 'Demokratische Sozialisten' gegründet. Dies beschlossen einmütig die 450 Delegierten in der Gießener Kongreßhalle.

In der Bildung eines breiten Bündnisses, das über die Partei der Grünen hinaus gesellschaftliche Bewegungen und politischen Protest mobilisieren kann, sehen die Demokratischen Sozialisten den einzig erfolgversprechenden Weg, bei den nächsten Bundestagswahlen eine linke Alternative zu fördern. Deshalb begrüßten sie den Erfolg der Grünen/Alternativen Liste (GAL) bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen. Die GAL sei erfolgreich gewesen, weil sie sich konsequent gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und gegen Kernkraftindustrie einsetzte.

Auf lokaler Ebene bedeutet dies: Die Demokratischen Sozialisten sind bereit, mit allen fortschrittlichen Bewegungen, Initiativen, Arbeitskreisen und Parteien in Recklinghausen zusammenzuarbeiten, ohne sie zu vereinnahmen.



Demokratische Sozialisten

“Gegen sozialen Abbau und Arbeitsplatzvernichtung” lautete das Motto des ersten Bundeskongresses der Demokratischen Sozialisten. Damit lehnten die DS'ler die erbärmliche Sozialpolitik der Bundesregierung ab.

In dem Entwurf eines Aktionsprogramms der DS heißt es: Die meisten Einzelgewerkschaften halten nach wie vor an der sozialpartnerschaftlichen Linie fest. Hinzu kommt die Bindung sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber der sozialdemokratisch geführten Regierung.

Beschlossen wurde, daß die in Duisburg gegründete “Initiative soziale Sicherheit” unterstützt werden soll. Vorgesehen sind eine bundesweite Aktionswoche Ende September, eine zentrale Demonstration am 17. Oktober in Gelsenkirchen und eine Aktion aus Anlaß eines SPD-Treffens am 13. November in Dortmund.

In Recklinghausen ist es erforderlich, daß sämtliche Aktionen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung von den fortschrittlichen Kräften gemeinsam organisiert werden.

Bis zur Gründung im November soll auf mehreren Arbeitskonferenzen das Parteiprogramm der Demokratischen Sozialisten ausgearbeitet werden. Grundlagen bieten die Recklinghäuser Thesen. Danach verstehen sich die DS'ler als eine antikapitalistische, antifaschistische und basisdemokratische Organisation.

Mit eindeutiger Mehrheit entschieden sich die Delegierten in Gießen für eine Partei neuen Typs: Alle Gremien der DS sollen von Frauen und Männern paritätisch besetzt werden. Frauen, die kandidieren, können nicht gegen die Mehrheit der abgegebenen Frauenstimmen abgelehnt werden, solange nicht die Hälfte der zu vergebenen Mandate mit Frauen besetzt ist.

Eckard Lindemeyer

Die Recklinghäuser Demokratischen Sozialisten treffen sich jeden Donnerstag, Alt-Hillen, 19.30 Uhr. Interessenten informiert Eckart Lindemeyer, Tel. 4 67 19.

BUCHLADEN
TROTZ ALLEDDEM

GELSENKIRCHEN
WEBERSTR. 79
TEL 201171

GEÖFFNET
VON 10.00 UHR
BIS 18.30 UHR
SAMSTAGS
VON 10.00 BIS 14.00 UHR





Betr.: Friedensbe

Auffallend bei der Demo am 10.6. war die Vielfalt der verschiedenen politischen Strömungen, die diesmal im Gegensatz zum Ostermarsch, wo zweifellos eine Dominanz der DKP-Inhalte festzustellen war, vertreten waren. Die kritikalose Haltung der DKP zu der Errichtung der Militärdiktatur in Polen durch die Sowjetunion löst bei vielen Menschen Skepsis bezüglich der Motive der DKP innerhalb der Friedensbewegung aus.

Die Masse der in Bonn anwesenden Menschen sagt noch nichts über deren politische Bedeutung bzw. Durchsetzungskraft aus. Zumindest ist diese Massenbewegung Ausdruck von Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik, mit dem Willen, sich nicht länger einer Politik zu unterwerfen, die eher eine Bedrohung der Lebensinteressen darstellt, als daß sie ernsthaft dazu beiträgt, den Frieden zu sichern und Schritte zur Abrüstung unternimmt, die sie ständig vorgibt zu wollen.



Ich sehe in der Friedensbewegung eine Voraussetzung für eine Entwicklung, die die Aufgabe hat, Perspektiven zu finden, die eine wirksame Bekämpfung der herrschenden Politik, die die Interessen der besitzenden Klassen, sprich der Konzerne vertritt und die bereit war und ist, die Wirtschaftskrise durch Eroberung neuer Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu überwinden, um in der Konkurrenz im Kampf um wirtschaftliche Vormachtstellungen zu siegen.

Am Beispiel der Dritten Welt wird die schamlose Ausbeutung der Arbeitskräfte in diesen Ländern, die Ausplünderung der Rohstoffquellen, die Beschneidung der Menschenrechte usw. deutlich. Forderungen, die über den herkömmlichen Rahmen hinausgehen, die sich gegen die imperialistische Politik der Supermächte sowie unserer Regierung in fremden Ländern richteten, traten, soweit ich es überblicken konnte, nur teilweise aus. Sie verurteilten die Bevormundung, Einmischung, Besetzung und Ausplünderung anderer Völker (El Salvador, Türkei, Polen, Lateinamerika usw.) mit der Forderung des sofortigen Abzugs aller fremden Truppen von fremden Territorien.

Ich meine, daß diese Forderungen unbedingt Inhalte der Friedensbewegung darstellen und verstärkt in diese hineingetragen werden müßten. Abgesehen von moralischen Gründen gegenüber der Mißachtung der Souveränität der Völker, dient die Benennung dieser Inhalte dazu, die eigentlichen Interessen der herrschenden Klassen aufzudecken und ihre Ziele deutlich zu charakterisieren.



Die Unterdrückung und Intervention der Supermächte z.B. in El Salvador und Polen und die Unterstützung der BRD der Militärjunta in der Türkei versteht das Friedenskomitee RE als einen Angriff auf die Friedensbewegung und sieht es als seine-Aufgabe an, Solidarität mit den unterdrückten und bedrohten Völkern zu üben. Weiterhin hält es die Gruppe für unbedingt notwendig, die UdSSR als eine eigenständige aktive und aggressive Supermacht zu benennen, die andere Länder wie Afghanistan und Polen unterdrückt und bedroht.

Auf Transparenten in Bonn waren mehrfach diejenigen Forderungen zu lesen, die innerhalb der Bewegung wohl einheitliche Zustimmung finden:

- Gegen die neuen US-Mittelstreckenraketen
- Stop der Neutronenbombe
- Für ein atomwaffenfreies Europa
- Vernichtung aller Massenvernichtungsmittel in Ost und West.



Es handelt sich hier um Forderungen, die sich gegen eine Verbreitung eines Krieges in Europa richten. Jedoch könnten einige dieser Forderungen den Glauben erwecken, daß eine Reduzierung der Waffensysteme, als scheinbare Kriegsursache, einen Krieg verhindern könnte. Ich will darum sagen, daß mit der Forderung, endlich abzurüsten, zwar ein Krieg hinausgezögert werden könnte, falls es überhaupt zu ernsthaften Abrüstungsverhandlungen kommen wird, jedoch Kriegsursachen in keinem Fall beseitigt wären. Die Ursache für die Gefahr eines neuen Weltkrieges liegt im Streben der beiden Supermächte USA und UdSSR nach Weltherrschaft. Die wiederholte Mißachtung der Souveränität der Völker und der Drang sich weltweit Einflußsphären zu verschaffen belegt dieses nachdrücklich. Dabei ist die Ursache in den kapitalistischen Ländern vor allem wirtschaftlich begründbar.



Immer häufiger werden Waffen von den Importeuren zur Unterdrückung des eigenen Volkes eingesetzt. Wo sich Widerstandsbestrebungen gegen diktatorische Regime regen, wird die "Sicherheit" der Reichen und Herrschenden gegen das Lebensrecht der Armen und Hungernenden mit militärischer Gewalt "verteidigt". So unterstützt z.B. die BRD den chilenischen Diktator Pinochet mit umfangreichen Waffenlieferungen, sich weiter an der Macht zu halten, denn jede Kritik im Volk wird von der Regierung mit Hilfe gerade dieser Waffen gewaltsam unterdrückt.



A.J.

wegung

Das Interesse der Sowjetunion, die eigene Expansion auf Kosten der Völker voranzutreiben, liegt sicherlich einmal wirtschaftlich und politisch begründet, über konkrete Ursachen und deren Rolle als aggressive Supermacht bin ich mir noch nicht klar.

Ich halte es für gefährlich, die Hoffnungen auf die "Vernunft" der Herrschenden, endlich abzurufen, zu setzen. Damit verkennt man einerseits das eigentliche Interesse dieser auf Unterdrückung und Ausbeutung ausgerichteten Politik, die unter dem Deckmantel des "Friedenswillens" versucht, weiter aufzurufen. Seit die Supermächte dies beide tun, haben sie die Zahl der Atombomben versiebenfacht! Die Rechtfertigung, daß der äußere Feind der Grund der eigenen Aufrüstung ist, ist eine gefährliche Methode, um einerseits die eigene "Nachrüstung" zu rechtfertigen und andererseits vom "inneren Feind" und von der Gefährlichkeit der NATO als sogenanntes Schutzbündnis abzulenken.

Mir ist während der Demonstration eine Darstellung bezüglich des Verhältnisses Reagan - Schmidt aufgefallen. Schmidt wurde dabei als Marionette des Herrn Reagan dargestellt.



Dies hat nach meiner Meinung nur eingeschränkt eine Berechtigung, insofern, als daß die NATO uns auf eine kriegstreibende Politik der USA verpflichtet. Sie kalkuliert bewußt einen begrenzten Atomkrieg ein, der Mitteleuropa vernichten würde. Die Politik der USA bezieht uns in amerikanische Interventionen in der 3. Welt und damit in kriegerische Konflikte ein.

Die Politik der BRD, die angeblich in totaler Abhängigkeit zu der amerikanischen steht, wird in der Darstellung unterschätzt. So gibt es handfeste Interessen, die USA und BRD gemeinsam haben, z.B. das Interesse möglichst ungehinderten Zugang zu den weltweiten Märkten zu bekommen. Das westliche Kapital betrachtet quasi die ganze Welt als einen riesigen Markt, den es auszubeuten gilt, auf dem immer mehr Umsatz und Gewinn gemacht werden kann, wodurch wiederum mehr Kapital akkumuliert werden kann.

Die imperialistische Politik der BRD findet unter dem Deckmantel der aggressiven Außenpolitik der USA kaum Beachtung (In der BRD gehen 25 Prozent der gesamten Produktion in den Export.)

Leider verschweigt die Darstellung von Reagan und Schmidt die Tatsache, daß die Politiker der westlichen Industrienationen durch die Interessen des Kapitals und der Konzerne geprägt sind. Für mich ergibt sich im Moment die Konsequenz, verstärkt Aufklärung über den Charakter dieses Systems zu treiben, um auf diesem Wege Alternativen zu diesem kapitalistischen System zu entwickeln.



Eva Prausner

Impressum

Der **HOLZWURM** ist eine unabhängige Lokalzeitschrift in Recklinghausen. Alle Einkünfte und eventuellen Gewinne werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle genannten und ungenannten Personen arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich.

Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien/Verbänden, Geldgebern oder sonstigen Interessengruppen versteht sich der **HOLZWURM** als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit, die u.a.

- Themen aufgreift, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden,
- im Gegensatz zur Tagespresse Zusammenhänge darstellen und Themen ausführlich diskutieren will.

Entscheidungen treffen ausschließlich, und gleichberechtigt die Mitarbeiter des **HOLZWURM**.

Der Herausgeber und der verantwortliche Redakteur bzw. verantwortliche Redakteurin werden lediglich angegeben, um dem Pressegesetz, genüge zu tun.

Beim **HOLZWURM** kann jeder mitarbeiten, der an den Sitzungen regelmäßig teilnimmt, mitdiskutiert und nach Interesse Artikel schreibt.

Alle Artikel werden vor Abdruck während der Redaktionssitzungen dis-

kutiert. Beiträge, die mit Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder.

Der **HOLZWURM** erscheint in der Regel monatlich. Wenn die Redaktion die Meinung vertritt, daß nicht genügend und nicht genügend gute Artikel vorliegen, kann sich das Erscheinen verzögern.

Wir drucken selbst, in einer Auflage von 2.000 Exemplaren. Der Preis dieses Heftes steht oben auf der ersten Seite, ein Abo kostet (12 Hefte) 17 DM. Dieser Betrag ist mit genauer Absenderangabe auf das Konto 1891 der Stadtparkasse Recklinghausen zu überweisen/einzuzahlen.

Private Kleinanzeigen bis zu fünf Zeilen drucken wir kostenlos ab. Preise für Anzeigen sind nmit einer kurzen Erläuterung des Inhalts der Anzeige anzufordern.

Die nächsten Redaktionssitzungen finden voraussichtlich statt am

Freitag, 16.7., um 17 Uhr und
Freitag, 23.7., um 17 Uhr.

Der **HOLZWURM** ist Mitglied im Verband demokratischer Zeitungen und Zeitschriften NRW.

An dieser Ausgabe haben redaktionell und/oder als Artikelschreiber oder sonst irgendwie mitgewirkt:

Maria Neuhaus, Diethelm Thielemann, Erich Behrendt, Bürgerinitiative Umweltschutz (vorerst zum letzten Mal), Andrea Wirts, Carsten Lutz, Stephan Reineke, Swanette Egbers, Michael Busch, Jürgen Wagner, Ina Lautsch, Ursula Pauczynski, Olaf O. Manke, Michael Wann, Eckart Lindemeyer für die DS'ler, Dietrich Stahlbaum, Ralf Kropla, Andreas Jelinski, Arno Appelhoff, Thomas Klonek, Eva Prausner, Jürgen Gosejacob, Bahattin Gemici

Dem Gesetz genüge
getan sei mit fol-
genden Angaben:

Herausgeber ist der politische und kulturelle Arbeitskreis RE; verantwortlich für diese Ausgabe ist Ralf Kropla

Unsere Adresse lautet:

HOLZWURM
Zeitschrift für Recklinghausen
Auf dem Graben 2
4350 Recklinghausen

Schriftlich sind wir immer erreichbar, telefonisch unter der Nummer 1 56 98, meistens dienstags von 17 bis 19 Uhr und im Notfall auch während der Redaktionssitzungen.

GEDICHTE IN HOFFNUNG AUF FRIEDEN

Ich habe Angst, Herr Doktor

Ich habe Angst,
Ich habe Angst, Herr Doktor,
Ich finde keine Ruhe.

Ich verstehe, Ihre Nerven sind nicht in Ordnung.
Nehmen Sie dies Medikament
Jeden Morgen, jeden Abend
Und es wird nicht lange dauern,
Wenn Sie tun, was ich sage.

Aber Herr Doktor . . .

Tun Sie, was ich sage,
Es wird wieder gut.

Wissen Sie, Herr Doktor,
Warum ich abends nicht schlafen kann,
Warum ich mein Kind in den Arm nehme,
Warum ich traurig bin und weine?

Was haben Sie für Gründe?
So sprechen Sie schon!

In meinem Traum sehe ich Atomraketen
Und die Bomber über uns
Und den Finger,
der den Knopf drückt.
Ich höre schreckliche Explosionen,
Himmel und Erde brechen auseinander.
Leute schreien in Panik,
Dann nur gequältes Röcheln.

Ich sehe meine Haare brennen,
Ziegel fallen auf mich herab,
Ich kann nicht aufstehen,
Nicht mehr atmen,
Mein Körper brennt zu Asche,
Ich sterbe, Herr Doktor.

Schweig ! Genug, sage ich dir !
Du sollst ruhig sein !
Du wirst mir den Schlaf rauben.
Hör auf zu weinen,
Sonst weine ich auch.

Warum bist du nur zu mir gekommen?
Mach, daß du raus kommst!
Raus, sage ich dir!

Mein Gott,
Soll ich denn anfangen,
Medikamente zu nehmen?

bahattin gemici
(Streuer/van Ooyen)



Die Hoffnung des Birnbaums

In Polen herrscht Kriegsrecht
bei den Falklands belauern sich Flotten
und Kriege fordern Tote
vielerorts

aber die Freiheit des Birnbaums im Garten
soll notfalls mit Neutronen verteidigt werden

Zeugt es für die Hoffnung des Birnbaums
daß er die Menchen
mit seinen Ästen noch nicht erschlug?

michael wann

Eins zwei drei im Sauseschritt
eilt die Zeit,
wir eilen mit.

Aber wohin,
Herr Oberfeldwebel?

olaf o. manke

Flieg Taube flieg!

Flieg Taube, flieg!
So lange du noch fliegen kannst.
Flieg Taube, flieg!
Deine Flügel sind noch nicht gestutzt.
Flieg Taube, flieg!
Du bist noch frei.
Flieg Taube, flieg!
Erkläre den Menschen, was Frieden bedeutet.
Flieg Taube, flieg!
Zeige den Menschen die Blumen, die Wälder und den Himmel.
Flieg Taube, flieg!
Nimm sie mit.
Flieg Taube, flieg!
Fliege mit ihnen zum Stacheldraht.
Zeige ihnen, daß der Stacheldraht Rosen tragen kann.
Flieg Taube, flieg!
Bald fliegst du nicht mehr allein.
FLIEGT!
Fliegt zum Frieden!
FLIEGT!!

maria neuhaus

Weine nicht,
wenn eine Blume durch Chemie stirbt.
Weine nicht,
wenn eine Bombe fällt.
Weine nicht,
wenn es nur noch Mauern gibt.
Weine nicht,
wenn du das Wort Liebe im
Fremdwörterlexikon nachschlagen mußt.
Weine nicht,
wenn sich eine Taube im Stacheldraht verfängt.
Weine nicht . . .
Weine nicht!
Du hast es nicht anders gewollt!

maria neuhaus

1984

Die damals
auf großen Plakaten
mit einem
süßlichen Lächeln
für
Frieden und Freiheit
und sich selbst
warben,

hatten wohl
George Orwell
im
Doppelkopf!

olaf o. manke

Wenn doch endlich die Tauben kämen

Kannst du etwas ändern, schwarze Erde,
An dem, was du voll Kummer hörst?
Wer von Dir kommt
Kehrt auch zurück zu dir
Denn was du gibst
Verlangst du wieder ab.

Blutige Hände, die im Dunkeln bleiben,
Morden täglich ungezählte Menschen,
Ein Loblied auf unsere Mütter
Die wieder und wieder gebären.

Mit jeder neuen Todesnachricht
Wird das Leben schwerer zu ertragen.
Die Ströme aller geweinten Tränen
Sind längst schon über die Ufer getreten

Wenn doch endlich die Tauben kämen,
Die flügelrauschend den Frieden bringen,
Wenn doch endlich die Freiheit käme,
Die unsere Tränen trocknet.

bahattin gemici
(Streuer/van Ooyen)

Die schreiende Ungerechtigkeit

Tausende von Müttern müssen an Leukämie sterben,
obwohl sie so geliebt wurden.
Tausende von Menschen werden hingerichtet,
obwohl sie nichts getan haben.
Tausende von Männern gelten als Penner,
und man gibt ihnen die Schuld.
Tausende von Waffen werden hergestellt,
um Menschenleben und Blumen zu vernichten.

Tausende von Menschen fragen nach dem Sinn
dieses Sterbens, der Tötung und der Ungerechtigkeit.

Währenddessen sterben Menschen,
Blumen werden zertreten.

Wann hört das endlich auf mit dieser Ungerechtigkeit.
Sage mir: WANN?!

für meine Mutter
maria neuhaus

Terrorurteile

Am 13.5.1982 wurden Michael Duffke und Markus Mohr vom Volk – in Gestalt des Richters Selbmann und zweier Beisitzer – zu fünfeinhalb bzw. drei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Damit ging das Kriegsgericht noch erheblich über den Strafantrag der Staatsanwaltschaft hinaus. Die erschreckende Höhe der Strafen wurde damit begründet, daß sich beide nicht von der Gewalt distanzieren und also weiterhin "kriminelle Energie" hätten. Michael Duffke sei vorbestraft, deshalb fünfeinhalb Jahre, Markus Mohr könne nur durch eine lange Freiheitsstrafe eine "erzieherische Hilfe" gegeben werden.

Der Prozeßverlauf (Ausschluß der Öffentlichkeit, Versuch, durch psychiatrische Gutachten AKW-Gegner zu Psychopathen zu machen . . .), das Urteil und die Urteilsbegründung zeigen eins ganz klar: es handelt sich nicht um Straf-, sondern um politische Prozesse.

Die Gesinnungsurteile gegen Markus und Michael bedeuten nicht nur die Fortsetzung der staatlichen Strategie von Einschüchterung und Abschreckung auf der psychologischen Ebene, die allen Demonstranten gilt. Die Urteile machen auch in aller Schärfe deutlich, daß jede/r, der/die an Demos oder Aktionen teilnimmt, potentiell von ähnlichen Urteilen betroffen ist, ganz unabhängig von persönlichen Handlungen (die ja auch den beiden nicht nachgewiesen werden konnten). Der geforderte Zwang zur Distanzierung von militanten Widerstandsformen soll gleichzeitig die Spaltung in 'friedliche' und 'militante' AKW-Gegner vorantreiben und so die AKW-Bewegung schwächen.

Unsere Antwort kann nur heißen:

- weiterhin das Recht auf Großdemonstrationen und Widerstand wahrnehmen und durchsetzen
- jedem Spaltungsversuch entgegentreten und weiterhin gemeinsam demonstrieren, wobei es nicht darum geht, daß jeder militant sein muß. Es geht darum, daß jede/r mit seinen/ihren persönlichen Möglichkeiten gegen AKW's, Kriegstreiberei, Stadtzerstörung . . . kämpft und sich dabei nicht gegen Teile der Bewegung ausspielen läßt.

Markus Mohr

...bis tausend Blumen blühen

Liebe AKW-Gegner, Friedensfreude, Umweltschützer, Abrüster, kurz liebe Menschen!

Ich bin zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil ich versucht haben soll, einen Sondereinsatzkommando-Polizisten, der gerade auf Menschenjagd war, daran zu hindern, seinen Einsatz weiter fortzuführen.

Das Gericht hat versucht, mit seinen beiden Terrorurteilen gegen Michael Duffke und mich in der Öffentlichkeit zu suggerieren, daß AKW-Gegner ohne zu zögern bereit sind, das Leben und die Gesundheit anderer Menschen anzugreifen. Als wären es nicht wir gewesen, die jahrelang auf den gesundheits- und lebensgefährdenden Bau und Betrieb von AKWs und jetzt zunehmend auch auf die Stationierung von Atomraketen hingewiesen hätten, werden wir als menschenverachtende Gewalttäter dargestellt.

Ich kann von mir sagen – und da bin ich mir ganz sicher, daß ich nicht am 28. Februar 1981 in die Wilstermarsch zum geplanten AKW Brokdorf gegangen bin, um auch nur irgendeinen Menschen zu verletzen oder anzugreifen, sondern vielmehr, um meinen Protest und Widerstand gegen dieses AKW, das Atomprogramm und die zunehmende Unterelbe-Industrialisierung auszudrücken. Diese Position habe ich auch während meines über sieben Monate dauernden Prozesses dargelegt und vertreten. Offen und ehrlich, aufrecht und so gut ich es konnte. Ich habe meinen Kopf in den 55 Verhandlungstagen oben getragen und das hat für mich nie bedeutet, eine Stärke oder Power vorzutauschen, die ich nicht besitze. Es ging mir einzig und allein darum, mich so zu geben und zu verhalten, wie ich bin und wie ich auch nach Brokdorf gegangen bin.

Ich glaube schon, daß ich meine Identität als Mensch und AKW-Gegner in dieser Zeit des bisher schwersten Angriffs gegen meine Existenz habe wahren können. Dafür bin ich dann verurteilt worden. In der Urteilsbegründung ist mir vorgeworfen worden, ich hätte mich nicht von einer sogenannten „Gewalt“ distanziert. Es klingt wie ein Hohn: als hätte ich mich nicht schon genug und entschieden von der Gewalt der Justiz, der Polizei, den Bauzäunen, Hochsicherheitstrakten usw. distanziert. Doch jeder von euch weiß, daß mit

dieser Gewalt nicht die Dinge und Strukturen gemeint sind, denen wir tagtäglich in unserem Leben, am Areitsplatz, in der Schule oder, wie z.B. für mich, im Knast ausgesetzt sind. Wir produzieren nicht diese Gewalt, wir finden sie vor.

Weil mir vorgeworfen wird, ich hätte mich nicht von Gewalt distanziert – und da Gewalt gleichgesetzt wird mit Widerstand und Protest –, trifft dieser Vorwurf in der Tat zu und ich will gerne damit leben. Ich glaube, daß es unser gutes Recht ist, Gesetze, Verordnungen und die herrschende Moral überall dort zu brechen, wo sie unser Leben bedrohen. Und wenn wir dabei mit unserem Widerstand auf die herrschenden Gesetze verwiesen werden, so müssen wir fragen, wie wir den Bau und Betrieb von AKWs und die Stationierung von Atomraketen mit dem Gesetz und in den Strukturen verhindern sollen, die das doch alles möglich machen und legitimieren. Ich glaube daran und bin auch fest davon überzeugt, daß es immer mehr Menschen geben wird, die bereit sind, auf ihre eigene Kraft und ihren Mut zu vertrauen, als korrupte Politiker, bezahlte Wissenschaftler und befangene Richter. Auch wenn es vielleicht noch ein langer und beschwerlicher Weg sein wird, bevor tausend Blumen blühen und die Tauben unbeschwert ihres Weges ziehen, so gibt es keine Alternative dazu, einfach um zu leben und zu überleben. Dafür seid ihr draußen und ich bin für euch drinnen.

Auch wenn es für mich die nächste Zeit schwer werden wird, so ist es doch ein großes Anliegen von mir, daß ihr meinen Protest und Widerstand dort aufnehmt, wo ich herausgerissen worden bin. Für mich ist es und war es immer klar, daß ich mit allen Mitteln versuchen werde, als der wieder aus dem Knast herauszukommen, der ich bin und war: und das heißt für mich träumen und kämpfen. Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen; und das geht nur gemeinsam. Meine Träume sind noch lange nicht ausgeträumt.

Euer Markus Mohr

Neumünster, 16.5.1982, 39. Tag im Knast

Für eine Veranstaltung der BI Brunsbüttel, die Markus Mohr mit vorbereitet hat, schrieb er diesen Brief aus dem Knast.

Zum Brokdorf-Prozeß

Liebe taz, in den letzten Tagen war nun erfreulich viel über den Brokdorf-Prozeß in der taz. Zwar leuchtet mir nicht ein, gerade jetzt so viel zu berichten, aber entscheidend ist, die taz berichtet überhaupt über sowas und es wird nicht mal einfach still u. leise nichts mehr gebracht. Die Ohnmacht, das Verzweifelt sein, die große Wut, das zu harte Urteil usw., kann ich nicht so ganz teilen. In 500 Briefen, 100 Ra-Besuchen habe ich es 100e Male im Voraus geahnt. Und auch der andere U-Richter Penzlin, den ich vor Selbmann hatte, hatte mir so nebenbei gesagt, daß ich somit 5 Jahren zu rechnen hätte, wenn er Richtr wäre. Und auch Oberbulle Siemers aus Bremen, hatte mir am Tage der SS-Verhaftung gesagt, na denn bis 1985. Es haben also alle gewußt.

Es stimmt also, daß die taz icht allzuviel eben über den Prozeß geschrieben hat. Ich habe bewußt „den Prozeß“ geschrieben. Denn mit dem Urteil sollen alle Hausbesetzer, Walpurgisnachtfrauen, Sozialisten, Kommunisten, Friedenskämpfer sowie Demonstranten getroffen werden, welche sich in irgendeiner Art gegen SS-Killer wehren. Hätte die Frau, welche in der Polizei-Zelle in Pinnenberg von Bullen nachts dort vergewaltigt wurde, sich gewehrt, dann hätte sie auch 5 Jahre von Selbmann bekommen, wenn sie eine Feministin wäre. Das Ur-

teil ist wirklich eindeutig gegen alle, die sich mal jetzt oder in Zukunft gegen schwerbewaffnete SS wehren.

Die 100.000, oder so DM vom Prozeß bezahle ich natürlich nicht. Das sehe ich nicht ein. Ich habe den Prozeß nie gewollt, er ist mir vom SSAufgedrängt worden und wäre ich nicht freiwillig zum Prozeß gefahren dann hätte ich 2mal die Woche gebrochene Finger, blutige Schrammen, starke Beulen, geschwollene Finger, grün-blaue Arme, aufgeplatzte Lippen usw. Das ist wirklich von euch u. den Akw-Gegnern gut gemeint. Gut, die Anwälte sollen was haben u. auch die BI's, welche andauernd Prozeß-Infos rausgaben. Oder auch Leute, die mich andauernd besuchen u. Fahrgeld verfahren. Aber der fette Selbmann in seiner fetten Villa (ich hoffe bald nicht mehr!) in seinem fetten Mercedes mit Steuermann, dem keinen Pfennig. Mir ist klar, ich bin mein ganzes Leben ruiniert, denn vernünftig arbeiten kann ich ja nicht mehr: das wird ja alles verpfändet. Zu den Prozeß-Kosten kommen ja noch der Brokdorf-Einsatz von 10 Mio. einmal. Ja, sollen wir das auch noch bezahlen? Doch nicht!!! Wo soll denn die Grenze für uns sein. Der DKP-Genosse, welcher den BfV-Mann in die Hose griff u. tausen DM bezahlen soll, soll das auch nicht machen. Das soll er lieber für seine Partei spenden. Wie lange muß

denn einer arbeiten, der 6000 DM Schulden abbezahlen soll? Doch Jahre.

Zum Schluß will ich noch betonen, trotz Kritik an der taz, keine Westzonen-Zeitung hat so viel berichtet, wie die taz. Sie hat zusammen soviel berichtet, wie KVZ, UZ, Roter Morgen, AK, Wahrheit/Klarheit u. Was tun - Was nun zusammen. Das muß auch mal gesagt werden. Die sind doch angeblich immer für Arbeiter. Ja, was denn, bin ich Student, oder Prof oder Funki-Bonze? Noch sind Betonbauer wirkliche Arbeiter. Und das mache ich seit 1963 so. Und auch in der Gewerkschaft bin ich 19 Jahre. Und auch im BGO-Club. Ja, wenn die so wenig berichten, über einen Arbeiter, dann darf sich eine BWK-Sekte nicht wundern, wenn von 4 Mio. Wählern ihn nur 56 wählen.

So - noch was. Ich habe zu null % meine Ansichten über das Regime, über die Terror-BRD geändert. Und wenn es die Todesstrafe geben würde (in Stammheim gibt's die ja schon), dann wüßte ich, daß ich noch am Galgen: „Nieder mit Brokdorf“ rufen würde!! Nie werde ich dieses Atom-KZ akzeptieren. Und wenn sie mich mal ermorden, wie so viele in der BRD, dann weiß ich, meine Tochter wird bestimmt meinen eingeschlagenen Weg für mich fortsetzen.

Michael Duffké



Das Foto erzwingt durch seine Bildperspektive und seine perspektivische Verkürzung die emotionale Parteinahme des Betrachters für den als unterlegen dargestellten Polizisten Schütt ... Die festgehaltene 1/100 Sekunde des Geschehens erscheint als Dauerereignis, das zufällige Erscheinungsbild als für den Vorgang typisch und kennzeichnend (Die Verteidigung in einem entsprechenden Antrag).

In seiner Begründung führte Selbmann aus, daß der SEK'ler (Sondereinsatzkommando) Schütt zwar keine schweren Verletzungen erlitten hätte, nachträglich war es nicht einmal eine Gehirnerschütterung. Bei dem Schlag handelte es sich auch nicht um eine versuchte Tötungsabsicht. Schütt habe subjektiv um sein Leben gefürchtet (!), die Schläge hätten die Gefahr (!) einer gefährlichen Körperverletzung dargestellt, und dies hätten die beiden Angeklagten wissen müssen(!).

Praktische Solidarität mit Markus und Michael:

SCHREIBT BRIEFE!

Michael Duffke und Markus Mohr
JVA Neumünster
Boostedter Str.
2350 Neumünster

ÜBERWEIST GELD!

Spendenkonto Ermittlungsausschuß
Hamburg Nr. 111 84 13
(BLZ 200 300 00) Vereins- und Westbank
Stichwort: Markus und Michael



Der israelische Einmarsch im Libanon, räumlich weit entfernt, politisch direkt vor der Haustür: ein Ereignis an dem die USA, die NATO und die Bundesrepublik stark beteiligt sind.

Aus dem David des Nahen Ostens, dem Daniel in der Löwengrube ist mit westlicher Unterstützung ein Goliath geworden, der seiner Schleuder nicht nachweinen muß.

Da eine umfassende, kritische Darstellung in der bürgerlichen Presse nicht geleistet wurde, hält die Redaktion es für wichtig, hier einige Informationen zu veröffentlichen.

Es war uns aus Zeitgründen nicht möglich, das Thema selbst zu bearbeiten. Wir greifen auf die Berichterstattung der TAZ und

der Marxistischen Gruppen zurück und veröffentlichen einen Artikel aus der TAZ vom 2.7. und ein Flugblatt der MG'ler.

Im TAZ-Artikel wird die historische Kontinuität der Entwicklung Israels, der zionistischen Politik seit der Gründung des Staates Israel dargestellt.

Die Marxistischen Gruppen haben in der letzten Zeit Positionen der Linken und der Friedensbewegung unter Bezugnahme auf marxistische Theorien aufgearbeitet. Ihr Flugblatt weist pointiert auf einige Unstimmigkeiten der bisherigen Berichterstattung/Bewertung der Vorfälle hin.

Die Endlösung der Palästinenserfrage durch Israel:

NOCH EIN VÖLKERMORD

FÜR DEN NATO – FRIEDEN !

Begin: " Was soll die Aufregung über Beirut? Für Coventry und Dresden sind die Regierungen von ihrer Öffentlichkeit doch auch freigesprochen worden!"

1.

Von wegen "Schrecken des Krieges"! Die israelische Armee überfällt ihr Nachbarland; macht mit Bomben und Granaten seine Einwohner nieder; opfert lässig selber einige hundert Soldaten, um mit ihrer Feuerwalze noch möglichst viele Palästinenser zu erwischen und niemandem eine Chance zur Flucht zu lassen; ebnet ganze Städte samt Einwohnerschaft ein – der demokratische Sachverstand hat V e r s t ä n d n i s ! "Frieden für Galiläa": Durch Terror bis nach Beirut; durch Tote, die nur noch in Tausendern gezählt und registriert werden – der demokratische Sachverstand verbucht eine fragwürdige "militärische Problemlösung". Fragwürdig – so einhellig die deutsche Presse! –, weil ja allemal noch genügend, und zwar nun erst recht erbitterte Palästinenser übrigbleiben, um Israel demnächst von Neuem zu "beunruhigen"! Fragwürdig, weil der Völkermord nicht vollständig genug gelingt, um den totalen Frieden Israels zu sichern und die "Palästinenserfrage" ihrer "Endlösung" zuzuführen! Israels Militärmaschine schließt die Palästinenser in ihren Beirut Stadtvierteln und Lagern wie in Ghettos ein, bombt sie zusammen und verwandelt Beirut in ein zweites Dresden; zynisch tut Premier Begin die geheichelten Bedenken gegen dieses Vorgehen mit der Erinnerung ab, die öffentliche Meinung im Nazi-Reich und bei

den Siegermächten habe die Vernichtung von Coventry und Dresden doch auch locker verkraftet und ihrer Regierung nicht übel angedreht – der demokratische Sachverstand fragt sich, ob Israel seine ehrenwerten Ziele auch mit weniger Aufwand hätte erreichen können!

So brutal kann eine regierungsamtliche Schlächterei, so zynisch und gemein ihre regierungsamtliche Rechtfertigung gar nicht sein, daß demokratischer Untertanengeist ihr nicht mehr Beifall spendet – vorausgesetzt, es geht von der richtigen Seite gegen die Richtigen. Israel gegen Palästinenser – unbesehen eine klare Sache! I s r a e l : ein westlicher Partner und lebenskräftiger, anerkannter Staat, der sich das R e c h t auf hemmungslose G e w a l t gegen die Bewohner seiner Nachbarstaaten durch den E r f o l g seiner Armee und seiner Waffen in mehreren Kriegen erworben hat: erfolgreicher, also legaler, also kein Terrorismus! Die P a l ä s t i n e n s e r : ein Vertriebenenvolk, für den Westen ein lästiges Russenanhängsel, das es zu dem eigenen Staat, von dem es sich sein Heil erhofft, immerzu nicht bringt, das sich durch die O h n m a c h t seiner Quasi-Staatsmacht, die Niederlagen der PLO, beständig ins U n r e c h t setzt: erfolgloser, also illegaler, also Terrorismus! Gegen den ist a l l e s erlaubt; für "die unschuldigen Frauen und Kinder" bleiben die kriegsüblichen Krokodilstränen reserviert!

2.

Von wegen "Sicherheit für den Judenstaat"! Im Dritten Reich O p f e r eines großangelegten Völkermordes, eine Generation später V e r a n s t a l t e r von Aktionen, die unter den schönen Titeln "aufräumen", "ausräuchern", "eliminieren" laufen – das kann ja wohl kaum an einem und demselben "jüdischen Volkscharakter" liegen! Der S t a a t , der den Juden im Nahen Osten aufgemacht worden ist, – und zu dessen Anhängern seine Untertanen sich machen, wie man es von Nationalisten nicht anders kennt! –, d e r hat und vertritt Interessen,

Zur Logik des israelischen Angriffskrieges

Die Geschichte der israelischen Expansion

„Die neue Aggression Israels, die Invasion gegen den Libanon ist nur eine Etappe in der Logik zionistischer Politik seit 34 Jahren.“ Mit diesem Satz leiten der ehemalige KP-Funktionär Roger Garaudy sowie die Pastoren Michel Lelong und Etienne Mathiot eine Analyse über diese Logik zionistischer Expansion ein, die am 17. Juni als bezahlte ganzseitige Anzeige in der französischen Zeitung 'Le Monde' erschien. Sie versuchen, an der Geschichte des israelischen Staates zu zeigen, daß der Eroberungswille ständige Wirklichkeit gewesen sei, wie es im Ausspruch von Begin zu dem Friedensplan des saudischen Prinzen Fahd (dem jetzigen König) zum Ausdruck komme: „Israel wird den Plan Fahd verwerfen, selbst, wenn Saudi-Arabien die Existenz Israels anerkennen würde.“

Die Realität der expansionistischen Ziele ist offenkundig, wenn die israelische Nummer 2, Kriegsminister General Sharon, im Dezember 1981 erklärt: „In den kommenden Jahren erstreckt sich die Sphäre der strategischen Interessen Israels nicht nur auf die arabischen Länder des Mittelmeerraumes, sondern auf den gesamten Nahen Osten, und sie muß sich bis zum Iran, Pakistan, dem Golf, Afrika und der Türkei ausdehnen.“ Die Logik des Zionismus ist der permanente Krieg. Würde er sein Ziel, alle „Juden“

Endlösung der Palästinenserfrage

die sich mit dem Überleben einiger hunderttausend Nachbarn so schlecht vertragen. Die amerikanische und nordatlantische Weltmacht hat sich mit Israel einen Vorposten geschaffen, der der ganzen arabischen Welt mit einem Krieg nach dem anderen die blutige und brutale Wahrheit einprügelt: Ein Freund des Westens darf sich in der Staatenwelt viel herausnehmen; denn genauso weit, wie seine Frechheit Erfolg hat, reicht auch die Macht der westlichen Freiheit. Umgekehrt: Als Gegner des Westens hat man es schwer; denn der verfügt über genügend Kettenhunde, die nur darauf aus sind, ihre ungemahnten Nachbarn militärisch zu verkleinern. Die NATO sichert den "Weltfrieden", d.h. ihre gewaltsame Zuständigkeit für alles Geschehen auf der Welt; die NATO-Kreatur Israel nutzt den "Weltfrieden" zweckdienlich für seine einschüchternden, "abschreckenden", kurz: terroristischen Sonderkriege gegen nahe und ferne Nachbarn. Und verschafft so der "Weltfriedensordnung" der NATO im eigenen Umkreis den nötigen Respekt. Eine perfekte Arbeitsteilung, in welcher sich die NATO-Kommandeure darauf beschränken können, die Sowjetunion davor zu warnen, zuviel für ihren Bündnispartner Syrien zu tun: Damit würde sie sich die Verantwortung für den Beginn des 3. Weltkrieges aufladen!

MARXISTISCHE GRUPPE

3.

Von wegen "moralische Schuld der Deutschen gegenüber Israel"! Was hat es denn mit Moral zu tun, wenn bundesdeutsche NATO-Politiker in ihrer Sorge um "unsere" Öl-

der Welt (12 Millionen) nach Palästina zurückzuführen, vollständig erreichen, würde er Israel einen ständigen Kampf für „seinen Lebensraum“ aussetzen. Der Zionismus würden den Traum der übelsten Antisemiten, von Drumont bis Hitler, verwirklichen: Alle „Juden“ in einem einzigen Getto auf der Welt einzuschließen. So sind Antisemitismus und Zionismus Zwillingbrüder. Durch dieselbe rassistische Definition des „Juden“, durch dasselbe Ziel der Gettoisierung und durch dasselbe unvermeidliche Ergebnis - den Willen zum Bruch mit den anderen Völkern und die Expansions- und Annexionspolitik, die eine behauptete „Rückkehr“ einschließt -, erregen sie schließlich den Haß der Weltmeinung.

Diese zionistische Politik des Staates Israel hat bereits den Raub des palästinensischen Bodens und die Zerstörung von Hunder-

ten von Dörfern bewirkt. Sie hat dazu geführt, auf einem Territorium, das zu Beginn des Jahrhunderts 500.000 Palästinenser, darunter 25.000 Israeliten zählte, Hunderttausende von Palästinensern durch Terror zu vertreiben oder zu unterdrücken, und aus Jerusalem die meisten der Christen zu verjagen. (...)

Die Mittel: Der Staatsterrorismus

Die Ziele des Zionismus wurden durch die israelischen Führer beständig mit den Mitteln des Terrorismus verfolgt.

1. Blutbäder. Praktiziert seit Deir Yassin, dem palästinensischen Oradour, von Begin als Chef der 'Irgoun' (bewaffnete Untergrundorganisation, die gegen Briten und Palästinenser mit Gewalt vorging) befohlen, wo 254 Personen, Frauen, Kinder

quellen im Nahen Osten Nutzen und Risiken israelischer Gewaltaktionen kalkulieren – und allemal zu überwiegend wohlwollenden Urteilen gelangen?! Was hat es mit Schuldgefühlen zu tun, wenn brave Untertanen von ihrer Obrigkeit einst wie heute Freunde und Feinde anweisen lassen: einst mit arischen Rassegenossen gegen das Weltjudentum – heute mit "Freiheitsfreunden" in aller Welt gegen den "Weltterrorismus", also, leider! auch gegen die Völker, in denen dieser sich "eingenistet" hat . . .?! Was hat es mit "Vergangenheitsbewältigung" zu tun, wenn eine freiheitliche Öffentlichkeit sich bewußt und entschieden, bis in ihre Sprachregelungen hinein, auf den Standpunkt israelischer Selbstgerechtigkeit und der dazugehörigen militärischen Killerkommandos stellt und über jeden abgeschossenen Russenpanzer freut?!

So tut der reichsdeutsche Völkermord an den Juden noch einen Dienst für die imperialistische Moral der bundesdeutschen Politik: In seinem Namen wird jeder Zweifel an der "Sache des Westens" verboten, die Israel so erfolgreich vorwärtsverteidigt – ein wahres Vorbild an faschistischer Kriegsbereitschaft für ein "verwöhntes" deutsches Volk!

P.S.

Warum hört und sieht man eigentlich nichts von der Friedensbewegung? Vor kaum zwei Wochen wollen doch über 300.000 Menschen kompromißlos für den Frieden auf Erden eingetreten sein – den Menschen ein Wohlgefallen! Ist Euch diese Schlächtereie auch wieder zu klein – so wie die in Falkland, wo vor den Fernsehkameras jetzt gelassen und erleichtert – der Sieg ist errungen! – die Toten gezählt werden? Ist sie Euch nicht atomar genug, oder der Kriegsschauplatz der falsche? Unter dem "Ende aller Zivilisation" läuft bei Euch wohl wirklich nichts in Sachen "Entrüstung"? Oder meint Ihr nur, gegen einen wirklichen Krieg zu demonstrieren, wäre längst nicht so vergnüglich, wie für das billigste Ideal der Welt: ein bißchen Friedenssehnsucht? Da habt Ihr allerdings recht!

und Greise, niedergemacht wurden, um die palästinensische Bevölkerung durch Terror ins Exil zu zwingen, bis zu den Kindern von Transjordanien, die Steine gegen die Besatzungstruppen warfen und im April 1982 durch Kugeln mit aufgesetztem Lauf kaltblütig erschossen wurden.

2. Ermordung der Führer des palästinensischen Widerstands im Ausland durch den Mossad (israelischer Geheimdienst), von Golda Meir 1972 befohlen. So wurde als Beispiel unter vielen der Vertreter der PLO in Rom, Weel Zouaiter, am 16. Oktober 1972 erschossen. Golda Meir sagte damals in der Knesset: „Ich kann nur sagen, daß die Kugeln wirklich ihr Ziel er-



reicht habe". Das Schwurgericht in Rom hat in seinem Urteil vom November 1981 erklärt: „Dieser Verbrechen beruht auf einer geplanten Politik ... ausgeführt ... durch eine Organisation des Staates Israel". Das ist nur ein Fall, dem so viele andere folgten.

Begin kann sich damit brüsten, auf der Welt einer der Terroristen zu sein, der am meisten Menschen getötet hat seit der Zeit, als er den englischen Generalstab im Hotel König David in die Luft sprengen ließ, was am 22. Juli 1946 in Jerusalem 200 Tote und Verletzte verursachte, bis zu seinem Orator von Deir Yassin am 9. April 1948, bis zu seinen Attentaten vom 2. Juni 1980 gegen die Bürgermeister von Transjordanien, Karim Khalaf von Ramallah, und Bassam Chakam von Nablus, dem beide Beine amputiert werden mußten, bis zu den Erschießungen von Kindern in Transjordanien im April 1982. Es entspricht den Tatsachen, daß von Ben Gurion 1954 bis zu Golda Meir 1972 und bis zu Shimon Peres, dem Chef der „Opposition der Werktätigen“, der sich mit der Invasion gegen den Libanon 1982 solidarisierte, von allen israelischen Führern dieselbe Gewaltpolitik ins Werk gesetzt wird. Nachdem der Angriffskrieg seit Monaten genauestens vorbereitet war, kann man den Gehalt des Vorwandes „Repressalien gegen den Terrorismus“ beurteilen, der angeführt wurde, um die Invasion gegen den Libanon zu rechtfertigen. Zu dem Attentat gegen den Botschafter Israels in England kann man nicht nur sagen, wie Pierre Mauroy in einem analo-

gen Fall, daß kein Anhaltspunkt es gestattet, dieses Verbrechen der PLO zuzurechnen, sondern daß derjenige, der es beansprucht, Abou Nidal, derselbe ist, der plante Yassir Arafat zu ermorden.

Fügen wir also dem einen Terrorismus gegen die „Juden“ selbst hinzu. Die israelischen Führer haben sich 1950 nicht gescheut, ihre Attentate im Irak gegen Juden zu vervielfachen, und selbst eine Granate in die Synagoge von Sham-Tov in Bagdad zu werfen, die drei Personen tötete und zahlreiche verletzte, um die „Juden“ zu überzeugen, daß sie bei Gefahr im Irak nach Israel emigrieren müßten, wie die israelische Tageszeitung „Jedioth Aharanoth“ vom 8. November 1977 bekundet.

3. Präventivkriege: Sei es vom „Sechs-Tage-Krieg“, in dem die israelische Armee in der Art der japanische Faschisten, die in Pearl Harbour die amerikanische Flotte ohne Kriegserklärung zerstörten, die ägyptische Luftwaffe am Boden zerstörten, bis zur Bombardierung der irakischen Experimentierzentrale von Tamouz mitten im Frieden, von den Bombardierungen Beirut bis zur Invasion gegen den Libanon.

4. Schließlich die Annexion von Jerusalem und des syrischen Golan, so wie Hitler die Sudeten annektierte. Die Europäer akzeptieren die vollendete Tatsache. In München hat das zur Invasion gegen Frankreich geführt, so wie Camp David zur Annexion von Jerusalem und des Golan und zur Invasion gegen den Libanon führte. Die Regierenden Westeuropas, mit

Ausnahme von Griechenland und Österreich, werden in ihrer Servilität gegenüber Reagan zu Handlangern dieses neuen Verbrechens gegen den Frieden.

Die Finanzierung Israels

Denn Israel könnte ohne die bedingungslose und unbegrenzte Unterstützung der Vereinigten Staaten keine Aggression begehen. Von den ersten Jahren seiner Gründung an hat Israel für weniger als zwei Millionen Einwohner gemäß dem Eingeändnis des Zionisten Sapir (The Israel Economist vom September 1967) mehr als die Hälfte dessen empfangen, was 200 Millionen Europäer unter dem Namen Marshall-Plan erhalten haben: 7 Milliarden Dollar, das heißt damals mehr als das Nationaleinkommen der Gesamtheit der angrenzenden arabischen Länder (Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien). In den darauffolgenden Jahren hat der israelische Staat für drei Millionen Einwohner mehr Finanzhilfe erhalten als 300 Millionen Einwohner der Dritten Welt. Allein die gegenwärtige amerikanische Unterstützung beläuft sich auf drei Milliarden Dollar, von denen zwei Drittel für Waffen bestimmt sind (ohne von den weltweiten Sammlungen des zionistischen Netzes zu sprechen, d.h.: einer Milliarde Dollar pro Jahr allein für die amerikanische Organisation). Die auswärtige Unterstützung übersteigt das israelische Nationaleinkommen. Diese Überflutung mit Finanzhilfe von außen erklärt das sogenannte „israelische Wunder“, das „Wüsten blühen“ läßt. Das ist im übrigen reine Propaganda, denn der Staat Israel ist keineswegs in einer Wüste entstanden. Als Palästina von 500.000 Palästinensern bevölkert war, darunter lediglich 25.000 Israeliten, war es größtenteils ein Exportland, insbesondere für Früchte.

Das Argument des Holocaust

Man beutet ohne Scham das schlechte Gewissen der Europäer aus, die man in der reinsten kolonialistischen Tradition dazu bringt zu glauben, daß sie die Verbrechen Hitlers unbegrenzt auf Kosten der Araber zu büßen haben. Mahum Goldman, der ehemalige Führer der zionistischen Bewegung und Gründungspräsident des Weltjudenkongresses, hat in seiner Botschaft zum Neuen Jahr 1982 die jüdische Gemeinschaft weise vor Israel gewarnt: „Sich auf den Holocaust zu berufen, um die Bombardierungen des Libanon zu entschuldigen, ist eine Schändung des Wortes und eine Banalisierung der Realität dieses Holocaust, der in keinem Fall Aktionen rechtfertigen sollte, die politisch und moralisch nicht verteidigt werden können.“

Der Rassismus

Wenn man die Texte der Verheißung als authentisch und zwingend wörtlich nehmen will, so gibt es - immer nach derselben Logik - keinen Grund, nicht die Vorschriften zu akzeptieren, die die Reinheit der Rasse des „auserwählten Volkes“ betreffen, dem das gelobte Land und die Segnung seiner Nachkommenschaft zugute kommt, d.h. jenen Vorschriften von Esra und Nehemia, die besagen: „Als sie dieses Gesetz gehört hatten, verstießen sie aus Israel jeden Menschen mit gemischtem Blut.“ Der nazistische Gesetzgeber der

Nürnberger Blutschutzgesetze schrieb in seiner Präambel: „Das Modell, das mir während der gesamten Dauer der Redaktion dieser Verordnungen vor Augen stand, ist das der Gesetze von Esra und Nehemia, der ersten Gesetze über den Schutz der Reinheit der Rasse, die zuvor noch nie verkündet worden waren.“

Haim Cohen, der Richter am obersten Gerichtshof Israels war, stellt fest: „Die bittere Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß dieselben biologischen und rassistischen Thesen, die durch die Nazis propagiert wurden und die zu den ruchlosen Gesetzen von Nürnberg geführt haben, als Grundlage für die Definition des Jude-Seins im Staat Israel dienen“ (siehe Joseph Badi: Fundamental Laws of the State of Israel, New York 1960, S. 156). In der Tat wird in Tel-Aviv ebenso wie in Nürnberg als Jude jede Person betrachtet, die von einer jüdischen Mutter geboren wurde.

Wenn wir die biologische und geschichtliche Absurdität des Begriffes Rasse beiseite lassen, wird klar, daß ein Jude ein Mensch ist, der einer der höchsten und angesehensten Religionen ergeben ist, während ein Zionist ein Nationalist ist, der mit den Angriffskriegen des Staates Israel solidarisch ist. Unsere Verurteilung des Zionismus ist von unserem Kampf gegen den Antisemitismus nicht zu trennen. Wir können nicht der Erpressung und dem intellektuellen Terrorismus einer allmächtigen, Druck ausübenden Einflußgruppe im Westen nachgeben, die jeden als Antisemiten und Nazi-Erben beschimpft, der die Politik Israels nicht akzeptiert.

Aus dieser sehr gedrängten Übersicht eines vernichtenden Materials, das bisher auf der Ebene der Massenmedien durch das zionistische Netz unterdrückt wurde, kann man in groben Zügen die folgenden Schlüsse ziehen:

1. Juristisch ist der Staat Israel als Mitglied der UNO nur unter zwei Bedingungen zugelassen worden: Die 1949 festgelegten Grenzen sowie das Statut von Jerusalem zu beachten. Diese beiden Bestimmungen sind ständig verletzt worden. Israel hat deshalb keinen Platz in einer internationalen Organisation, deren Entscheidungen es seit einem Vierteljahrhundert verachtet und systematisch verletzt.

2. Wir verlangen nicht die Fortsetzung der Eskalation der Gewalt und des Krieges, für die Israel das Beispiel gibt. Das Ziel wird weder durch Repressalien, noch durch revanchistische Kriege erreicht werden, sondern durch einen strengen Boykott: Weder etwas von Israel kaufen, noch etwas an Israel verkaufen, bis die israelischen Führer die PLO als Gesprächspartner anerkennen, um einen völlig unabhängigen palästinensischen Staat zu gründen, der in brüderlicher Koexistenz mit den Israelis leben könnten, die frei von der zionistischen Verfluchung sind.

Es ist zu fordern, daß der Staat Israel sich endlich den Einscheidungen der Vereinten Nationen beugt, und daß die Vereinigten Staaten aufhören müssen, den Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft ihr Veto entgegenzusetzen.

Roger Garaudy,
Michel Lelong,
Etienne Kathiet

Briefwechsel und finanzielle Unterstützung für die Veröffentlichung dieses Textes an Roger Garaudy, 9, rue Léonce-Reynaud, Paris 16e

Von Kabul nach Bochum

2. Teil

In dieser Ausgabe setzen wir den Bericht eines Afghanen, der mit Frau und Tochter aus der Heimat floh, fort.

Ende des Jahres 1981 wird Azim Choram Nima, Lehrer an einer Mechanikerschule entlassen. Er hatte sich bisher geweigert, in die Partscham-Partei einzutreten.

Als er am nächsten Tag seine Schwester besuchen will, trifft er dort auf vier bewaffnete Zivilisten, die Kinder seiner Schwester verhaften wollen. Er selbst wird ebenfalls verhaftet. Mit einigen Mühen gelingt es ihm, den Kindern zur Flucht zu verhelfen und selbst zu fliehen. Die Familie fährt nach Ghasni und findet ein Mitglied einer Fluchthilfeorganisation.

Damals war es nur möglich, innerhalb der Provinz, in der man lebte, zu reisen. Die Linienbusse fuhren, aber nicht nach Fahrplan. Mit solch einem Bus fuhren wir von Kabul nach Ghasni. Dort fanden wir jemanden, der uns versprach, für 10.000 Afghani pro Person uns auf Schleichwegen nach Pakistan zu bringen. Der Mann war von einer Fluchthilfeorganisation. Es sind zum Teil Widerstandskämpfer, die einerseits Menschen helfen wollen, andererseits Geld für Waffen brauchen.

UNSER BROT WAR UNTERWEGS STEINHART GEWORDEN

Von Ghasni aus fuhren wir auf einem Anhänger, der von einem Trecker gezogen wurde, insgesamt zwanzig Personen. Die Strecke hatte überhaupt keine Straße, keine Wege. Wir mußten über Felder fahren, auf Kamelpfaden, durch Gegenden, wo kein Jeep und kein Lastwagen mehr durchkommt, durch Flüsse und Sandwüsten, über Hochebenen, an Dörfern vorbei, die auf keiner Landkarte vorkommen. Das Gebirge ist dort dreitausend bis viertausend Meter hoch.

An manchen Stellen kam der Trecker nicht weiter. Da mußten wir aussteigen und schieben.

Es gab unterwegs nichts zu essen, auch kaum Wasser. Das war schlimm, weil die Mutter bald nicht mehr genug Milch produzieren konnte. Wie hatten nur etwas Brot, das wir in Ghasni gekauft haben. Es war unterwegs steinhart geworden.

Nachts war es saukalt. Man hatte uns ein paar Decken gegeben, zu wenig für alle, und manchmal mußten wir uns darin einhüllen, um uns vor dem Staub zu schützen. Wir waren fünf Tage

und fünf Nächte unterwegs, von Ghasni bis an die pakistanische Grenze.

Es war Ende des Jahres 1981.

AFGHANISTAN IST EIN OPFER AMERIKANISCHER POLITIK

Dies gilt in dem Sinne, daß die USA gar nicht daran interessiert sind, unserem Land zu helfen, sondern nur ihre Interessen in der Türkei, in Persien und in Pakistan durchzusetzen. Es war auch vor der sowjetischen Invasion nicht damit zu rechnen, daß die USA versuchen würden, in Afghanistan zu intervenieren, weder wie in Chile unter Allende durch den CIA noch wie in Vietnam direkt militärisch. Denn die USA hatten überhaupt keinen Einfluß in Afghanistan. Es gab insgesamt acht bis 18 Amerikaner. Das waren Botschaftsmitglieder, keine Militärberater. Hingegen waren seit 1954 etwa 4.000 sowjetische Militärberater und andere Spezialisten in Afghanistan. Die gesamte afghanische Armee stand unter deren Kontrolle.

Die Entwicklungshilfe der Sowjets bestand hauptsächlich darin, Panzerstraßen und Flugplätze zu planen und mit ihrem Geld und ihrer Technik von afghanischen Arbeitern bauen zu lassen; zum Schluß noch das berühmte Pole-Charchi-Gefängnis in Kabul, eingerichtet für 6.000 Gefangene, ein Zentrum der Massenhinrichtungen.

Den Sowjets ging es um den Aufbau einer militärischen Infrastruktur.

Der Putsch im April 1978, der von den neuen Machthabern als "Revolution" bezeichnet wird, ist vom sowjetischen Botschafter in Kabul und von sowjetischen Militärberatern organisiert und durchgeführt worden.

DIE SOWJETS HABEN EINEN FEHLER GEMACHT

Heute sind etwa 120.000 sowjetische Soldaten in unserem Land, und unser Widerstand gegen die Invasoren kostet uns hohe Verluste. Wir schätzen eine Million Menschen, dazu mehrere Millionen Flüchtlinge und Obdachlose innerhalb und außerhalb Afghanistans.

Anfangs rekrutierten sich die sowjetischen Truppen aus den asiatischen Republiken der Sowjetunion. Aber diese Soldaten haben nicht gekämpft. Einige von ihnen sind zu uns übergelaufen; viele andere haben die Waffen weggeworfen und sind abgehauen, weil sie nicht gegen uns kämpfen wollten. Jetzt gibt es in der sowjetischen Armee keinen einzigen Soldaten mehr aus dem asiatischen Teil der SU. Alle wurden ausgewechselt.

Auch die Sowjetunion hat hohe Verluste. Kenner schätzen, daß Afghanistan der SU täglich zwischen ein bis vier Millionen Dollar kostet. Denn die Wirtschaft des Landes funktioniert nicht mehr – in den besetzten Gebieten, und dies sind nur noch 5 Prozent des Landes. 95 Prozent sind befreit. Die freien Gebiete versorgen sich selbst. Dort gibt es ein eigenes Verwaltungssystem, eigene Steuereinnahmen. Sowjets und Regierung haben nur einige Provinzen und da auch nur die militärischen Zentren unter Kontrolle.

EINE REIN NATIONALE FREIHEITSFRAGE

Die Widerstandskämpfer, denen wir begegneten, gehörten zur Landbevölkerung und zu den Bergstämmen. Es sind Naturmenschen. Sie sind nach unserer Auffassung sehr gesund und sehr beweglich. Wir Städter könnten die Strapazen nicht aushalten. Darum gibt es eine Aufgabenteilung bei den Widerstandskämpfern. Wer fähig ist, Wasser auf den Schultern zu tragen, Waffen und anderes Material, und zu kämpfen, macht hier seine Sache. Die anderen kümmern sich um die Kommunikation und um die Organisation, und wer dazu ausgebildet

ist, um die Technik.

Wir alle sind Widerstandskämpfer. Auch mein Bruder hier, seit zehn Jahren in der Bundesrepublik. Wer nicht in Afghanistan kämpfen kann, kämpft hier, indem er Vorträge hält und Aufklärungsarbeit leistet.

In Afghanistan sind selbst Kinder dabei, werfen Flaschen mit Benzin unter Panzer und andere Militärfahrzeuge und machen Feuer.

Auch Beamte sind beim Widerstand: Das Hauptzentrum der großen Städte ist tagsüber in der Hand der Besatzung, nachts in der Hand der Freiheitskämpfer. Tagsüber geht der Schüler, der Lehrer in seine Schule, der Beamte in sein Büro, der Kaufmann in sein Geschäft. Am Nachmittag kommen sie nach Hause, und abends ziehen sie sich um und sind Freiheitskämpfer.

Der Widerstand ist für uns eine rein nationale Freiheitsfrage. Das hat weder mit der Religion noch mit einer Ideologie etwas zu tun. Es geht uns um unsere nationale Souveränität. Wir hätten genauso, wie wir die sowjetische Armee verdammen und bekämpfen, eine amerikanische Armee oder eine pakistanische oder eine chinesische Armee verdammt und bekämpft, wenn sie in unser Land hereingekommen wäre. Und da hätten wir vielleicht noch mehr Erfolge gehabt, weil geopolitisch gesehen, die Nachschubmöglichkeiten für die Amerikaner in Afghanistan noch schlechter wären als für die Russen. Es hat in Afghanistan schon während der Monarchie verschiedene politische Strömungen, Bewegungen gegeben, auch sozialistische, auch eine islamische; aber dies ist nicht typisch für die Widerstandsbewegung gegen die sowjetische Intervention. Parteibildungen sind in Afghanistan stets unterdrückt worden. Es gab keine Demokratie. Es gab Diktaturen und Demokratisierungsbewegungen.

Die Sowjets haben den einen Fehler gemacht: sie haben sich total verschätzt. Sie haben nicht mit dem Widerstandswillen des afghanischen Volkes gerechnet, obwohl sie dies aus der Geschichte Afghanistans hätten wissen müssen.

Auch die Engländer hatten vergeblich versucht, in Afghanistan Fuß zu fassen. Dreimal haben wir sie vertrieben: 1842, 1879 und 1919.

Es ist dasselbe Konzept, das jetzt die Sowjets praktizieren. Wir finden es erstaunlich, daß die Sowjetunion trotz genauer Kenntnis Afghanistans unser Land nicht richtig eingeschätzt hat. Die Okkupation hat uns alle überrascht. Die Sowjets kennen unser Land in- und auswendig, auch von der Forschung her. Die größten und intensivsten Forschungen in und über Afghanistan sind von der SU vorgenommen worden, ob das jetzt Volkskunde ist, Architektur, Landwirtschaft, Geografie, Geologie oder Militärwesen: am meisten hat hier die SU zur Forschung beigetragen. Wenn die Sowjets das Land und das Volk so gut kennen, dann hätten sie mit dem Widerstand rechnen müssen.

Und wäre es den Sowjets um eine soziale Revolution gegangen, wie sie sagen, dann war ihr Vorgehen taktisch und strategisch völlig falsch.

Nach der sozialistischen Theorie sind ja die Strategie und das taktische Vorgehen ein elementarer Punkt.

Das Land okkupieren und einnehmen mit einer vielleicht idealen Zielvorstellung, – wenn die betroffene Bevölkerung dies nicht will, weil sie, nach europäischen Vorstellungen, um dreihundert Jahre zurück ist und an Allah glaubt und die Freiheit liebt und sich totat sperrt: das ist fatal.

Den dritten und letzten Teil dieses Berichtes bringen wir in unserer nächsten Ausgabe.



Paul Klee: Zwei Männer, einander in höherer Stellung vermutend, begegnen sich (Radierung, 1903)

TERMINE

ab 19 Uhr amnesty international
ungerade Woche
Herner Str. 13 a

20 Uhr Aktionskreis für engagierte
Kriegsgegner
Gasthaus, Hl. Geist Str. 7

ab 20 Uhr KDV Beratung
jed. 1. + 3. Fr. i.M.
Heinrich-Pardon-Haus

20 Uhr Schwulen- und Leseben-
Gruppe
Autonomes Zentrum

MONTAG

18 bis 19 Uhr Kinderschutzbund
Beratung
Dortmunder Str. 11
Tel. 4 85 65

19 Uhr Fachwerk-Redaktions-
sitzung, Castroper Str. 219

ab 19.15 DGB-Jugendgruppe
Dorstener Str. 27 c

19 Uhr Lateinamerika Komitee
Reinhard Thy
Dorstener Str. 12 a

DIENSTAG

ab 20 Uhr Frauenzentrum
Öffentlichkeits AG

MITTWOCH

16.30 Uhr Information zur Kriegs-
dienstverweigerung
bis 18.30 Uhr Angebot des afek
Gasthaus, Hl. Geist Str. 7

ab 19 Uhr Frauenzentrum
Frauenhausgruppe

19 Uhr DFG/VK
Gruppensitzung
Heinrich-Pardon-Haus

ab 20 Uhr Frauenzentrum
jew. 1. Mittwoch d.M.
Vollversammlung

DONNERSTAG

19 Uhr Friedenskomitee
Heinrich-Pardon-Haus

19 Uhr Antifaschistischer Arbeits-
kreis
Heinrich-Pardon-Haus

19 Uhr HBV-Jugendgruppe
jed. 2. + 4. Do. i.M.
Dorstener Str. 27 c

ab 20 Uhr Frauenzentrum
offener Abend

FREITAG

ab 17 Uhr Holzwurm Redaktions-
sitzung
Autonomes Zentrum

Aktionskreis für engagierte Kriegsgegner
Gasthaus, Hl.-Geist-Str. 7

Arbeitskreis Frieden
c/o Andreas Tack, Josefstr. 120, Herten

Anonyme Drogenberatungsstelle
Hochlarmark Str. 73
Tel. 3 60 22

Amnesty international
c/o Herman Zdarta
Bockholter Str. 59, RE
Tel. 2 47 75

Antifaschistischer Arbeitskreis
c/o Monika u. Klaus Oberschewen
Lohweg 20, RE
Tel. 4 86 20

Altstadtschmiede
Soziokulturelles Zentrum
Kellerstr. 10, RE
Tel 2 12 12

Autonomes Zentrum
Auf dem Graben 2
Tel. 1 56 98

Begegnungs- u. Beratungszentrum
Bochumer Str. 17, RE
Tel. 3 36 83

Demokratische Sozialisten
c/o Eckart Lindemeyer
Nordseestr. 67
Tel. 4 67 19

DGB Jugendheim
Dorstener Str. 27 c, RE
Tel. 2 10 49

DFG/VK
c/o Jürgen Pawlik
Taubenstr. 42, RE
TEL. 8 21 67

Fachwerkhaus
Gemeinwesenarbeit, Stadtteilzeitschr
Castroper Str. 219, RE
Tel 4 84 66

Folk Club
c/o Ulli Müller
Amandusstr. 47, Datteln
Tel. 0 23 63/15 83

Flaschenöffner
Jugendzeitschrift
c/o Victor-Jara-Zentrum
Marienstr. 18 a, RE
Tel 65 13 46

Heinrich-Pardon-Haus
Jugendzentrum
Wicherstr. 2, RE
Tel 4 46 00

Holzwurm
Stadtzeitschrift
Auf dem Graben 2, RE
Tel. 1 56 98

Jungdemokraten
c/o Chr. Andreas
Hufschmidtstr. 14, RE
Tel 8 66 29

Initiativgruppe 3. Welt
c/o Wolfgang Welp
Otto-Burmeister-Allee 1 a, RE
TEL. 2 43 08

Kath. Studierende Jugend
Kemnastr. 7

AG Nachträgliche Verweigerung
c/o W. Weyers
Alleestr. 15, Dorsten
Tel. 0 23 62/2 62 47

Rote Hilfe Deutschland
c/o Almuth Euler
Ludwig-Richter-Str. 1, RE

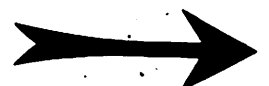
Schulpsychologische Beratungsstelle
Am Steintor, RE

Schwulen- und Leseben-Gruppe
Auf dem Graben 2, Autonomes Zentrum
Tel. freitags ab 20 Uhr: 1 56 98

SDAJ
c/o Ulrike Abcynski
Im Reitwinkel 58, RE
Tel. 65 36 46

SJD-Die Falken
Alte Grenzstr. 138, RE
Tel. 3 43 52

ADRESSEN



Tja, gar so viele Veranstaltungstermine gibt's diesmal nicht. Im Juli ist in unseren Breiten 'ne echte Sommerflaute.

Wir haben uns aber stattdessen das Rundfunkprogramm näher angesehen und sind auch fündig geworden.

Ein weiterer Grund für die geringe Anzahl von Veranstaltungen ist – wie z.B. bei der Altstadtschmiede – auch Not mit dem Geld.

Hinweise und Vorschläge für unseren Terminkalender sind herzlich willkommen (aber ich weiß, ihr seid faule Ä . . ., Schreiber/innen).

fr. 9

20.00 Negerkuss, Musenkuss,
Alles Schluß
Theater
Altstadtschmiede, 5 DM

20.00 New Wave mit Präsi-
dance
Veranstaltung der Papp-
schachtel
Paul-Loebe-Haus, Döp-
pelstr. 51, GE

20.00 Künstdüngerfete
Posthorn, Waltrop

22.30 Willkommen, Mr Chance
(der letzte Sellers Film)
Kino Center GE Buer

23.05 Edgar Wallace:
Die toten Augen von
London
ZDF

sa, 10

ab Tu wat, mach wat
11.00 Veranstaltung der
Schmiede in der Vest-
landhalle
(siehe Artikel 'Rund um
die Schmiede')

Adressen/ Fortsetzung

Sonnenblume
Naturkostladen
vor dem Hauptbahnhof, RE

Victor-Jara-Zentrum
Bücherstube, Jugendtreff
Marienstr. 18 a, RE
Tel. 65 13 46

Volksfront
Postfach 14 66, RE

Adressen/fes-
te Termine
werden im
nächsten HW
aktualisiert

44

18.00 Let's swing
Jazz zum mitmachen
(auch an den folgenden
Samstagen)
WDR TV

19.00 Gewöhnung
Fernsehspiel, Regie:



Chabrol
WDR TV

20.15 Die etablierten Deut-
schen und ihre auslän-
dischen Außenseiter
WDR III

21.00 Zwangsjacke
Rock Rhythm 'n Roll
Rotthaus, BO

22.30 Willkommen, Mr Chance
Kino Center GE-Buer

23.10 Rock-popin Concert
u.a. mit Jethro Tull,
ZZ Top
ZDF

mo 12

21.00 Schriftsteller für den
Frieden
Interit 1982, Köln
WDR III

di 13

18.00 Das Schweigen
+ Film von I. Bergmann
20.30 Studienschkreis Film BO

21.00 Mein Sommernachts-
traum

Hörspiel
WDR III

do 15

21.04 'Schöne Aussicht'
Kleinkunst mit Klavier
WDR II

22.20 Charles Bukowski
Portrait des Künstlers
als alter Hund
(beknackter Titel)
ZDF

fr 16

19.30 Sowjetische Jugendgrup-
pe in der Schmiede
mit kleinem Progr.

20.00 "Es ist nur ein Monster,
Dr. Frankenstein"
Clowns-Power aus Italien
m. Anfep-lown
Veranst. d. Pappschach-
tel – Bildungszentrum,
Ebertstr. 19, GE, 6 DM

AUSSTELLUNG

bis Malerei u. Zeichnungen
1.8. von Sus. Kessler
Atelier, BO 6, Swid-
bertstr. 1

sa 17

11.00 Eröffnung des Frieden-
camps in Dorsten
siehe Magazin

17.00 Rocknacht mit Koma
Kino, 1 Jahr Garantie,
Capricorn, Challenger
Veranst. d. Pappschach-
tel – JZ Tosseh of, Plu-
tostr. 89, GE-Bulmke

19.00 Einladung zur Jagd
Fernsehspiel, Regie:
Chabrol
WDR TV

20.00 Thomas Nowak
Piano (Blues/Boogie
Woogie)
Sonne, Herne

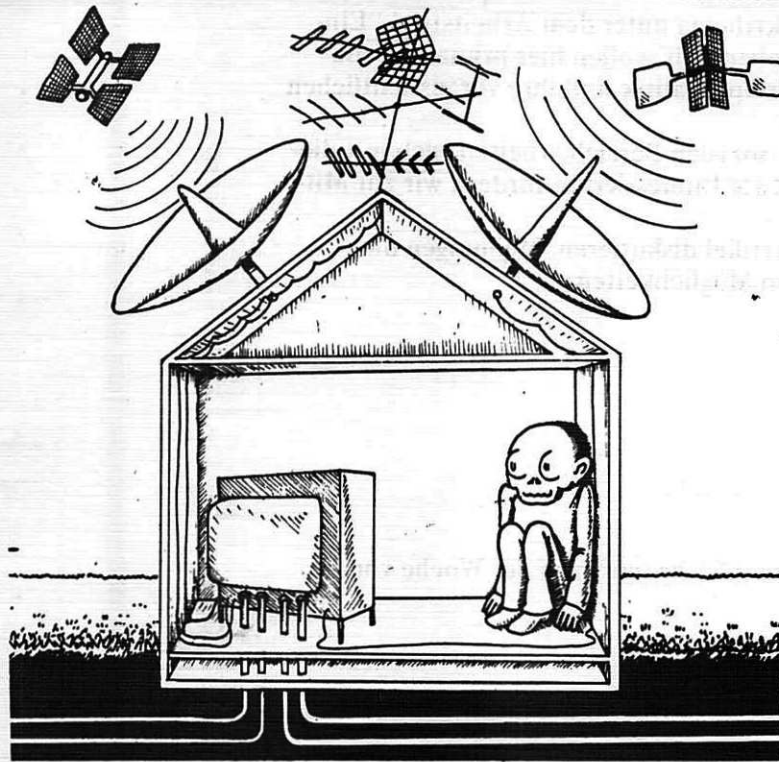
22.00 Jazzmeeting WDR
Peter Giger Percussion
Orchestra
WDR III

23.30 Lange Filmmacht mit
Monty-Python Filmen
Der Ritter der Kokos-
nuß/Jabberwocky/Das
Leben des Brian
Film Eck, Essen

so 18

17.00 Die Flucht





Hörspiel von G. Jones
WDR III

Studienkreis Film, BO

mo 19

20.00 Strandgut
? Deutschrock
Zeche, BO

21.20 Attiva - Revolte hinter
Gittern
Fernsehspiel USA
(... wohl mit Vorsicht
zu genießen, da vom
Roots/Holocaust Regis-
seur Chomsky)

di 20

18.00 Das Blut des Condors
+ Bolivianischer Film
20.30 Schicksal der Indios

21.45 Klinik von morgen
Vom Befund- Patienten
zum Patienten-Befinden
WDR TV

mi 21

19.30 Direkt
ZDF

do 22

18.00 Mut des Volkes
+ Bolivianischer Film
20.30 Studienkreis Film, BO

22.05 Wenn einmal ein Mann
kommt
Vorherrschaft des Man-
nes, von einer Chilenin
im Exil ironisch be-
trachtet
ZDF

fr 23

20.15 Fette Beute
Nahrungsmittel-Konzer-
ne in der 3. Welt
WDR TV

23.15 Filmnacht im Roxy, DO
Blues Brothers
Bomber und Paganini
Rhythmus hinter Gintern
Flucht vor Alcatraz

sa 24

19.20 Das schauerregende
Abenteuer im Orient-
Express
Sherlock Holmes Parodie
WDR I

23.05 Der Mann, der sich in
luft auflöste
Sjöwall/Wahlöö
ZDF

so 25

19.30 Abenteuer in Rio
Spielfilm
ZDF

20.45 Der vergessene Führer
Aufstieg und Fall des
Medienzaren Alfred
Hugenberg (1)
WDR TV

21.20 Mein Großvater
KZ-Aufseher K. Keller
(junger Redakteur auf
der Suche nach der Ver-
gangenheit; mal sehen,
was er findet)
ZDF

mo 26

20.15 Die Fremde ist auch ein
Land
von Aras Ören
WDR I

di 27

19.00 Außer Atem
von Godard

Roxy, DO
bis 29.7.

mi 28

21.45 Rosa von Praunheim:
Mein New York
WDR TV

fr 30

21.00 Drei Brüder
von F. Rosi
hat den Anspruch, die
jüngere italienische Ver-
gangenheit aufzuarbei-
ten
Roxy, DO
bis 5.8.

sa 31

22.50 Rolling Stones
Die ersten 20 Jahre
WDR TV

so 1.

20.15 Die Unerreichbare
von K. Zanussi
ZDF

20.45 Der vergessene Führer (2)
WDR TV

fr 6

20.15 Auftrag ausgeführt
Die Geschichte der Bom-
bermannschaften von Hi-
roshima und Nagasaki
WDR TV



Kleinanzeigen

Kleinanzeigen im Holzwurm sind
SUCHE unmöbliertes Zimmer in Reck-
linghausen City/Süd oder Herne zum 1.
oder 15.7.82, evt. in WG.
Dringend!
Mechthild, Tel. 0 54 26/447

Ich suche liebe Menschen, die sich mit
Esoterik, Körpererfahrung, Energiefluß,
Heilung beschäftigen und Lust haben,
dieses mit 2,3,4 - vielen Menschen zu
erfahren, auszutauschen, um sich und
andere intensiver zu erleben.
Melitta Hoder, Herzogswall 46 (Hinter-
eingang)

bis zu 5 Zei-
len kostenlos.
Bis zu 10 wei-
teren Zeilen je-
de Zeile 25
Pfg.
Holzwurm, Auf
dem Graben 2, RE



Für den nächsten Holzwurm haben wir ein Schwerpunktthema unter dem Arbeitstitel "Einsparungen im kulturellen und sozialen Bereich" vorgesehen. Wir wollen hier primär auf die Situation in Recklinghausen eingehen, die Ursachen der Sparpolitik und ihre voraussichtlichen Folgen darstellen und diskutieren.

Leute, die betroffen sind, sich betroffen fühlen, die im sozialen Bereich arbeiten, sich mit diesem Themenbereich beschäftigt haben, sowie alle sonstwie Interessierten fordern wir zur Mitarbeit auf.

Mitarbeit bedeutet: Anregungen geben, Themen und Artikel diskutieren, Meinungen darstellen, Artikel schreiben. Alles jede/r nach seinen/ihren Möglichkeiten.

Zu einem Vorbereitungstreffen laden wir
am Dienstag, 13.7.
um 17 Uhr
im Autonomen Zentrum,
Auf dem Graben 2



ein.

P.S. Auch auf unseren Redaktionssitzungen, freitags um 17 Uhr (außer in der Woche vor dem Erscheinen) sind Gäste gern gesehen.

